

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1896.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die erste Zeile 20 Pf., (zweites 10 Pf., drittes 10 Pf., viertes 10 Pf., fünftes 10 Pf., sechstes 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.). Die ersten 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Macht Euch schlagbereit!

Nur ein Tag noch trennt uns von den Urwahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus. Nicht können wir wie bei der Reichstagswahl den Volksmassen zurufen, daß es nun an der Zeit sei, an ihren Bedrängern und Peinigern Vergeltung zu üben. Denn feste Volkswerke und Verhaue, Gräben und Stacheldrähte schützen die herrschenden Volksunterdrücker gegen den Jorn und die Vergeltung der Massen: das schändliche Dreiklassenwahlrecht mit all seinen bekannnten Ungeheuerlichkeiten. Dennoch ergeht an die Massen auch diesmal die dringliche Mahnung: Tut Eure Pflicht! Wählt am 16. Mai Mann für Mann die

sozialdemokratischen Wahlmänner!

Die Herrschenden wollen es ja nicht glauben, daß die Empörung der Massen über die unfähliche Wahlrechtsetzung durch das Dreiklassensystem, durch die indirekte Wahl, durch die öffentliche Abstimmung und die schreiend ungerechte Wahlkreiseinteilung so groß sei, daß sie sich endlich zu einer radikalen Wahlreform verstehen müßten. Sie halten das Volk für so launisch und so schafgeduldig, daß sie es auch ferner

rücksichtslos knebeln und schamlos ausbeuten

könnten. Da hilft nur der entschlossene Notwehrakt der Volksmassen, das unerschrockene Bekenntnis: die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner trotz aller Ungunst des Wahlrechts und trotz des infamen Spioniersystems der öffentlichen Abstimmung! Bringt die Arbeiterklasse nicht den Mut zur massenhaftesten Wahlbeteiligung auf, so wird ihr die herrschende Klasse erst recht nicht Opferwilligkeit und Courage zu energischeren Pressionsmitteln zutrauen und die rechtlosen Drittklassigen mit einer Reform abspesen, die nichts ist als

blutigster Hohn auf die proletarischen Wahlrechtsforderungen!

Das Wahlrecht steht auf dem Spiele! Von dem Ausfall der Wahlreform aber hängt es ab, ob Preußen sich zu einem modernen Kulturstaate entwickeln oder aber die alte Trunkelei der Junkerkaste und des mit ihr verbündeten Klerus bleiben soll! Behalten aber Junker und Pfaffen in Preußen das Heft in der Hand, so vermag die borusische Reaktion auch im Reiche trotz des Reichstagswahlrechts dem Volke das Anie auf die Brust und den Daumen aufs Auge zu drücken! Entweder wird die preussische Reaktion niedergeboren oder das

ganze deutsche Volk wird zur Helotenrolle herabgewürdigt!

Arbeiter! Gedenkt all der Kränkungen und Schädigungen, die Euch die preussische Reaktion zugefügt! Gedenkt des Sturmloufs der Dreiklassenmänner gegen das bishigen Arbeiterjoug! Gedenkt ihrer Attentate gegen das Koalitionsrecht! Gedenkt ihrer Aufreizungen, ein

Verbot des Streikpostenstehens

durchzusetzen! Erinnert Euch der Ausputzungen der Regierung durch das Dreiklassenparlament, jeden großen Streik durch Militär und Polizei niederzuwerfen! Erinnert Euch des Schreiens der verbündeten Scharfmacher — Zentrum, Nationalliberale und Konservative fanden sich hier einträchtig zusammen — nach wirksamem Eingreifen der Schnellfeuerjustiz!

Gedenkt auch, Ihr Arbeiter, der rücksichtslosen Steueranspülung. Arbeiter und Angestellte hat man durch die Denunziationspflicht der Arbeitgeber bis zum letzten Pfennig ihres bescheidenen Einkommens zur Steuer herangezogen, damit Junker, Schloßbarone und Börsenjobber umsomehr Steuern hinterziehen können!

Aber auch die Beamten haben alles Interesse daran, daß endlich die Dreiklassenschmach hinweggefegt wird und die Arbeiterklasse zur angemessenen Vertretung gelangt. Denn einzig die Sozialdemokratie von allen Parteien hat sich der

Interessen der mittleren und Unterbeamten

eherlich und entschieden angenommen. Sie allein hat das Beamtenbesoldungsgefeh von 1909 mißbilligt, weil es gänzlich unzulängliche Gehaltsätze festgelegt hatte und weil obendrein

viele Tausend Unterbeamte durch die Versetzung in eine niedrigere Wohnungsklasse schwer geschädigt worden waren.

Noch während der letzten Tagung des Landtages war es die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die wiederholt mit aller Entschiedenheit die endliche Aufbesserung der Unterbeamtengehälter gefordert und Zentrum und Liberalismus schonungslos an ihre Pflicht gemahnt hatte. Wenn die Beamten wollen, daß eine

durchgreifende Gehaltsaufbesserung

nicht auch vom nächsten Landtag verschleppt werden soll, so dürfen sie auf keinen Fall dazu beitragen, daß bürgerliche Wahlmänner gewählt werden.

Jeder pensionierte Beamte aber kann ungeniert die

sozialdemokratischen Wahlmänner wählen!

Keine Behörde kann einem pensionierten Beamten etwas anhaben, wenn er von seinem Staatsbürgerrecht vernünftigen Gebrauch macht! Die pensionierten Beamten sind gegen jeden behördlichen Terror gefeit! Mögen insbesondere die Altpensionäre zeigen, daß die ihnen von den bürgerlichen Parteien widerfahrrene Behandlung sie zum Denken, zum politischen Handeln gebracht hat!

Vor allen Dingen müßte aber auch jeder Lehrer den sozialdemokratischen Vorstoß mit Freuden begrüßen. Denn nur die Sozialdemokratie fordert entschieden die

Einheitschule,

die sie verlangt strikteste Trennung von Staat und Kirche und damit die Beseitigung jeder kirchlichen Bevormundung der Schule und die Ausschaltung jeglichen Gewissenszwanges, unter dem heute viele Tausende von Lehrern seufzen. Alle Lehrer, die nicht nur materielle, sondern auch ideelle und kulturelle Interessen verfolgen, sind an den Wahlerfolgen der Sozialdemokratie innigst beteiligt!

Ueberhaupt gilt von allen „Intellektuellen“ genau dasselbe, was von den Lehrern gilt. Das Dreiklassenhaus hat sich dadurch einen Begei seines Kulturideals gesetzt, daß es aus seinem Lesezimmer den „Simplizismus“ verbannte! Diese Aktion, durch die sich das Haus vor aller Welt lächerlich machte, fand bezeichnenderweise nur bei der Sozialdemokratie den verdienten Spott. Und wie hier ist es jederzeit nur die Sozialdemokratie, die den

Der Heintze-Geist

und den fanatischen Haß gegen wahrhaft freie Wissenschaft und freie Kunst, die das Dreiklassenhaus beherrschen, gebührend an den Pranger stellt. Jeder Gebildete, der modernen Anschauungen huldigt, findet so seine geistigen Interessen nur gewahrt bei der Sozialdemokratie, während sich selbst der Freisinn auch hier längst in faulste Kompromisse eingelassen hat, nicht einmal die Beseitigung des obligatorischen Religionsunterrichts fordert, dagegen neuerdings sogar Staatsunterstützung für die jüdischen Kultusgemeinden!

So ist es ein elementarstes Kulturinteresse, daß der Wahlsturm und Wahlrechtssturm der Sozialdemokratie von vollstem Erfolg gekrönt ist. Während die bürgerlichen Parteien als Vertreter der Interessen des fatten Besitzes sämtlich erbitterte Reaktionen oder zum mindesten höchst zweifelhafte Vertreter des Fortschritts geworden sind, vertritt die aufstrebende Arbeiterklasse mit dem politischen und sozialen Fortschritt zugleich das

Allgemeininteresse auf allen Kulturgebieten!

Wähler! Macht Euch schlagbereit!

Nüßt die letzten Stunden zu rastloser Agitation, zur Aufmunterung aller Rässigen und Kleinmütigen!

Nieder mit der Dreiklassenschmach!

Vorwärts für das gleiche, direkte, geheime Wahlrecht!

Politische Uebersicht.

Verlogene Schufte.

Man ist von der Scharfmacherpresse schon ein reichliches Maß von Gemeinheit der Sozialdemokratie gegenüber gewöhnt, die letzte Leistung der von Scharfmachergeldern ausgehaltenen Timenfulis übertrifft aber alles bisher Dagewesene. Die Enthüllungen über die Schurkereien des Rüstungskapitals müssen in den Redaktionen der von diesem Kapital künstlich im Mißbeet gezüchteten Preßzeugnisse das ganze moralische Gleichgewicht, soweit ein solches überhaupt vorhanden war, zerstört haben.

Den Ausgangspunkt der neuesten Schurkerei bildet ein soeben erschienenes Buch des Genossen Gustave Hervé, heitelt „L'Alsace Lorraine“, in dem das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland und die elßassische Frage behandelt wird. Die „Post“ stürzte sich als erste auf das Werk und behauptete mit der ihr zur zweiten Natur gewordenen frechen Verlogenheit, in dem Buch werde festgestellt, daß zwischen der französischen und deutschen Sozialdemokratie bestimmte Abmachungen für den Kriegsfall bestünden. Serviert wurde diese „Feststellung“ mit der üblichen Hochverratsauce. Dieser fetter Bissen reizte natürlich auch den Appetit der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und sie wiederholte die „Feststellung“ unter Anrufung der „starken Hand“ gegen die „roten Volksvertreter“.

Wir haben im „Vorwärts“ bereits kurz die schmutzigen Anwürfe dieser journalistischen Scharfmacherlataken zurückgewiesen. Inzwischen hat uns Genosse Gustave Hervé selbst sein Buch übersandt und wir haben nachprüfen können, worin der angebliche „Hochverrat“ besteht. Dabei hat sich herausgestellt, daß das „patriotische“ Preßgesindel bewußt die Wahrheit auf den Kopf gestellt hat.

Was schreibt Genosse Hervé über das Verhalten der deutschen und französischen Sozialisten in einem Kriegsfall? Er schreibt:

„Il serait malhonnête, après Bâle, de cacher plus longtemps que la Social-démocratie allemande n'a pris, envers la Social-démocratie française, aucun engagement de tenter l'insurrection le jour de la mobilisation.“ (Es wäre wenig ehrenhaft, wenn man nach dem internationalen Kongreß von Basel noch länger verschweigen wollte, daß die deutsche Sozialdemokratie gegenüber der französischen keine [der Uebersetzer der Scharfmacherpresse fälscht frisch-frömm-frech „eine“] Verpflichtung übernommen hat, am Tage der Mobilmachung eine Aufstandsbewegung zu versuchen.)

Und weiter:

„La Social-démocratie allemande ne s'engage pas à faire l'insurrection le jour de la mobilisation; ce qui, par la même, interdit aux socialistes français de la tenter de leur côté, sous peine de saboter la mobilisation française seule, et de travailler uniquement pour le roi de Prusse.“ (Die deutsche Sozialdemokratie verpflichtet sich nicht, am Tage der Mobilmachung eine Aufstandsbewegung ins Leben zu rufen; dadurch werden die französischen Sozialisten ganz von selbst daran gehindert, eine solche zu versuchen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, durch eine einseitige Störung der französischen Mobilmachung einzig und allein die Geschäfte des Königs von Preußen zu besorgen.)

Die Schlussfolgerung, die Hervé aus dieser Haltung der Sozialdemokratie beider Länder zieht, ist die, daß eine deutsche, französische Verftändigung herbeigeführt werden müsse.

Und aus all dem haben die Preßbanditen des Rüstungskapitals „Hochverrat“ herausgelesen. Dümmer, frecher und verlogener kann man die politische Drunnenvergiftung nicht betreiben. Aber wir wollen den armseligen Schächern mildernde Umstände bewilligen. Ihre zahlungsunfähigen Vratgeber haben ihnen Anweisung gegeben, die durch die Enthüllungen über ihr korruptes Treiben erblitterte Deffentlichkeit durch potenzierte Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie abzulenken. Und so ist dann einfach drauflos gefälscht worden. Wir erwarten von solchen Burschen, die sich nach außen mit höchster Korrektheit und allen deutschen Männer-tugenden spreizen, nicht, daß sie eine Nichtigstellung bringen. Von solchem Gesichtser soll man nichts Unmögliches verlangen.

Die Luftmatine.

Die bürgerliche Blätter melden, ist durch eine Kabinettsorder die Bildung einer Marineluftschiffabteilung und einer Marinestützabteilung bestimmt worden. Aus dem bisherigen Luftfahrpersonal werden zwei selbständige Abteilungen gebildet, und zwar die Marineluftschiffabteilung mit dem vorläufigen Standort Johannisthal und die Marinestützabteilung mit dem Standort Ruhig. Die Abteilungen unterstehen in allen Ausbildungs-, Versuchs- und technischen Angelegenheiten unmittelbar dem Staatssekretär des Reichsmarineministeriums. In allen anderen Angelegenheiten sind sie dem Inspekteur der Küstenartillerie und des Küstenwesens und weiterhin dem Chef der Marinefliegerstation der Küste unterstellt. Die Mannschaften beider Abteilungen tragen die Dienstbekleidung und Abzeichen der entsprechenden Dienstgrade ihrer bisherigen Marinestelle.

Fauler Wahlmanöver.

Die reaktionäre Presse sucht bereits, wie nicht anders zu erwarten war, das Münchener Attentat auf den Major v. Lewinski für ihre volksfeindlichen Zwecke auszunutzen. Mit erstaunlicher Frigidität hat sie herausgefunden, daß der Attentäter, ein früherer Zingießer namens Johann Straffer, ein Anarchist ist, und zwar ein sogen. Anarchist der Lat, der im Auftrag einer italienischen anarchistischen Verbindung gehandelt haben soll. Zwar die Behauptung, welche die reaktionären Blätter für den anarchistischen Charakter des Attentäters beizubringen wissen, sind gar mager, fast lächerlich, denn sie weisen nur zu berichten, daß Straffer früher schon mehrmals wegen Diebstahls, Landstreicherei und Diebstahls bestraft worden sei, in den letzten acht Jahren in Holland und Italien gehalten haben soll. Sicherlich recht kuriose Indizien! Doch das macht nichts, den Schmocks der konservativen Blätter genügen sie für die Behauptung, Straffer wäre ein echter Anarchist der Lat.

Doch mag Straffer Anarchist sein oder nicht; was geht das die deutsche Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie an? Sie kann für die Lat des Straffer um so weniger verantwortlich gemacht werden, als er sich angeblich im Auslande zum Anarchisten entwickelt haben soll. Aber die konservativen Interessenpolitiker möchten gar zu gern ein Agitationsmittel haben, um den ehrsamten Wahlbürger aus seiner Bequemlichkeit aufzurütteln und zur Wahl zu treiben und für diesen Zweck eignet sich nach ihrer Ansicht am besten das „rote Schreckgespenst“.

Was wir wollen!

Die Sozialdemokratie will das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht sowohl zum Landtag als auch für die Wahl der Gemeindevertretungen.

Die Sozialdemokratie will Einführung des Einkammersystems, also Beseitigung des Herrenhauses mit seinen geborenen und willkürlich ernannten „Gesetzgebern“.

Die Sozialdemokratie will die Beseitigung der noch bestehenden und die freie Entwicklung des Staates hemmenden Vorrechte der Adelskaste.

Die Sozialdemokratie will Trennung der Kirche vom Staat.

Die Sozialdemokratie will Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Lehrmittel. Die Kosten hat der Staat zu tragen. Für den Besuch höherer Schulen sollen nur die geistigen Fähigkeiten der Kinder maßgebend sein. Verpflichtung des Staates, bedürftige Schulkinder zu speisen. — Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht.

Die Sozialdemokratie will Uebernahme der Armenlasten auf den Staat.

Die Sozialdemokratie will Beseitigung der jede kulturelle Entwicklung hemmenden Gutsbezirke, die sich jetzt von einem Beitrag zu den Armenlasten drücken.

Die Sozialdemokratie will Ausbau der Fabrikinspektion. Heranziehung von Arbeitern zur Kontrolle der Betriebe.

Die Sozialdemokratie will eine stärkere Progression der Einkommensteuer für hohe Einkommen. Ermäßigung der Einkommensteuer für Einkommen unter 3000 M. — Beseitigung der im Staate und in den Gemeinden noch bestehenden indirekten Steuern.

Die Sozialdemokratie will Verbesserung der Volksgesundheitspflege durch Verstaatlichung des gesamten Medizinalwesens einschließlich der Apotheken.

Die Sozialdemokratie will Einschränkung der Gefängnisarbeit. Verwendung der Gefangenen zu staatlichen Meliorationsarbeiten.

Die Sozialdemokratie will Aufbesserung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten in den Staatsbetrieben. (Eisenbahn, Forstverwaltung, Bergwerke, Hütten und Sämlin.)

Die Sozialdemokratie will Ausbau und Förderung des Eisenbahnwesens. — Verbilligung der Fahrpreise in den beiden unteren Wagenklassen, event. Einführung des Zonentarifs.

Die Sozialdemokratie will Straßen-, Brücken- u. Wasserbauten durch den Staat.

Die Sozialdemokratie will Aufhebung der Gesindeordnung.

Die Sozialdemokratie will das Koalitionsrecht auch für die Arbeiter und Angestellten des Staates.

Die Sozialdemokratie will freiheitliche und zeitgemäße Revision und Umgestaltung der preussischen Vergesetze unbeschadet ihres Verlangens nach einem Reichsberggesetz.

Die Sozialdemokratie will Vermeidung aller überflüssigen Ausgaben, wie sie der preussische Junkerstaat zu repräsentativen Zwecken macht.

Die Sozialdemokratie will Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene. — Bezahlung von Diäten für diese Funktionen.

Schon bei dem Attentat auf den König von Griechenland und den Großherzog haben sie versucht, die Attentäter der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen — leider aber hat sich zum Bedauern der konservativen Intriganten herausgestellt, daß die beiden Attentäter Geistesranke waren. Nun soll dasselbe Kräftigungsmanöver nochmals versucht werden. So wird denn mit den albernsten Gründen nachzuweisen versucht, daß Sozialdemokratie und Anarchismus eigentlich ein und dasselbe seien. Am schönsten besorgt das natürlich die vaterländische „Kreuzzeitung“. Sie hat in ihrer tiefen Weisheit herausgefunden, daß das Abgeben roter Wahlzettel und das Erschießen von Offizieren eigentlich nur wenig verschiedene Betätigungsweisen derselben revolutionären Gesinnung sind und leistet sich deshalb folgenden tiefen Ausspruch:

„Denn Anarchismus und Sozialdemokratie, in der Theorie Gegenpole, sind praktisch eng verwandt. Der Haß gegen die bestehende Ordnung ist bei beiden Nährboden, und ob die ihm entspringende Hege schließlich in roten Stimmgeldern oder in anarchistischen Wortdaten zum Ausdruck kommt, ist mehr eine Frage der persönlichen Veranlagung derer, die unter den Einfluß dieser Hege gestellt werden.“

Gegen solche Albernheiten ernstlich zu polemisieren, kann uns kein vernünftiger Mensch zumuten. Zudem bedauern wir aufrichtig die armen Gemplare der patriotischen Federwieggattung, die als Ausschlußjournalisten jetzt in der „Kreuzzeitungs“-Redaktion auf Anweisung des konservativen Generalsekretariats solchen Blödsinn zusammenschreiben müssen.

Natürlich macht auch der Scherische „Lokal-Anzeiger“ den Kummel mit. In seiner Mittwochmorgen-Nummer erzählt er:

„Der Attentäter ist, wie aus der Einwohnerliste festgestellt werden konnte, der 34 Jahre alte Zingießer Johann Straffer aus Niederaltaich in Niederbayern. Er ist leinodwegs irrsinnig, sondern ein bekannter Desperado, der wegen Bettelns, Landstreicherei, schweren Diebstahls und verschiedener Gewalttaten schon achtzig Vorstrafen hat, darunter in Oesterreich zweimal dreizehn Monate schweren Kerkers. Seit 1904 war Straffer aus München ausgewiesen, war aber doch wieder zurückgekehrt, bei einer Razzia aufgegriffen und wieder freigelassen worden. Er hat sich mittlerweile auch in Italien und Holland umhergetrieben.“

Ganz unauffällig wird dieser erbaulichen Lebensbeschreibung des „Attentäters“ der Satz angehängt:

„Der Mörder, den die Münchener Polizei in den Listen der Anarchisten führt, erklärte, daß er den Major v. Lewinski nicht gekannt, aber an seiner Uniform gesehen habe, daß er preussischer Offizier sei.“

Nach dieser Fassung könnte es trotz der polizeilichen Anarchistenliste eher scheinen, als habe der 80 mal (?) vorbestrafte Straffer aus preußenfeindlichem Partikularismus gehandelt. Mit solchem Motiv läßt sich jedoch nichts anfangen, deshalb wird auf der dritten Seite des „Lokal-Anzeiger“ der Mörder schon schlechthin zum Anarchisten:

„Der Anarchist Straffer, der in München früher anarchistische Versammlungen besucht hat, war erst vor kurzem von Mailand nach München gekommen und mit Geldmitteln so gut versehen, daß er in der Elvirastrasse im Stadtteil Neuhausen seine Wohnung im voraus bezahlen konnte und noch 287 M. im ganzen bei der Verhaftung bei sich hatte. Die in seiner Wohnung gefundenen Zeitungen wurden beschlagnahmt.“

Auch in der Mittwochabend-Nummer des „Lokal-Anzeiger“ wird der Johann Straffer als Anarchist ausgespielt. Es heißt dort:

„Ueber den Mörder und seine Absichten schwebt noch ein gewisses Dunkel. Daß er, der mit Geld gut versehen war, nicht lediglich aus Mailand nach München gekommen ist, um beliebige Passanten, die seinen Anarchistenhaß erregten, niederzuknallen, muß angenommen werden; er scheint vielmehr Anschläge gegen hochstehende Persönlichkeiten im Sinne geführt zu haben, und hat dann aufs Geratewohl den ihm begegnenden Major, den er trotz des gleichartigen grauen, preussischen Mantels an dem dunklen Tuch der Mütze und der Weinkleider als preussischen Offizier erkannte, niedergeschossen. Im ersten Verhör hat er sich auf den „Internationalen“ hinausgespielt und gepraßelt: „Meine Heimat ist die Welt.“ Auf dem Wege zur Polizei hat er wirres Zeug geredet und gesagt: „Alle, alle hätte ich erschossen.“

Dann aber wird erklärt:

„Der Mörder, Zingießer Johann Straffer, ist, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, der Berliner Behörde als Anarchist völlig unbekannt, auch die Kriminalpolizei in Berlin kannte ihn nicht.“

Also auch die Berliner politische Polizei hat niemals etwas von dem großen „Anarchisten der Lat“ Johann Straffer gehört. Arme Schreiberische „Kreuzzeitg.“, so entschlipfen die schönsten Agitationsmittel!

Der bayerische Prinzregent hat an Wilhelm II. von Darmstadt aus folgendes Telegramm gerichtet:

„Soeben erhalte ich die Nachricht, daß der Militärattaché der preussischen Gesandtschaft, Major v. Lewinski, von ruckloser Hand ermordet worden ist. Ich bin auf das schmerzlichste berührt, daß ein trefflicher Offizier meiner Armee in München einer so entsetzlichen Tat zum Opfer gefallen ist, und bitte ich Dich, Meiner aufrichtigen Anteilnahme versichert zu sein. Ich habe das Staatsministerium des königlichen Hauses und des Äußereren beauftragt, sofort eingehenden Bericht über das tiefbedauerliche Vorkommnis zu erstatten.“ (gez.) Ludwig.

Brauchbare Polen.

Die preussische Polenpolitik, hinter der natürlich auch die Junker stehen, wird von einem Junker selbst recht häßlich verhöhnt. Die herzogliche Domänenverwaltung zu Trachenberg hat an die ihr unterstellten Inspektoren folgende Verfügung erlassen:

„Da es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, brauchbare Gesinde zu bekommen, müssen schon frühzeitig, und zwar ein Jahr vor dem gesetzlichen Vermietungstag, Schritte getan werden. Gesinde zu beschaffen. Es ist aber dabei zu beachten, daß kein Ausmieten von Kadavern, insbesondere von herzoglichen Pächtern, erfolgt. Jedes zu mietende Gesinde muß den Nachweis liefern, daß es zu dem betreffenden Termin auch wirklich dienstfähig ist. Ferner wird verfügt, daß in Zukunft nur Gesinde katholischer Konfession gemietet werden darf. Leute anderer Konfession dürfen nicht angenommen werden. Dagegen ist es gestattet, polnische Familien zu mieten, weil die Leute recht brauchbar und meistens auch sauber und ordentlich sind.“ Herzogl. Domänenverwaltung, gez. v. Unwerth.“

Nach der „National-liberalen Korrespondenz“ soll dieser Erlaß auf persönliche Anordnung des Fürsten Habsfeldt des früheren reichsparteilichen Führers, ergangen sein.

Der „Kreuzzeitung“ ist die Habsfeldtsche Offenherzigkeit sehr un-boquem, sie hofft, daß wenn es mit dem Erlaß seine Richtigkeit habe, „wohl noch ein Wort zu seiner Aufklärung gesagt werde“.

Ob Fürst Jagfeldt mit der Heranziehung von Polen unter obiger Begründung einverstanden ist, möchte die „Kreuzzeitung“ bezweifeln. In jedem Falle können — so meint das Junkerblatt — aus dem Verhalten der polnischen Arbeiter keine Schlüsse gezogen werden, die für den öffentlichen Großgrundbesitz allgemein gültig wären.

Dem Fürsten Jagfeldt aber hat man offenbar schon gehörig den Rorsch geblasen, denn der Kameraldirektor Haase von der Herzoglich Braunschweigischen Domänenverwaltung mußte der „Dresdener Zeitung“ telegraphisch mitteilen, die Bekannmachung des Oberamtmanns v. Unwerth in Sachen der Einstellung ausschließlich katholischer, eventuell polnischer Gutsarbeiter sei ohne sein Wissen und Willen erfolgt und gebe in entstellter Weise die erteilten Instruktionen wieder. Die fürstlich Jagfeldtsche Verwaltung habe deshalb die Bekannmachung bereits aufgehoben.

Was natürlich nicht erfolgt wäre, wenn sie nicht zufällig weiteren Kreisen bekannt wurde. Man wird natürlich jetzt auch noch nach diesen Grundfragen handeln, wenngleich die Verordnung formell aufgehoben ist oder wird.

Wieder ein Marineunfall!

Vor Helgoland ist auf dem Torpedoboot „S. 148“ ein Hochdruckzylinder geplatzt, wodurch mehrere Mann getötet und vier schwer verletzt wurden. Die Unfälle bei der deutschen Marine mehren sich in letzter Zeit recht bedenklich. Vielleicht wäre es angebracht, wenn der Reichstag einmal eine Denkschrift über die Ursachen dieser vielen Unfälle fordern würde, um eine Nachprüfung darüber anzustellen, ob immer mit der gebotenen Umsicht verfahren wurde. Der „Deutschen Tageszeitung“ wird über den Vorfall gemeldet:

„Heute mittag gegen 1 Uhr pläzte auf dem Torpedoboot „148“ ein Hochdruckzylinder. Es sind drei Personen getötet und vier schwer verletzt. Das Unglück geschah zwischen der Däne und dem Unterbootshafen. Die 2. und 3. Torpedobootsflottille ist sofort nach dem Unfall in Helgoland vor Anker gegangen, die Flaggen wurden auf Halbmast gesetzt. Die drei Toten sind auf Torpedoboot „148“ nach Wilhelmshafen gebracht worden, während die vier Schwerverletzten mit dem Torpedoboot „148“ auf Helgoland gelandet sind. Die Verletzungen sind äußerst schwer; es verläutet, daß ein Mann inzwischen verstorben ist.“

Das Ende des Balkankrieges.

Aufhebung der internationalen Blockade.

Cetinje, 14. Mai. (Amtliche Meldung.) Der englische Admiral hat die montenegrinische Regierung durch den englischen Gesandten in Cetinje davon verständigt, daß die internationale Blockade heute um 2 Uhr nachmittags aufgehoben wird.

Einmarsch der internationalen Truppen in Stutari.

Cetinje, 14. Mai. Die internationalen Truppen sind unter dem Kommando des englischen Admirals Burney um 2 Uhr nachmittags in Stutari eingezogen. General Vetschir begrüßte den Admiral bei seinem Einzug in die Stadt mit einer kurzen Ansprache, auf die der Admiral mit einigen lebenswichtigen Worten antwortete. Hierauf begab sich der Admiral in die Stadt. Die internationalen Truppen besetzten sofort die öffentlichen Gebäude, wo sie garnisonieren werden und übernahmen den Ordnungsdienst; eine montenegrinische Abteilung erwies dem Admiral bei seinem Einzug in die Stadt die militärischen Ehren. Die montenegrinischen Truppen haben die Stadt verlassen.

Oesterreichische Demobilisierung.

Wien, 14. Mai. Die Blätter melden, besaßte sich der heutige gemeinsame Ministerrat mit der Frage der Herabsetzung der Effektivbestände an der Südgrenze. Es verläutet, der Beschluß des Ministerrats gehe dahin, daß die Reservisten im Verhältnis der fortschreitenden Entlohnung der politischen Lage auf dem Balkan allmählich entlassen werden sollen. Man glaubt, daß die Beurlaubung der Reservisten in aller nächster Zeit beginnen werde, hauptsächlich derjenigen, deren Lage besondere Berücksichtigung verdient.

Rücktransport türkischer Truppen aus Albanien.

Konstantinopel, 13. Mai. Jena türkische Transportschiffe werden von hier abgehen und zwar immer zwei Schiffe nach je zwei Tagen, um die Truppen in Albanien an Bord zu nehmen, die größtenteils in lykischen Häfen und in Smyrna ausgeschifft werden sollen. Tabrizi-Effiar stellt fest, daß der Beschluß der Porte, die Reste der türkischen Wehrarmee aus Albanien zurückzuführen, die Zweifel an der Haltung der Porte zerstreue und die letzten Bande zwischen der Türkei und Albanien endgültig zerreiße. In dem Augenblicke der Einschiffung des letzten türkischen Soldaten in Albanien werde sich dieses Land für die Türkei in keiner Weise von Griechenland, Montenegro oder Serbien unterscheiden.

Untersuchung der griechisch-bulgarischen Zwischenfälle.

Saloniki, 14. Mai. Nach den letzten Zusammenstößen zwischen Griechen und Bulgaren nahmen beide Teile ihre ursprünglichen Stellungen wieder ein. Eine bulgarische Offizierkommission ging von Serres ab, um bei Aginisa eine Untersuchung wegen der letzten Kämpfe anzustellen.

Montenegrinische Kulturanschauung.

Rom, den 12. Mai. (Fig. Ber.) Dem Geneser „Lavoro“ wird aus Bologna berichtet, daß die Note-Krenz-Abteilung von Bologna, die soeben von ihrer freiwilligen Dienstleistung in Montenegro zurückgekommen ist, sich bitter über die zahllosen Hindernisse beklagt hat, die die dortigen Behörden ihrer humanitären Wirksamkeit in der Weg gelegt haben. Der Unterabstanz Petrini hat gesagt, daß die Rede des Königs Nikolaus vor dem Angriff auf Stutari allein hinreichend sei, um die montenegrinische Kultur zu charakterisieren. Der König hätte zunächst die Albanesen aufgefodert, sich an dem letzten Sturm auf Stutari zu beteiligen und dann wörtlich gesagt: „Albanesen! Wir haben nunmehr genug getan. Jetzt ist es an Euch, und bei dem letzten Ansturm zu helfen. Ich verspreche Euch, daß nach der Eroberung von Stutari Ihr drei Tage allein plündern dürft!“ Auf diese Verbrüderung im Raube wollte der König also sein „größeres Montenegro“ gründen.

Frankreich.

Der Kapitalismus, der Staat und die Moral.

Paris, 9. Mai. (Fig. Ber.)

Die liebkeitsvollen Enthüllungen haben auf die demoralisierenden Einflüsse hingewiesen, die von der Massenindustrie auf die Organe der Herredverwaltung ausgeübt werden. Solche Einflüsse sind aber nicht ipso facto Stünden gerade dieses Zweiges der kapitalistischen Produktion, vielmehr wirkt der Kapitalismus überall, in allen Kreisen zerstreut auf die Rechtlichkeit und das Verantwortlichkeitsgefühl ein. Die traditionelle Gewissenhaftigkeit der französischen Magistratur ist seinen Verführungen nicht minder ausgeführt als der altpreussische kaiserliche Imperator. Da erzählt z. B. die „Humanität“ folgende wertwürdige Geschichte: Am 26. April wurde in der General-

Die Wahlrechtsfeinde.

Das Zentrum.

In den Zentrumskreisblättern, die zur Landtagswahl 1908 in Preussensland verbreitet wurden, hieß es wörtlich:

„Wer will, daß das veraltete preussische Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ersetzt wird, wie es sich seit drei Jahrzehnten im Deutschen Reichstag bewährt hat: der gebe seine Stimme am 3. Juni 1908 den Wahlmännern der Zentrumspartei!“

Der Liberal-konservative Wahlrechts-Anhänger.

Auf der westfälischen Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte zu Unna beständige am 19. März 1910 der konservative Abgeordnete v. Weidner, daß der Wahlrechtsfeind von dem „arbeiterfreundlichen“ Zentrum angeregt worden. Nachdem er ausgeführt, daß die Kommission das geheime Wahlrecht angenommen, fuhr er nach der „Abnischen Zeitung“ fort:

„In diesem Stadium der Sache mache ich das Zentrum folgenden Vorschlag: Mit der geheimen Wahl sind Sie unterlegen; aber es ist uns sehr darum zu tun, daß Sie mit uns gehen; da wollen wir eine Konzession machen, wenn Sie dann später bei der Gesamtbestimmung für uns stimmen. Und zwar hat uns das Zentrum das indirekte Wahlrecht, die Wahlmänner, an, die die Regierungsabstimmung nicht hatte. Da lag uns außerordentlich viel daran, daß wir die Wahlmänner im Gesetz behielten. Das ist ein Punkt, der vor dem Lande hervorstechen ist. Wir haben auf das Kompromiß eingegangen, als das geheime Wahlrecht uns aufgezwungen worden war. Solange wir die Wahl hatten, ob geheimes Wahlrecht oder nicht, sagten wir, unter allen Umständen wollen wir das geheime Wahlrecht nicht haben. Als aber entschieden war, wir bekommen das geheime Wahlrecht, da war es für uns von großem Gewicht, daß uns die Wahlmänner erhalten blieben.“

Nicht einem Gebot gehorchend, sondern aus unüberwindlicher Neigung, die Interessen der breiten Volksmassen zu verraten, hat das Zentrum die direkte Wahl preisgegeben.

Die Taktik des Zentrums.

Der Freiherr v. Zöllner hat am 17. Januar 1910 bei der Staatsberatung mit Bezug auf die Taktik des Zentrums gesagt:

„Esfer könnte man annehmen, daß dem Zentrum jetzt die Rechnung präsentiert wird für die Unterstützung, die man ihm geleistet hat, seine Machtziele, seine politischen Machtziele im Reich zu erreichen, und ich bin nicht ganz ungewiss, ob wir nicht die Quittung auf diese Rechnung bei der Behandlung der Wahlrechtsvorlage erleben werden. Wenn ich mir so denke, wie die Sachen sich entwickeln werden, so möchte ich doch annehmen, daß es mindestens möglich ist, daß das Zentrum dafür sorgen wird, daß keine Änderung des Wahlrechts zustande kommt, auf die Konserwativen nicht auszusprechen vermögen.“

Das Zentrum als Verräter des Wahlrechts.

In der „Schlesischen Zeitung“ schrieb 1910 jedenfalls ein Abgeordneter, der die parlamentarischen Verhandlungen zwischen den Konserwativen und der Zentrumsfraktion mitgemacht hat:

„Wie konnte da die Basis für ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen seitens der Konserwativen gefunden werden? Dabei ergab sich nun, daß das Zentrum lange nicht so weit und so radikal vorgehen wollte wie die Nationalliberalen. Das Zentrum gab sich mit der geheimen Wahl bei den Urwahlen zufrieden und konzedierte die drei den Konserwativen äußerst wichtig erscheinenden Punkte, nämlich:

1. die unveränderte Aufrechterhaltung der Dreiklassenwahl nach dem die Regierungsabstimmung durch die Zusammenrechnung der Abstimmungsprozente der drei Abteilungen die eigentliche Dreiklassenwahl fast völlig verwirklichte,
2. die direkte Wahl, welche besonders geeignet ist, eine wüste Wahlagitation zu verhindern,
3. die öffentliche Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner!

Was wäre nun geschehen, wenn die Konserwativen hierbei sich schmelzend abgesetzt hätten und sich nicht an dem sogenannten Kompromiß beteiligt hätten?

Dann wäre auch das Zentrum für die direkte und für die volle geheime Wahl eingetreten, und die Konserwativen wären mit ihren Anträgen für die Beibehaltung der öffentlichen und der indirekten Wahl einfach überstimmt und an die Wand gedrückt worden.“

Und nun weiter noch eine kleine Stelle aus diesem Artikel. Da heißt es:

„Die Konserwativen haben also, wie die Dinge liegen, die öffentliche Wahl nicht „preisgegeben“, sondern sie haben, unter Mitwirkung des Zentrums, gerettet, was nach der gegenwärtigen parlamentarischen Konstellation hierfür zu retten war.“

Die Nationalliberalen.

Herr Schmedding hat in der „National-Zeitung“ erklärt, daß zwar unter dem gegenwärtig herrschenden Dreiklassenwahlrecht die breite Masse des Volkes nicht zu ihrem Rechte komme, aber er bekannte sich zu dem grundsätzlichen Gedanken des Massenwahlrechts. Er sagte:

„Es wäre aber meines Erachtens vorzuziehen, daraus den Schluß zu ziehen, daß deshalb auch der Grundgedanke, auf dem das preussische Wahlrecht aufgebaut ist, falsch wäre. Im preussischen Staat ist es nicht anders wie überall in der Welt bei großen Kulturvölkern. In Wirklichkeit gibt es hier und wird es immer geben wie auch anderswo, drei in der Natur begründete Gesellschaftsklassen.“

Zu der ersten rechnet er dann auch die in Geistesarbeit aufstehenden Gesellschaftsklassen, wozu er auch die Großgrundbesitzer, die Offiziere usw. rechnet. Die zweite Schicht ist die des mittleren Bürgerstandes: Handwerker, Pächter, Werksführer, Gekulten, auch der Unteroffiziere und sämtlicher Subalternbeamten, während die große Masse der körperlich Arbeitenden — sei es auf dem Felde oder in der Fabrik — die Handwerker, Tagelöhner, Kleinbauern und Soldaten, die dritte Klasse ausmachen.“

Für aristokratisches Wahlrecht.

Abgeordneter Dr. Krause (Königsberg) am 12. Februar 1910 im Abgeordnetenhaus:

„Wir Nationalliberalen wollen aber in Preußen gar nicht ein demokratisches Wahlrecht, so wenig wir das demokratische Reichstagswahlrecht antaßen, vielmehr ein aristokratisches Wahlrecht, welchem Gedanken Herr Abgeordneter Schmedding in seinem bekannten Artikel Ausdruck gegeben hat.“

Teilung in Gemeinden.

Abgeordneter Schiffer (Magdeburg) am 16. März 1910 im Abgeordnetenhaus:

„Die (die Bestimmung des Gesetzes von 1891) hat sprunghaft und unvernünftige Wirkungen in einzelnen Bezirken gehabt. Dadurch ist das Ergebnis herausgekommen, daß durch die Teilung im Urwahlbezirk einmal nicht sowohl eine Förderung des Mittelstandes im allgemeinen, als vielmehr eine Förderung breiter proletarischer Massen stattgefunden hat, was etwas ganz anderes ist. Und zweitens sind durch diese Form die Grundlagen unseres preussischen Wahlrechts, die vernünftige soziale Schichtung, völlig zerstört und durcheinander geworfen worden. Es liegt so, daß im Wesen von einem abgestuften Wahlrecht eigentlich kaum mehr die Rede ist.“

Und dieser Sorte Nationalliberaler hat sich der Freisinn in die Arme geworfen!

Verammlung der Aktionäre der Paris-Bremer Bahn Herr Charles Petit auf Vorschlag des Verwaltungsrats zum Administrator gewählt. Herr Charles Petit ist Präsident des Handelsgerichts des Seine-Departements. Inwiefern bereitet die Tätigkeit eines Handelsrichters zur Leitung einer Bahngesellschaft vor? Die Frage wäre schwer zu beantworten, wenn nicht ein seltsames Zusammentreffen in diesem Fall einen Anhaltspunkt gäbe. Zwei Tage vor der Generalversammlung, am 23. April hatte nämlich das Pariser Handelsgericht die Entscheidung in einem großen Prozeß zu fällen, den der Staat gegen die Gesellschaft der Orléans-Bahn angestrengt hatte. Es handelte sich um 17 Millionen, die der Staat als Rechtsnachfolger der verstaatlichten Westbahn als seinen Anteil an den Erträgen der gemeinsamen Strecke in der Bretagne forderte. Und der Staat wurde von dem unter dem Vorsitz des Präsidenten Petit verhandelnden Gerichtssenat abgewiesen! Natürlich kann man nicht sagen, Herr Petit habe sich für dieses dem Privatkapital günstige Urteil bezahlen lassen. So groß sind die Fäden der kapitalistischen Korruption nicht immer gesponnen. Aber notorisch ist es, daß die Verwaltungsräte der verschiedenen Bahngesellschaften eine ganze Anzahl von Mitgliedern gemein haben. Und wer kann es ihnen verbieten, daß sie sich einem Richter, der für ihre Profitinteressen soviel Verständnis gezeigt hat, erkenntlich erweisen und seinen Kollegen für künftige Fälle ähnliches nahelegen wollen?

Ein anderes Beispiel für die Rival der kapitalistischen Profitmacherei sei der Kolonialwirtschaft entnommen:

Wir haben neulich auf den Zusammenhang der revolutionären Bewegung in Indochina mit der Ausplünderung der Eingeborenen hingewiesen und namentlich die Verlängerung des Alkoholmonopols einer kapitalistischen Gesellschaft charakterisiert. In der „Libre Parole“ finden wir nun erbauliche Details über die Teilnahme von hohen Kolonialbeamten an diesem kapitalistischen Raubzug. Die Inhaberin des Monopols, die „Société Française des Distilleries de l'Indo-Chine“ hatte in ihrem ersten Geschäftsjahr 350 000 Fr. Gewinn erzielt. Im zweiten — 1902 — beschloß sie eine Kapitalvermehrung von einer Million. Auf der Liste der Zeichner der neuen Aktien findet man, mit Summen von 5000 bis 40 000 Fr. eingetragen, zwei Staatsanwälte in Hanoi, einen Residenten, zwei Beamte der Zollverwaltung, einen Kanalarbeiter, einen Chefarzt, einen Telegrapheninspektor usw. Dann Militärs und zwar einen Oberlieutenant, einen Brigadegeneral und zwei Hauptleute. Ferner Beamte und Offiziere von niedrigerem Rang. Man kann sich vorstellen, wie sich diese Beteiligung bei der Verlängerung des Monopols für die kapitalistische Unternehmung rentiert haben wird. Es wird auch behauptet, daß ein großer Teil der Zeichnungen fiktiv waren und die betreffenden Aktionäre ihre Aktien ohne Einzahlung bekommen haben.

Der Bericht des Heeresauschusses über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 14. Mai. In der Deputiertenkammer legte Henry Wal den Bericht vor, der sich für die dreijährige Dienstzeit ausspricht; die äußerste Linke nahm ihn mit Murren auf.

England.

Gefährdung der Pressefreiheit.

London, 14. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die gleichwirdige Unterdrückung der Pressefreiheit, insbesondere des Organs der sozialpolitischen Union the „Suffragette“ hat die englische Arbeiterpartei zur Verteidigung der Pressefreiheit auf den Plan gerufen. In den letzten 14 Tagen sind zwei Buchdrucker, die entgegen der Warnung des Regierungsadvokaten das Blatt gedruckt hatten, verhaftet worden. Der letzte war der Geschäftsführer der „National Labour Press“, die der Independent Labour Party gehört. Die Verhaftungen erfolgten, trotzdem in den letzten Nummern der „Suffragette“ keinerlei Aufforderungen zu irgendwelchen Verbrechen enthalten waren. Namentlich haben sich die Genossen MacDonald und Keir Hardie bereit erklärt, die Geschäftsführerstelle der „National Labour Press“ anzunehmen, um die Regierung dadurch aufzufordern, gegen sie einzuschreiten. Die Direktoren der Parteipresse haben einstimmig beschlossen, die „Suffragette“ weiterzudrucken, trotzdem zu erwarten ist, daß sie dieferhalb Ende der Woche verhaftet werden. Sollte dieser Fall eintreten, so wird der Parteivorstand eine Versammlung einberufen und neue Direktoren, wahrscheinlich aus der Reihe der Parlamentsmitglieder wählen.

Hervorgehoben mag noch werden, daß es sich in diesem Kampfe lediglich um die Verteidigung der Pressefreiheit und keineswegs um eine Sympathieumgebung für die Suffragetten handelt.

Amerika.

Ein mißglückte Staatsaktion.

Die Anklage gegen Debs, Warren und drei andere Genossen vom „Appeal to Reason“ wegen „Verbreitung obszöner Literatur“ — begangen durch die Aufdeckung insamer Verbrechen des Direktors eines „Rustergesängnisses“ — ist vom Bundesrichter Pollock schon vor der schwebgerichtlichen Verhandlung abgewiesen worden. Ebenso die noch schwerere wegen angeblichen Verjuch der Zeugenbeeinflussung. Den Genossen Waldand, der sich, müde der ewigen Verfolgungen, das Leben genommen hat, vermag dieser Ausgang freilich nicht mehr zurückzurufen. Und man darf auch nicht glauben, daß Pollock, dessen moralische Minderwertigkeit im „Appeal“ schon vor 8 Jahren nachgewiesen wurde, aus plötzlich erwachten Gewissensstrapseln dem Justizverbrechen ein Ende gemacht hätte. Vielmehr sind schwere Anklagen gegen den Bundesanwalt Bone, der mit Hilfe eines Paters und anderer Unterhändler das ganze Raubver ins Werk gesetzt hat, unter Beweis gestellt, daß die Gerichtsgene zu einem Tribunal ganz anderer Art hätte werden müssen. Nun haben unsere Genossen selbst ein Verfahren gegen die Genannten beim Generalanwalt in Washington eingeleitet. Sie werfen ihm Verschleierung und Verschönerung gegen die Angeklagten vor, Verjuch der Vernehmung des Postinspektors zur Erlangung von Material und anderer Personen zur Herbeiführung falscher Aussagen. Leider wirds freilich nicht sein. Der Anwalt des „Appeal“, Sheppard, berichtet aus Washington, daß der Generalanwalt ihm die Einsicht in die Prozessakten verweigert hat. Es wird nun berichtet, ein demokratischer Abgeordneter wolle die Sache im Kongreß zur Sprache bringen. Ob es geschehen wird? Unserer Bewegung wird jedenfalls die Wäre nicht schaden. Die Nummer des „Appeal“, in der das Verfahren gegen ihn besenchtet war, wurde in vier Millionen Exemplaren abgesetzt.

China.

Der erste Vorschuh auf die Fünfmächtensleihe.

London, 14. Mai. Die „Times“ melden aus Peking vom 13. d. Mts.: Die Vertreter der Fünfmächtensgruppe haben heute der chinesischen Regierung einen ersten Vorschuh von 1 200 000 Dollar auf die Anleihe ausgeschrieben, die wie folgt verteilt ist: London 7 416 880, Paris 7 416 880, Deutschland 8 000 000 Pfund. In Petersburg werden 2 777 777 und in Brüssel 1 888 887 Pfund aufgegeben werden.

Gewerkschaftliches.

Ungeteilte Arbeitszeit!

Die Notwendigkeit, den Wohnsitz weitab von der Arbeitsstelle aufzuschlagen, wird für einen stets wachsenden Teil der Arbeiterklasse immer unabwehrbarer. Das gilt besonders für Berlin. Die Arbeiter vieler Betriebe wohnen fast restlos in Vororten. Mancher von ihnen braucht eine Stunde und mehr, um die Arbeitsstelle, und von dieser aus wieder die Wohnung zu erreichen. Bei solcher Entfernung zwischen Werkstatt und Wohnplatz hat die Frage der sogenannten ungeteilten Arbeitszeit, das heißt, des Fortfallens einer längeren Mittagspause und dafür früheren Arbeitsschlusses, ein besonderes Interesse. Hervorragend sind dabei die Metallarbeiter beteiligt. In den meisten Betrieben besteht noch die geteilte Arbeitszeit. Mit der Ueberwindung der Entfernung zwischen Betriebe und Wohnung dehnt sich die Arbeitszeit für einen großen Teil der in den Vororten Wohnenden bis auf 12 Stunden und länger aus. Zu dieser Frage wurde kürzlich in der „Metallarbeiter-Zeitung“ — Nr. 6, 1913 — ausgeführt: „Die Arbeiter müssen diesen Weg vor und nach der Arbeitszeit zurücklegen. Diese Geh- oder Fahrzeit kann unmöglich als Ruhepause betrachtet werden. Im Gegenteil ist auch sie im wahrsten Sinne des Wortes „Arbeitszeit“. Wozu, wie es im allgemeinen der Fall ist, stundenlange Mittagspausen herbeigeführt worden sind, um möglichst vielen Arbeitern Gelegenheit zu geben, am Wohnsitz und in der Familie das Mittagessen einzunehmen, das wird auch diese Mittagspause, das Jagen von der Arbeitsstätte zum Wohnsitz, das schnelle Essen und wieder Zurückjagen nicht zur Ruhepause, sondern zur Arbeitszeit. Für das körperliche und seelische Wohlbefinden der Arbeiter bedeutet eine solche „Mittagspause“ nicht nur nichts gutes, wohl aber schlimmes. Die Arbeitszeit verlängert sich um die Zeit, die von der Arbeitsstätte zur Wohnung und von der Wohnung zur Arbeitsstätte benötigt wird.“ Ob die Mittagspause als Erholung, zwecks Auffrischung der Kräfte, vorteilhaft ist, zu dieser sehr interessanten Frage hat sich der Nervenarzt Dr. W. Helbrod-Karlruhe in einem erstatteten Gutachten also ausgesprochen: „Die Erholung kann ihre volle Wirkung nur üben, wenn sie konzentriert ist. Es ist heute nicht bloß mehr die Erfahrung, die uns das lehrt, sondern es sind streng wissenschaftliche Untersuchungen, die Forschungen der experimentellen Psychologie und Psychopathologie, die es beweisen. Sie zeigen, daß Unterbrechungen der Arbeit bis zu der Dauer von 15 bis 20 Minuten geeignet sind, die Ermüdung ein wenig zu vermindern und doch die Anregung für die Arbeit aufrecht zu erhalten. Ueberschreitet aber die Unterbrechung jene Minutenziffer, so geht nunmehr das außerordentlich wichtige Moment der Anregung verloren, ohne daß doch etwa, und handele es sich selbst um 1 bis 2 Stunden, die Ermüdung vollständig beseitigt würde. Nach einer solchen Pause kehrt der Arbeitende also zwar ein wenig, aber doch eben nur wenig erholt an seine Arbeit zurück, und die Anregung muß erst von neuem wieder erworben werden, der Arbeiter muß sich erst wieder in die Arbeit hineinfinden, erst warm bei ihr werden.“ Aus einem Referat des Prof. Dr. E. Sieper-München seien folgende, diese Angelegenheit berührende Sätze hervorgehoben: „Ich möchte einen Gesichtspunkt in den Vordergrund rücken, der sich als der arbeitsökonomische bezeichnen läßt. Ich glaube, wir müssen die ungeteilte Arbeitszeit auch um der Arbeit selbst willen fordern. Wir arbeiten, wie die Verhältnisse jetzt liegen, morgens, wir arbeiten mittags, wir arbeiten nachmittags, und diejenigen, die in besonders verantwortlicher Stellung sind, die mit besonderem Pflichtgefühl und Arbeitswillen besetzt sind, arbeiten vielfach auch abends und nachts. Wir stehen tagaus, tagein, wenn die Arbeit auch hin und wieder auf Stunden unterbrochen, unter dem Druck der Arbeit. Wir werden zur Arbeitsmaschine. Müdigkeit und frühzeitiges Altern sind die Folge. Aber nicht wir allein, auch die folgende Generation hat die Kosten zu tragen. . . . Gewiß gibt es auch wohl noch andere Ansichten. Sie dürften sehr stark von dem unmittelbaren Interesse bestimmt sein. Die Unternehmer können keine gewichtigen Gründe für die Beibehaltung des alten Systems ins Feld rücken. Ihr Widerstand, wo er noch zu verspüren ist, entspringt meistens der Befürchtung, mit der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit könne das Bestreben nach einer Verkürzung der effektiven Arbeitszeit erstarken. Redenfalls gibt es in Berlin noch bedeutende Firmen, die sich zu der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit bisher nicht haben entschließen können, obwohl die Arbeiterklasse in ihrer großen Majorität sich dafür ausgesprochen hat. Wie sehr z. B. die Metallarbeiter in Berlin für die ungeteilte Arbeitszeit eingenommen sind, das zeigte eine Abstimmung in mehreren Betrieben der A. G. S. — Adlerstraße, Schlegelstraße, Koloniestraße, Grünthaler- und Christianstraße. An der Abstimmung beteiligten sich 6223 Personen. 5501 der Abstimmenden sprachen sich für eine ungeteilte Arbeitszeit von morgens 7 Uhr bis nachmittags 4 Uhr aus. Nur 722 Personen stimmten gegen eine Veränderung der bestehenden geteilten Arbeitszeit. Wenn ein so starker Teil der Gesamtarbeiterklasse sich für eine Reform ausspricht, die wirtschaftlich den Unternehmern nur vorteilhaft sein kann — sie erspart mindestens sachliche Betriebskosten, Kraft, Licht usw. —, dann sollte man meinen, würden die Unternehmer den aus gesprochenen Wünschen gern schleunigst nachkommen. Jetzt, mit dem Beginn des Wiedererwachens der Natur, wird die Frage wieder besonders akut. Hoffentlich hört man bald, daß die Angelegenheit zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt worden sei.“

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei der Firma Werde.

Die Firma Werde in der Wassertrasse, die Badewannen fabriziert und etwa 92 Arbeiter beschäftigt, hat mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, unter Mitwirkung des Vertreters der Unternehmerorganisation, Herrn Kasse, eine Vereinbarung abgeschlossen, durch die die Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Betriebe im einzelnen festgelegt wurden. Seit ungefähr 14 Tagen stehen nun die Klempner des Herrn Werde im Streik, da derselbe fortwährend versucht hat, den abgeschlossenen Vertrag zu umgehen. Durch das Verhalten dieses Unternehmers ermuntert, waren in der letzten Zeit auch andere Firmen bestrebt, die festgelegten Vereinbarungen zu durchbrechen. Herr Werde bemüht sich nun, unter dem Schutze der Polizei Streikbrecher zu lauern, allerdings nur mit wenig Erfolg. Die Stimmung der Streikenden ist die beste. Sie stehen einmütig hinter ihren Forderungen und sind entschlossen, den Kampf durchzuführen, bis Herr Werde eintrifft, daß abgeschlossene Verträge auch von ihm eingehalten sind. Eine Versammlung der Badewannenklempner, die in den „Andreas-Festjalen“ tagte, sprach den streikenden Kollegen der Firma Werde ihre volle Sympathie aus und verpflichtete sich, dieselben mit allen Mitteln zu unterstützen.

Ein Klempner, der 19 Jahre bei Werde beschäftigt war und jetzt krank wurde, erhielt seine Papiere, als er sich wieder

zum melde. In seine Stelle wurde ein junger Arbeiter gesetzt, der unter dem Tarif arbeiten muß.

Mühlenerbeiterstreik. Der Streik in der Vertheim- und Schütt-Mühle dauert fort. Während in der Vertheim-Mühle Streikbrecher nicht zu verzeichnen sind, auch alle Streikenden einmütig ausharren, ist es in der Schütt-Mühle dank der „aufopferungsvollen Tätigkeit“ der Polizei möglich geworden, Arbeitswillige in den Betrieb zu bekommen, jedoch scheint man mit den Arbeitswilligen nicht allzu viel Freude zu erleben. Ein besonderes Kapitel könnte man wieder über die Polizei schreiben, insbesondere über den Herrn Veitmann und die Kriminalbeamten. Harmlose Passanten werden in der bekannten Weise aufgefordert, die Stromtrasse zu verlassen, und den Arbeitern, welche das ihnen gesetzlich gewährte Recht des Streikpostens ausüben, wird das Verreten der Stromtrasse verboten unter der Androhung, daß man dieselben eventuell fesseln werde. Als Arbeitswilligenvermittler ist der Rehl- und Vorloshändler Homuth, Alt-Roabit 12, tätig; er glaubt sich anscheinend Herrn Schütt zu besonderer Dankbarkeit verpflichtet, da er mietfrei wohnen soll.

Die Streikleitung hat versucht, Verhandlungen anzubahnen. Herr Schütt, der eine der Mühleninhaber, lehnte jedoch jede Verhandlung rundweg ab, da er keinen Tarifvertrag wolle.

Jedenfalls werden die Streikenden bemüht sein, trotz der ablehnenden Haltung des Herrn Schütt und trotz der aufreizenden Haltung der Polizei, den begonnenen Kampf durchzuführen, um dadurch Lohn- und Arbeitsgelegenheit auch in diesen Mühlen zu verbessern.

Zugang ist nach wie vor streng ferngehalten.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter (Ortsverwaltung Berlin).

Verband der Maschinisten und Heizer (Ortsverwaltung Berlin).

Achtung, Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter! Am Freitag, den 16. Mai, bleiben die Bureaus und der Arbeitsnachweis wegen der Landtagswahl geschlossen! Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Der Abbruch des Streiks im ober-schlesischen Kohlenrevier vollzieht sich nicht einseitlich, sondern wird sich in wilden Kutschstreiks allmählich verbluten, wie das zu erwarten war. Ein großer Teil der Streikenden will von der Parole der polnischen Berufsvereinigung nichts wissen oder hat noch nichts davon erfahren, denn in den Kreisen Pleß, Rybnitz, Laurahütte bei Katowitz und Myslowitz war am Dienstag fast niemand eingefahren. Die „Katowitzer Zeitung“ berichtet, daß 17.000 Mann bei der Morgen-schicht fehlten, während bei den Organisationen die Mitteilung einging, daß es mindestens 20.000 sind. Auf den fiskalischen Gruben ist der Streik vollständig beendet.

Die Führer der polnischen Berufsvereinigung haben am 9. Mai sofort nach der Konferenz fluchtartig das Revier verlassen. Sie haben es nicht gewagt, den empörten Massen den Streikbruch mitzuteilen, wie sie es unterliehen, ihre Parole durch ein Flugblatt bekanntzugeben. Einige Vertrauensmänner, die am 10. und 12. Mai in Versammlungen referieren mußten, erklärten, daß weiter gestreikt werde, jedenfalls, um Mißhandlungen durch die empörten Arbeiter zu entgehen. Die Empörung der polnischen Bergarbeiter gegen die Berufsvereinigung ist grenzenlos, und es sind schon mehrfach Mißhandlungen von Angestellten dieser Organisation bekannt geworden. In Rabitz wurde am 10. Mai der Lokalberrichter Wankowski von den Mitgliedern derart mißhandelt, daß er in einer Droschke ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In Beuthen haben die Mitglieder der polnischen Berufsvereinigung am zweiten Pfingstfeiertag das polnische Vereinslokal völlig demoliert. In Potemba wurden die Fenster Scheiben im polnischen Verkehrslokal eingeschlagen. In Schindlerowitz mußte der Kassierer der polnischen Berufsvereinigung mit dem Kasse unter polizeilichen Schutz flüchten. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun, um die Führer der polnischen Berufsvereinigung zu schützen. Die Empörung steigt aber immer noch, weil die Leute mit jedem Tage deutlicher einsehen, wie sie belogen worden sind: zunächst die erbärmliche Unterstützung von 3-6 M. für 3 Wochen (vielfach sogar nur ein Schein für Buttermilch), dann die unwahren Angaben, die Unternehmer hätten die Forderungen bewilligt, wenn die Arbeit aufgenommen würde; dann die Mitteilung, daß Kontraktbruchstrafen nicht abgezogen werden dürften. Und nun erfahren die Leute, daß die Kontraktbruchstrafe allenthalben abgezogen wird und daß die Kründigungen überhaupt rechtens sind. Man befürchtet sogar, daß es am Donnerstag bei der Lohnzahlung zu Tumulten kommen wird, weil dann die Kontraktbruchstrafen generell abgezogen werden.

Die Armut ist unbeschreiblich. Keine Unterstützung von der Organisation. Der rückständige Lohn wird für Kontraktbruchstrafe und für Miete einbehalten. Die polnische Organisation nur noch ein Trümmerhaufen.

Der alte Bergarbeiterverband hielt am zweiten Pfingstfeiertag mehrere Versammlungen ab, die zahlreich besucht waren. Allgemeine Befriedigung löste es namentlich bei den Frauen aus, als sie hörten, welche Unterstützungsfälle vom Verband gezahlt worden sind. — Die Verbandenmitglieder haben überall die Arbeit aufgenommen und sind der Parole gefolgt. Die Gendarmerie ist teilweise abgereist. Die Breslauer Schutzleute sind aber noch alle im Streikrevier.

Schwarze Listen in der Lederhandschuhindustrie. In einer außerordentlich rigorosen Weise geht seit einiger Zeit der Verband der Lederhandschuhfabrikanten gegen Arbeiter vor, die mit Lohnfordernungen an die Unternehmer herantraten. In der Regel werden von den Industriellen schwarze Listen erst verfaßt, wenn es wegen Lohnforderungen zur Arbeitsverweigerung gekommen ist oder die Verhandlungen abgebrochen sind. Obwohl nun in der Handschuhindustrie in den letzten Jahren größere Streiks fast gar nicht vorgekommen sind, sondern die meisten Lohnbewegungen auf dem Verhandlungswege zur Erledigung kamen, läßt es sich die Leitung der Fabrikantenorganisation außerordentlich angelegen sein, die an einer Lohnbewegung beteiligten Arbeiter insgeheim durch schwarze Listen in Verruf zu erklären.

So ist der Fabrikantenverband in Grimma der Firma M. u. H. Händel mit der schwarzen Liste zur Hilfe gekommen, obwohl diese Firma erst aus Anlaß der Lohnforderungen der Unternehmerorganisation beigetreten ist und zu denjenigen Unternehmungen gehört, die infolge niedriger Arbeitslöhne den besten entlohnenden Mitgliedern des Fabrikantenverbandes eine scharfe Konkurrenz bereiten. Eine weitere schwarze Liste brachte der Fabrikantenverband zum Versand, um den Handschuhmachern von Neuhaldensleben jede anderweitige Arbeitsannahme unmöglich zu machen. Es handelt sich in Neuhaldensleben um sehr geringe Lohnforderungen, die anlässlich des Tarifablaufes gestellt waren. Die Arbeiter in den Handschuhfabriken von Herrmann und Keimel u. H. u. H. hatten die Mündigung ordnungsgemäß eingereicht, standen aber behufs friedlicher Beilegung der Differenz mit den Unternehmern in Unterhandlung. Trotzdem erfolgte durch den Fabrikantenverband der Versand schwarzer Listen, die — was auch in Grimma der Fall war — nicht allein die Namen der Handschuhmacher, sondern auch diejenigen der in den Betrieben beschäftigten Härder und Lederzurichter enthielt.

Dieses Vorgehen verdient besondere Beachtung, weil für die Gewerbe- und Handwerksbetriebe nicht der Verband der Handschuhfabrikanten, sondern der Verein der Glacé- und Weißlederindustriellen die zuständige Unternehmerorganisation ist. Der Vorstand letzterer Organisation hat aber auf seiner Hauptversammlung die Erklärung abgegeben, daß er es ablehne, gegen Arbeiter, die eventuell die Arbeit einst einstellen würden, mit der schwarzen Liste vorzugehen. Das trifft auf die Neuhaldenslebener Arbeiter zu, die von der unzuständigen Organisation der Handschuhfabrikanten in Verruf erklärt wurden, obwohl sie in Beschäftigung standen und bereit waren, sich mit den Arbeitgebern zu verständigen. Tatsächlich ist es auch gar nicht zur Arbeitsverweigerung gekommen.

sondern die Tarifverneuerung ist auf Grund sehr minimaler Zugeständnisse erfolgt. Im das Zustandekommen einer Einigung bemühte sich der Verband der Handschuhfabrikanten nicht im geringsten; ihm ist vielmehr daran gelegen, erblichen Arbeitern die Fortsetzung des Erwerbs anderweitig abzuschneiden, und kein Staatsanwalt schreibt hier zum Schutze solcher Arbeitswilligen und gegen den von Unternehmern ausgehenden Terrorismus ein.

Die Gastwirte und die Landtagswahl.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der Gast- und Schankwirte Groß-Berlins tagte am Mittwochnachmittag im Concordiaaal. Sie war von sozialdemokratischen Gastwirten einberufen, um den Gast- und Schankwirten zu zeigen, auf welche Seite sie sich zu stellen haben, wenn sie als Landtagswähler ihre Interessen wahrnehmen wollen.

Der erste Referent, Dr. Karl Vieblnecht, nahm Bezug auf die zahlreichen Bedrückungen, denen besonders die kleinen Gastwirte durch das preussische Polizeistrafgesetz ausgesetzt. Die kleinen Polizeikommissarien, welche gegen die Arbeiterbewegung angewandt werden, haben auch die Gastwirte am eigenen Leibe zu fühlen und die Justiz vermag vollkommen gegenüber den polizeilichen Drangsalierungen. Ferner wies der Redner nach, daß auch die Steuererhebung Bestimmungen enthält, die den kleinen Gastwirt in der Ausübung seines Gewerbes schwer belasten und daß die allgemeine Zoll- und Wirtschaftspolitik den kleinen Gastwirt ebenso schwer drückt wie alle Kinderdemittelten. Alles was an reaktionären, die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung belastenden und entrechtenden Bestrebungen der Wirtschaft wird, das findet seine Stütze im preussischen Junkertum. Der preussische Junker beherrscht den preussischen Landtag und macht von da aus seinen schädlichen Einfluß auf die Gesetzgebung des Reiches geltend. Wer also will, daß es in Preußen und im Reich besser wird, daß den reaktionären Untertanen ein Ende bereitet wird, der muß mitwirken, daß die Macht des preussischen Junkertums gebrochen wird. Dazu bieten die preussischen Landtagswahlen Gelegenheit. Hier haben die kleinen Gastwirte mit der Arbeiterklasse das gleiche Interesse: die Front gegen rechts zu nehmen, Abrechnung zu halten mit allen bürgerlichen Parteien und sich auf die Seite der Sozialdemokratie zu stellen, die im Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien die Interessen der breiten Masse des Volkes mit aller Entschiedenheit vertritt. (Beifall)

Der zweite Referent, Fritz Subeill, besprach die neue Belastung, welche dem Gastwirts-gewerbe durch die städtische Biersteuer auferlegt worden ist. Er verwies darauf, daß in einer großen Versammlung am 5. März die auf dem Boden bürgerlicher Parteien stehenden Gastwirtsorganisationen beschlossen haben: Wenn die Biersteuer durchgeht, dann sprechen wir uns am Tage der Landtagswahl. Ob am 16. Mai dieser Beschluß ausgeführt wird, muß abgewartet werden. Soviel ist aber sicher, daß die Gastwirte, welche diesem Beschluß gemäß handeln wollen, nicht den Freisinn unterstützen dürfen. Haben doch die freisinnigen Abgeordneten Kopp und Dr. Wiemer in einer großen Versammlung in der „Neuen Welt“ erklärt, das Gastwirts-gewerbe könne keine weitere Belastung tragen und trotzdem haben diese beiden Vertreter des Freisinn im Reichstage der Regierung 400 Millionen neuer Steuern bewilligt und für die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer gestimmt. Auch bei anderen Gelegenheiten haben sie sich — wie der Redner an verschiedenen Beispielen zeigte — nicht als Vertreter der Interessen der Gastwirte und des kleinen Mannes erwiesen. Deshalb kann es für die Angehörigen des Gastwirts-gewerbes keine andere Parole geben als die: Am 16. Mai alles aufzubieten, um die für die Sozialdemokratie abzugehenden Stimmen vermehren zu helfen, damit die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten vermehrt und der Kampf gegen das Unrecht der Dreiklassenwahl unterstützt werde.

Auch dieser Redner fand lebhaften Beifall. Da sich niemand zur Diskussion meldete, ergrühte der Vorsitzende Lissin die Anwesenden, aus dem Vorgetragenen die Konsequenz zu ziehen und in den Kreisen der Kollegen dahin zu wirken, daß nur die sozialdemokratischen Wahlmänner gewählt werden.

Letzte Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

London, 14. Mai. (B. T. V.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, nimmt die bulgarische Regierung im Prinzip die Friedenspräliminarien an, macht aber Vorbehalte geltend in Betreff der Grenzlinie Enos-Midia. Von bulgarischer Seite wird vorgeschlagen, die neue Grenze solle von Midia zunächst nach Saraj und dann nach Muradli an der Eisenbahnlinie Konstantinopel-Adrianopel, einem geeigneten Punkte für die Ausdehnung der Eisenbahn bis Rodosto gehen. Die Grenze solle dann nach Airobol, dann zwischen Margara und Redan hindurch und dann über die Wassercheide des Aegeischen Meeres östlich von Enos führen. Auf diese Weise würde Enos und die Mündung der Mariza in bulgarischem Gebiete belassen, was nicht der Fall wäre, wenn, wie von den Mächten vorgeschlagen, Enos zum Grenzpunkt gemacht würde.

Korruption in französischen Spielhöhlen.

Paris, 14. Mai. (B. T. V.) Die Kammer beschäftigte sich heute abermals mit der Frage der Spielhöhlen. Der Konservative Pion begründete nochmals seinen Antrag auf deren Aufhebung, indem er auf die Verwüstungen moralischer und auch politischer Natur hinwies, welche die Spielhöhlen verursachen. Die Kammer möge Frankreich nicht die Demütigung antun und in das Budget einen Posten aus den Eritragnissen der Spielhöhlen einzustellen. Der Minister des Innern Aloy bekämpfte den Antrag Pions, durch welchen nur die strenglich überwachten Spielhöhlen abgeschafft, dagegen die heimlichen Spielhöhlen getradegiert begünstigt würden. Der Pariser Deputierte Berru brachte einen Zusatzantrag ein, wonach in der Umgebung von Paris in einem Umkreise von mindestens 50 Kilometer keine Spielhöhlen gestattet werden dürften. Er wies dabei insbesondere auf das Spielkasino in dem benachbarten Badeort Engbien hin und verlas einen Polizeibericht, in dem es heißt, daß die Polizei in dem Betriebe dieses Kasinos eine große Rolle spiele und daß politische Versäulichten von dem Pächter dieses Kasinos regelmäßige Bezüge erhalten hätten. Die Debatte wird fortgesetzt.

Ein ungetreuer Bürgermeister.

Miel, 14. Mai. (B. T. V.) Der Bürgermeister Rohde aus Bad Wramstedt, der nach Unterschlagung einer größeren Geldsumme flüchtig geworden war, hat sich der hiesigen Staatsanwaltschaft gestellt. Rohde soll sich heimlich in Argentinien aufgehalten haben.

Die Suffragetten.

London, 14. Mai. (B. T. V.) Ein kleines, schwarzes Paket ist heute früh durch die Post in dem Polizeigericht Bowstreet abgeliefert worden. Es war an den Oberrichter Curtis Bennatt adressiert und enthielt eine Tabakbüchse aus Flech, in der sich Pulver und eine Sprengkapsel befand. — In Kollstone ist in der vergangenen Nacht ein Haus in Brand gesteckt worden. Zettel, die man in der Nachbarschaft gefunden hat, deuten darauf hin, daß es sich um einen Anschlag von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts handelt.

Zum Landtagswahlkampf.

Schule und Universität.

In welchem Maße nicht nur die Volksschule, sondern sogar die Universität zur Volkserziehung mißbraucht wird, dafür liefern die Verhandlungen des verflochtenen Landtags den drastischsten Beweis. Bei der Kulturbedeute gab ein sozialdemokratischer Redner eine Anzahl Stichproben aus einem Geschichtsbuch, das sich „Geschichtsbilder für evangelische Volksschulen“ nennt und von Wischmeier und Stork, Lehrer in Dortmund, bearbeitet ist. In diesem Buch befindet sich auch ein Artikel über die Sozialdemokratie. Darin wird ausgeführt, daß die Lebensweise, Wohnung und Kleidung der Massen besser geworden sei. Dann heißt es:

„Trotzdem kommen die meisten Arbeiter nicht zum Wohlstand, weil es ihnen an Sparfamkeit und Wirtschaftlichkeit fehlt.“ „Die Genußsucht ist ins Grenzlose gewachsen.“ ... Bei dem Jagen nach Vergnügen und Genuß wurde es gewissenlosen Leuten leicht, die Arbeiter zur Unzufriedenheit und Begehrlichkeit aufzuführen, und es bildete sich vor einigen Jahrzehnten eine gottlose und vaterlandslose Partei, „Sozialdemokratie“ genannt.“ In diesem Stil geht es weiter. Ein besonders hübscher Satz lautet noch: „Wenn die Arbeiter jetzt nach mühevoller Arbeit den Rest ihres Lebens ohne Nahrungsvorgen verleben können, so verdanken sie das unserm Kaiser Wilhelm, dem Freunde der Arbeiter.“ So wird das Unterrichtsweesen mißbraucht im politischen Kampfe! Wie es aber auch auf den Universitäten aussehen würde, wenn es nach dem Herzen des Zentrums ginge, und was schon heute auf Universitäten im blau-schwarzen Preußen möglich ist, das beweist folgende Stelle aus einem „gelehrten“ Werke:

„Haben Hölle und Hefegener das selbe Feuer, so ist ihre Grenze wohl nur durch Gottes Willen gezogen, so daß ein Uebererschreiten derselben nicht gestattet ist, eine Rücksicht, welche den armen Seelen wegen ihrer Würde gebührt. Die beiden anderen Orte aber sind wohl durch zwischenliegende Massen von der eigentlichen Hölle abgegrenzt. Für alle Fälle bemerken wir, daß die Hölle und ihr Feuer zurzeit nur geringe Dimensionen erheischen, da sie lediglich von Weibern bewohnt sind.“

Sollten diese Dimensionen nach der Auferstehung der Leiber unzulänglich sein, so wird der Schöpfer der neuen Erde Sorge tragen.“

Der Verfasser des Buches ist nicht irgendein Geisteskranker. Fahren Professor Josef Bau, außerordentlicher Professor der Theologie an der königlichen Universität zu Münster!

Reich und Arm.

Im verflochtenen Landtag nahm die Sozialdemokratie wiederholt die Gelegenheit wahr, den Etat der Verwaltung der direkten Steuern zur Darlegung der traurigen Lage der übergroßen Mehrheit des preussischen Volkes zu benutzen. Nicht weniger als 51,1 Proz. der Gesamtbevölkerung, so führte unser Redner aus, hatten 1910 ein Einkommen von weniger als 900 M. Die 9 Proz. darunter, die wegen ihrer zahlreichen Familie steuerfrei sind, befinden sich keineswegs in besserer Lage, als die übrigen, sind also gleichfalls direktem Mangel ausgesetzt. Rechnet man die Zensiten ohne Angehörige, so haben 85 Proz. ein Einkommen bis zu 1500 M. Rechnet man nach Calver, dem beliebten Kronzeugen der bürgerlichen Parteien, 23,50 M. Familienverbrauch an Lebensmitteln, so bleiben selbst bei 1500 M. Einkommen pro Woche nur 5,50 M. für Wohnung, Kleidung, Heizung, Beleuchtung und Kulturbedürfnisse aller Art übrig.

Wie jammervoll die Lage dieser 85 Proz. ist, ergibt sich schon aus einer amtlichen Erhebung über die Wirtschaftsausgaben besserstelterter. Da wurde festgestellt, daß eine Familie mit 9800 M. Einkommen allein für Essen und Trinken 3045 M. ausgab, das Dreifache von dem, was eine Familie mit 2300 M. Einkommen ausgeben konnte. Für Kulturbedürfnisse gab die Familie mit 9800 M. Einkommen 825 M. aus, eine andere mit 7400 M. Einkommen sogar 1420 M. Das ist mehr, als die übergroße Mehrheit des Volkes überhaupt an Jahreseinkommen besitzt. Nur 1,5 Proz. hatten ein Einkommen von mehr als 6600 M.

„Da wird uns Sozialdemokraten immer vorgeworfen, wir wollten den Umsturz, wollten die ganze Staats- und Gesellschaftsordnung ändern. Natürlich wollen wir das, selbstverständlich! Denn ich sage noch einmal: wer hat denn ein Interesse daran, daß es nicht geändert wird? Doch bloß die 1,5 Proz., denen es gut geht, doch bloß die sehr wenigen; denen es sehr gut geht! Die große Masse, die 50,1 Proz., die erbärmlich leben, und die 44 Proz., die ziemlich schlecht leben, haben nicht das geringste Interesse daran, daß diese Zustände erhalten bleiben. Und die machen doch die Nation aus!“

„Da wird immer mit den Worten „national“, „vaterländisch“, „patriotisch“ usw. Unfug getrieben; im Interesse der Nation, des Vaterlandes müsse die Sozialdemokratie bekämpft werden.“ Ja, meine Herren, wer ist denn die Nation? Ich denke doch, die 94 Proz. derjenigen, denen es schlecht geht, das ist die Masse der Nation und nicht die Handvoll derjenigen, denen es gut geht. Also im Interesse der Nation liegt die Forderung, im Interesse der Nation liegt der Umsturz, und folglich ist die Sozialdemokratie die nationale Partei, die für die Interessen der Nation eintritt; und die das verhindern wollen, die wollen dies zugunsten der privaten Vorteile einer Handvoll reicher Leute!“

Die Staatsproletarier und ihre Freunde.

In einer Versammlung tat sich vor einiger Zeit einer der „Arbeitervertreter“ der preussischen Zentrumsfraktion etwas darauf zugete, daß jetzt im Landtag doch mehrere Tage über den Eisenbahnetat debattiert werde und daß dabei auch die Beamten- und Arbeiterfragen eingehend erörtert würden, während früher fast nur die technischen und finanziellen Fragen besprochen worden seien. Ein eigenartiges Kompliment für das Zentrum, das doch seit Jahren in gewaltiger Zahl im Dreiklassenparlament vertreten war! Die gründlichere Behandlung der Beamten- und Arbeiterangelegenheiten datiert eben erst seit dem Eintritt der Sozialdemokratie in das Abgeordnetenhaus! Und daß nicht nur die Staatsarbeiter, sondern auch die Beamten sehr gut wissen, wo ihre wahren Freunde sitzen, das bestätigte in der Landtagsession 1912 der Zentrumsredner Abgeordneter Sabinus. Begann er doch sofort mit der Aufpöschung des einer solchen Auffachselung doch wahrhaftig nicht erst bedürftigen Eisenbahnministers gegen Beamte, die sich einer sozialdemokratischen Gesinnung verdächtig machten. Die Demunziation lautete wörtlich:

„Jede Hinneigung zur Sozialdemokratie, die nach außen erkennbar wird, ist mit den Pflichten eines Beamten unvereinbar. . . . Es ist aber durchaus zeitgemäß, an diese Pflicht auf das Ernsteste zu erinnern. . . .“ Die Beamten könnten versichert sein, daß alle bürgerlichen Parteien ihren Wünschen gerecht zu werden suchten.

Daraus dürften diese bürgerlichen Parteien aber das Recht folgern, den Beamten zugunsten, daß sie verpflichtet sind, mehr noch als jeder andere Staatsbürger kraft der Wohlfaten, die sie als Beamte genießen, mit ihrer Persönlichkeit sich dafür einzusetzen, daß alle und jede Umsturzbestrebung, möge sie Namen haben, welche sie wolle, vom Staate ferngehalten und überall, wo sie hervortritt, bekämpft wird.

Die Beamten sollen also dafür, daß sie vom Staat für ihre pflichtgetreue Arbeit bezahlt werden, auf jede unabhängige Gesinnung verzichten und die Schutztruppe der privilegierten Klassen bilden! Eine unverschämtere Zumutung ist mit dürren Worten kaum jemals ausgesprochen worden. Und Herr Sabinus folgte der zweiten Zentrumsredner Meyer, der für die Staatsarbeiter das gleiche Los der Staatsklaverei und geschwändigen Entrechtung forderte. Er empfahl nichts Beringeres, als daß den Staatsarbeitern durch „eine Umgestaltung des Koalitionsrechts“ das Koalitionsrecht geraubt werde. Sagte er doch wörtlich:

„Für die Staatsarbeiter besteht ja — und ich sage ausdrücklich: mit Recht — das ergibt sich aus der Eigenart der Staatsbetriebe — eine Reihe von Einschränkungen ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Sie besitzen nur das Vereinsrecht, und auch hier müssen sie sich noch vielen Normen der dienstlichen Disziplin anpassen — was ebenfalls durchaus richtig ist. Nicht richtig ist es nur, daß die Eisenbahner in allen diesen Dingen in der Luft schweben. Richtig wäre es, wenn die Regierung in Gemeinschaft mit den übrigen gesetzgebenden Faktoren durch Gesetz die staatsbürgerlichen Rechte der Staatsarbeiter mit allen den für sie notwendigen Einschränkungen neu regeln wollte.“

Welche selbstlosen „Freunde“ der Beamten und Arbeiter! Der sozialdemokratische Redner zeigte demgegenüber, wie traurig die Lage der Staatsklaverei ist, deren Ketten das Zentrum noch fester schmieden will. Wie groß die Notlage der Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten, beweise eine Denkschrift des sogenannten Trierschen Verbandes, also einer von den Behörden allergnädigst konzessionierten Organisation. Danach stand einem Durchschnitts einlo m m e n für eine Bahnarbeiterfamilie von 1183 M. eine Durchschnittsausgabe von 1517 M. gegenüber, also ein Defizit von 334 M. Dabei waren auf den Kopf der Familie täglich nur 83 Gramm Brot berechnet und gar die ungeheure tägliche Fleischmenge von 36 Gramm! Für Bekleidung waren pro Kopf täglich 11 deutsche Reichspfennige übrig. Für Spirituosen war fast gar nichts angelegt und trotzdem diese Unterbilanz von 334 M.! Was bedeute demgegenüber die vorgezeichnete künftige Lohnerhöhung!

Wollen die Beamten und Staatsarbeiter ihr Los ernstlich bessern, so bedürfen sie dazu der uneingeschränkten staatsbürgerlichen Rechte, des freien Wahlrechts und des freien Koalitionsrechtes!

Dafür tritt aber einzig die Sozialdemokratie ein!

Der schwarzblaue Pakt.

Im Lande auf und ab wandelt die Zentrumsfreundlichkeit, überall redet sie von der Notwendigkeit einer preussischen Wahlreform. Vergessen wir nicht: Wie hat das Zentrum gehandelt?

Am 20. Mai 1912 beschäftigte sich das preussische Abgeordnetenhaus mit der Wahlreform. Zur Beratung und entscheidenden Beschlußfassung stand der Eventualantrag, die Forderung der Regierung zu unterbreiten, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem das allgemeine und direkte Wahlrecht mit geheimer

Kleines feuilleton.

Der Bühnenerverein auf dem Kriegspfade. Der Deutsche Bühnenerverein nahm auf der gestern in Eisenach abgehaltenen Generalversammlung die schon neulich angekündigte Resolution an, die sich gegen den Reichstheatergesetz-Entwurf richtet: er enthalte eine ganze Reihe von Bestimmungen, die die Lebensbedingungen einer großen Anzahl von Theaterunternehmungen untergraben und damit eine unabsehbar große Anzahl von Mitgliedern brotlos machen würden. Um die Städte als Sulfars für die Absichten des Bühnenervereins auf die Weine zu bringen, wurde die Resolution mit dem Zusatz bepanzert, die Erhaltung einer Reihe von Stadttheatern werde nicht möglich sein, wenn die Städte nicht wesentliche Beiträge dazu leisten, oder wie Postart ausführt, wenn die Städte nicht auf die Bedürfnisse der Direktoren verzichten wollten. Vermutlich wird es nicht allzu schwer halten, allerlei Hüßbereitschaft in stadobrigkeitlichen Kreisen, die von den Gefühlen sozialer Verantwortlichkeit wenig beschwert sind, locker zu machen. Das Präsidium des Bühnenervereins soll sich alsbald rühren. Es wurde beauftragt, „mit gewohnter Umsicht und Energie“ für die „nötigen Verbesserungen“ des Entwurfes zu wirken.

Wohlgeliebt sind diese Verbesserungen sind, weiß man zur Genüge. Die alten Ausbeutungsprivilegien sollen möglichst geschont werden. Wozu das Gesetz? Ist unser blühendes Wohlfahrtsmittel! sagt der Direktorenverband und läßt von Lautenberg berichten, die Wohlstandsklasse habe mehrfach ganze Personale an Theatern, die zu Grunde gegangen waren, unterstützt, und die Baronin Königswarterische Stiftung zur Kostimerversorgung armer Schauspielern sei bereits in Wirklichkeit getreten. Solche Wohlfahrtsbegeisterung der Oberherren ergänzt sich immer durch einen ungebändigten Haß gegen die Organisation der Untergebenen, und dieser Haß wüthet auf der Direktorenversammlung auch die Wöcher und Migen zum Ausbrechen zu finden. Demonstrativ gegen die Angriffe der Bühnenervereinschaft wurde mit dem Schriftführer des Bühnenervereins, dem Rechtsanwalt Arthur Wolff, ein neuer zehnjähriger Kontrakt abgeschlossen. Die Vorgänge entsprechen den sozialen Gegenlagen: der Kampf hat die Schärfe, die er nach Lage der Dinge im Schauspielereberat haben muß. Wie notwendig der Kampf ist, dafür zeugt auch die Tatsache der „Mundgebung“, die der Bühnenerverein für Herrn v. Hülsen losließ gegen die Angriffe, die im Abgeordnetenhaus auf seinen Sündenbettel niederhagelten.

Der Versuch des Bühnenervereins, der Konkurrenz mit Ankeilmahndem Abbruch zu tun, führte gegen alles Erwarten zu erregten Auseinandersetzungen. Den Mitgliedern des Bühnenervereins und der Künstlerchaft ihrer Bühnen soll jede Arbeit für das Kino verboten werden. Eins von den Mitgliedern des Bühnenervereins hat aber solche Arbeit bereits geleistet und leistet sie immer noch: Paul Lindau. Der also zog das Oppositionsdiplom und erklärte mit tragischer Träne im Auge, er werde konsequent seit und aus dem Bühnenerverein austreten. Dazu kam es aber nicht. Ein Kompromißbeschluß rettete seine Mitgliedschaft. Die bestehenden Verträge von Bühnenervereins mit Kinos dürfen weiter ausgemolken werden, bloß der Abschluß neuer Verträge soll unterlagt sein. Lindaus Kinosseele braucht sich also dem großen Schmerz, aus dem Bühnenerverein ausscheiden zu müssen, nicht zu öffnen.

Die Jubiläumsausstellung in Ungnade. Der Kunstkritiker des „Berliner Tageblatts“ ist tief erschüttert durch die schreckliche Tatsache, daß der Kaiser dem Festmahl der Jubiläumsausstellung fernblieb, und daß nicht einmal die Herren des Kultusministeriums sich von den Malern und Bildhauern ein Freibier einschenken ließen. Bei den guten Beziehungen, die der städtische Freiz zu den hohen Kreisen unterhält (die Tage einer neuen Tafelrunde scheinen nahe), war es ihm ein Leichtes, eine tiefe Verstimmung des Kaisers festzustellen.

S. M. hat die Jubiläumsausstellung gründlich mißfallen, er hat die Anstrengungen der Veranstalter mit „ärgerlichem Achselzucken“ quittiert. Der städtische Freiz meint, daß dieser kaiserliche Hohn gut begründet sei, und daß er, der Oberinspizant, ihn vorausgesehen und darum dringend gewarnt habe, durch allzu eifrige Künstler einen Miston in dieses festliche Jahr bringen zu lassen. Der städtische Freiz befürwortet für den Kaiser dasselbe Maß von Rücksicht, das einfach jeder, der bescheidenste Bürger, erwarten kann, wenn man ihn feiern will. Er bebauert aufrichtig, daß dieses Jahr (das hochgelobte) nicht frei von Unstimmigkeiten geblieben ist. „Denn niemand wird dem Kaiser mißgönnen, was jeder sich selbst wünscht: daß die gehobene Stimmung von Erinnerungstagen nicht gestört werde.“

Nach solchem Behagelst drei bleibt nur zu fragen: Wann man das „Berliner Tageblatt“ dazu wird beglückwünschten können, daß in seinem Redaktionsstab ein Oberzeremonienmeister und Geburtstagsdichter der kaiserlichen Majestät sich und Tintenfaß hat. R. Br.

Neue Weltflugrekorde. Die kürzlich ausgeführte Konkurrenz um die „Coupe Pommerch“, die u. a. sechs von den französischen Fliegern nach Deutschland führte, entpuppte sich bei näherem Zusehen als einer der erfolgreichsten Rekordversuche der Luftschiffahrt. Im Zeitraum von knapp 14 Tagen wurden nicht weniger als vier neue Weltflugdistanzen aufgestellt. Guillaug, dem der Sieg zufiel, legte die Strecke Biarritz—Kolum, d. h. 1263 Kilometer, an einem einzigen Tage zurück; er schlug damit den bisherigen Rekord (852 Kilometer) um fast die Hälfte, genau 401 Kilometer. Der Aviatiker Gilbert flog 800 Kilometer ohne anzuhalten und verdoppelte damit die bisher auf 400 Kilometer gehaltene Rekorddistanz. Equin bewältigte die 850 Kilometer betragende Strecke Marseille—Kamur an einem einzigen Tag mit Passagier (Verbesserung des Rekords: 250 Kilometer). Er stellte bei dieser Gelegenheit eine vierte Höchstleistung auf, indem er die weiteste Entfernung mit Passagier und ohne anzuhalten: 450 Kilometer zurücklegte. Bei dieser Konkurrenz wurde auch die 900 Kilometer betragende Strecke Paris—Berlin erstmalig an einem Tage und zwar von dem Flieger Doucourt bewältigt. Die sechzehn Flieger der Konkurrenz führten zusammen mehr als 9000 Kilometer Luftreise (ein Viertel vom Erdumfang) aus.

Mr. Meschugge. Das Theater stirbt — das Kino blüht. Das Volklied ist tot — „Puppchen“, der Gassenhauer, lebt. Ein Zeichen der Zeit! Das Seichteste gefällt. In einem Café im Norden der Stadt konzertiert Mr. Meschugge. Der Clown auf dem Podium, dirigierend. Ein Simson an Haar, 40 Zentimeter lang. Er singt und springt wie ein Toller. Je wilder, je wahnförmiger, desto lärmender schmeißt das „Publikum“. Solche „Kanonen“ sind mode. „Poju“, „Affentheater“ schwirrt es durch die Luft. Das Publi-

kum kennt keine Scham, es hat eine sadistische Lust, Menschenwürde mit Füßen zu treten. Dann kommt der Zinnsoledalenmarsch, mit Helm und Rinderfädel. Patriotische Weisen schließen sich an, wobei ein Russler extra ein besonderes Instrument bedient: er schwentt beständig eine schwarz-weiß-rote Fahne. Das Publikum tobt. Und der diesen Wahnsinn dirigiert, ist ein guter Russler, ehemaliger Philharmoniker und Operndirigent, dem es im Leben nicht kludie. Mit Caféhausmusikern spielt er und die „Tannhäuser“-Overtüre, wie man sie nicht oft spielen hörte. Er ist wie umgewandelt. Jeder Nerv in ihm gehörte der Musik. Das ist „Mr. Meschugge“. Wahrheit, das heißt eine Gesellschaftsordnung, die — nicht nur in diesem Falle und nicht nur in diesem Verufe — die Menschen erst leben läßt, wenn sie sich prostituieren. Die besten aller Welten!

Kalido.

Notizen.

— Bühnengronik. Die Herren Monti und Einwindli, die in Sachen der Direktion des Theaters des Westens seit längerer Zeit über ihr Sozietätsverhältnis in Unterhandlungen standen, haben sich endlich gütlich verglichen. Direktor Monti tritt Ende August von der Direktion des Theaters zurück. Er wird sich nachdem ausschließlich der Leitung von Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater) widmen. — Die Sommeroper bei Kroll wird heute mit der Aufführung von Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ eröffnet.

— Von der Betriebsgesellschaft „Aufbrücheoper“, die vom 5. Februar bis zum 15. April dieses Jahres, nachdem Pakt die Direktion der Kurfürsteneroper niedergelegt hatte, aus Mitgliedern des Theaters gebildet war, spricht Max Epstein im nächsten Heft der „Schaubühne“ auf Grund des geschäftlichen Ergebnisses. Die Einnahmen sind danach im allgemeinen nicht schlecht. Aber sie reichen für die Unkosten eines Opernunternehmens nicht aus, obwohl die Betriebsgesellschaft von allen Seiten Unterstützungen erhielt. Epstein meint, die reingenossenschaftliche Führung eines Theaters, die er für möglich erachtet hatte, sei nicht durchzuführen, da es immer einige Mitglieder geben wird, mit denen man künstlerisch oder geschäftlich oder persönlich nicht auskommt und die die feste Hand eines Direktors brauchen. Das Gesamtergebnis erweise die Unrentabilität einer privaten, durch keine öffentlichen oder genossenschaftlichen Mittel unterstützten Oper: der Etat ist zu hoch, die Einnahmefähigkeit zu gering, und leider herrscht auch für moderne Opern nicht genügend Interesse.

— Die erste städtische Kinderlesehalle in Berlin wird heute in der Ehrenbergstraße 24 eröffnet. Aus privaten Mitteln sind solche Lesehallen seit drei Jahren in mehreren Bezirken Berlins als Ergebnis des Kampfes gegen die Schundliteratur entstanden.

— Der blaue Knabe unter dem Hammer? Der Herzog von Sutherland läßt im Juni einen Teil seiner berühmten Gemäldesammlung, die „Stafford House Collection“ versteigern. Sie ist reich an alten Italienern, Niederländern, Spaniern und Werken der großen englischen Bildnismaler des achtzehnten Jahrhunderts. Wenn die Absicht bestände, den „blauen Knaben“ von Gainsborough, der zu der Sammlung gehört, mitzuversteigern, würde es im Auktionsaal ein Weltreunen geben.

Stimmabgabe festgelegt wird. Die Abstimmung über diesen Antrag war eine namentliche. Das Resultat war:

Mit Ja haben gestimmt	188
Mit Nein haben gestimmt	188
Enthalten haben sich	1
Krank	16
Beurlaubt	1
Entschuldigt	26
Ohne Entschuldigung haben gefehlt	47
	437
Ergebige Mandate	6
	443

Die ohne Entschuldigung fehlenden Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Zentrum 38, Nationalliberale 13 und Polen 1.

Die Anwesenheit der 33 unentschuldig fehlenden Zentrum Abgeordneten hätte zur Annahme des Antrags genügt! Sie fehlten, um ihren konservativen Freunden keinen Kerger zu bereiten. Die Kneiser waren: Vitta, Dr. Voemisch, Euler, Geiser, Wiemsa, Glowahll, Kraw, Dr. Hauptmann, Graf Hengel von Donnerdmar, Hoeweler, Kuhn, Freiherr von Lee, Mies, Müller-Koblenz, Peter, Gleiwitz, Graf von Spee, Graf von Stradowitz, Stupp, Courneau, Freiherr von Twardel, Anderberg, Wollenborn, Wellstein, Wichert, Wobarg, Freiherr von Wolf-Petterich und Graf von Pieten-Smolitz.

Und woher kam dem Zentrum die Direktive zu diesem blässigen Auswege? Aus dem konservativen Lager! Freiherr von Jedlig und Kneifer schieben am 30. Januar 1910 im "Tag": "In der Sache selbst bin ich nachgerade zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Zentrum dafür sorgen wird, keine den konservativen mannehmbare Aenderung unseres (preussischen) Wahlrechts zustandekommen zu lassen.

Zu diesem Ziele führen verschiedene Wege. Es kann dafür gesorgt werden, daß der Antrag auf Uebergang zur geheimen Wahl von vornherein abgelehnt wird. Bei der knappen Mehrheit für die geheime Wahl genügt hierzu die Abkommandierung weniger Stimmen."

Das konservative Rezept wird von den Zentrumskneisern noch heute benutzt. Der Pakt gilt für jede Wahlvorlage, deswegen gilt es, den letzten Zentrumswähler über seine Freunde aufzuklären.

Aus der Partei.

Die Waisener in Rußland.

Petersburg, 14. Mai. (R. T. B.) Heute früh wurde in allen kleinen und fast allen großen industriellen Unternehmungen die Arbeit niedergelegt. In einigen großen Fabriken, wie in den Obachow- und in den Putilow-Werken, wurde noch bis gegen 10 Uhr gearbeitet, worauf die Arbeiter nach Hause entlassen wurden. An einigen Stellen wurden Kundgebungen unter Entfaltung roter Flaggen versucht; die Polizei bereitete aber alle diese Versuche. Bis zum Mittag war nirgends eine ernsthafte Störung der Ordnung vorgekommen.

Wie von anderer Seite gemeldet wird, nahmen die polizeilichen Maßregeln einen geradezu provokatorischen Charakter an. Der Stadthauptmann ließ durch Maueranschläge erklären, alle "Unruhestifter", auch die wegen bloßer Aufforderung zum Ausstand, würden eine Höchststrafe von 3 Monaten Haft erhalten. Die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen dauern an. Viele bisher verhafteten Personen wurden ausgewiesen, einige in die Zwangsansiedlungen verschickt.

Petersburg, 14. Mai. (Privattelegramm des "Barmärker"). Bei der Waisener in Petersburg streikten 150 000 Personen. In allen Arbeitervierteln fanden Demonstrationen statt trotz außerordentlicher Polizeimaßnahmen. Auf den Straßen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es herrschte überall eine hoffnungsvolle begeisterte Stimmung.

Die Entwicklung der Parteipresse.

Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die sozialdemokratische Presse in Deutschland ganz besonders günstig entwickelt. Die Zeit der Wablagnation bietet stets die beste Gelegenheit, die Abonnentenzahl zu vermehren. Der Wert und die Bedeutung der unabhängigen sozialdemokratischen Presse spiegelt sich in nachstehenden Ziffern wieder.

Es betrug die Abonnentenzahl bei unserer Presse

im Jahre 1871	30 000
1876	100 000
1880	250 000
1884	300 000
1889	400 000
1904	600 000
1909	1 200 000
1911	1 450 000
1912	1 800 000

Das Leichenbegängnis von Hector Denis.

Man meldet uns aus Brüssel: Ein Feind des offiziellen Bomps, verbat sich Hector Denis in seinen lechtwilligen Verfügungen jegliches Zeremoniell.

Das Leichenbegängnis fand am Pfingstmontagsnachmittag vom Trauerhause des Brüsseler Vorortes Melle aus statt. Die sozialistische Parlamentsfraktion war vollzählig am Plage; ferner Deputierte aller Parteien, darunter auch die Christlich-sozialen Abbé Fonteyne und Daens; weiter der Vizepräsident der Kammer, der Gouverneur der Provinz Brabant, der Brüsseler Bürgermeister und die Bürgermeister der Vororte, liberale und sozialistische Gemeindeausschüsse, auch der Finanzminister, gegen den sich just die letzte Kammerrede Denis, am Vorabend seines Todes gefehrt hatte. Ebenso zahlreich wie die politische war die wissenschaftliche Welt vertreten, die Universtität und all die verschiedenen Körperschaften und Vereine, für die Denis tätig gewesen. Da waren Vertreter des Komitees für Arbeiterwohnungen, hier eine Abteilung bürgerlicher Frauenrechtlerinnen, Abordnungen der Arbeiterorganisationen; dann wieder eine Kolonne Studenten und Lehrerinnen, schließlich die Waisenkinder des "Orphelinat rationalité". Die Arbeiter allein waren gekommen, ihrem Führer und Freund das letzte Geleit zu geben: nicht nur die Brüsseler, sondern auch die der Provinz, so die "Vorains", die Bergarbeiter des Vorinage, denen er so oft seine Teilnahme, sein Interesse gewidmet, so die Bütlicher, die ihn zu ihrem parlamentarischen Vertreter durch viele Jahre gewählt hatten. Die roten Fahnen wehten, die Musiker des "Raison de Peuple", spielten den Chopin'schen Trauermarsch. Dann senkte man ohne Rede den Toten auf dem stillen Vorortfriedhof in Melle neben seiner Frau ins Grab.

Die Verfolgung der Arbeiterpresse in Rußland.

Das Petersburger Arbeiterblatt "Pravda" veröffentlichte dieser Tage eine Statistik der Verfolgungen, die es während seines einjährigen Bestehens zu erleiden hatte. Es erweist sich, daß das Blatt in dieser Zeit 41 Konfiskationen zu erleiden hatte und 7800 Rubel an Strafen bezahlte. Ein Teil der auferlegten Strafen, der nicht bezahlt wurde, wurde durch 47 Monate Gefängnis ersetzt (nach der üblichen "Tare": 3 Monate Gefängnis oder 500 Rub. Strafe). Ferner wurden die Redakteure dreimal zu je 3 Monaten Haft verurteilt, die

nicht in Geldstrafen umgewandelt werden konnten. Insgesamt erlitt das Blatt 60 Repressionen, oder je eine auf fünf erscheinende Nummern.

Noch heftiger sind die Verfolgungen, die das zweite Petersburger Arbeiterblatt "Lutich" zu erleiden hatte. In der bürgerlichen Presse wurde kürzlich festgestellt, daß dieses Blatt nach der Häufigkeit der von ihm getragenen Strafen an der Spitze der gesamten russischen Presse marschiert. Besonders heftig wurden neuerdings diese Verfolgungen, als der "Lutich" zu einem größeren Format überging. Von diesem Tage an wurde das Blatt im Laufe zweier Wochen fast täglich konfisziert oder mit Geldstrafen belegt. Da der Vertrieb durch die fortgesetzten Konfiskationen stark behindert wird, und die von den Arbeitern aufgetragenen Mittel zur Deckung der Strafen natürlich nicht ausreichen, wandern die Redakteure in einemfort ins Gefängnis. Sowohl von der "Pravda" wie vom "Lutich" liegen in der Regel ein halbes Duzend Redakteure im "Koponnik" (Wanzensteil), wie das Volk die Arrestlokale bei den Kollaborierten bezeichnet. Als kürzlich wegen der in jeder Nacht stattfindenden Massenverhaftungen vor dem russischen 1. Mai die Arrestlokale "gesäubert" wurden, wurden allein aus dem Lokal bei dem Alexander-Kewsky-Kewier 5 Redakteure des "Lutich" nach einem anderen Gefängnis übergeführt. Mit diesen ungeheuerlichen Opfern muß die russische Arbeiterklasse die lächerliche Preshfreiheit erkaufen, die sie sich in der letzten Zeit erkämpft hat.

Jugendbewegung.

Jugendtage.

Die Funktionäre der proletarischen Jugendbewegung erfüllen ein dringendes Bedürfnis der arbeitenden Jugend, wenn sie die Sommermonate dazu benutzen, durch gut vorbereitete und verständlich durchgeführte Ausflüge ins freie den schulenlastigen Jungen und Mädchen der Arbeiterschaft die ihnen so nötige körperliche und geistige Erfrischung zu erleichtern. An den großen Festen, vornehmlich Pfingsten, werden zahlreiche zwei- und mehrtägige Wanderungen unternommen, die in einigen Bezirken zu sogenannten Jugendtagen angefaßt worden sind.

Der Jugendtag ist ein großartiges Fest aller Jugendlichen eines Bezirks. Aus vielen Orten wandern die Jugendlichen in kleinen Gruppen ein und zwei Tag lang nach einem von besonderen Natur-schönheiten bereicherten Ort. Eine gewöhnlich im Freien abgehaltene gemeinsame Versammlung mit einem daran anschließenden Fest bildet den eigentlichen Jugendtag. Die Massenteilnahme an der Versammlung und dem Feste gestaltet diesen Tag zu einem bedeutenden Erlebnis, dessen sich die Jugendlichen auch nach Jahren freudig erinnern! Es versteht sich, daß eine derartige Massenversammlung Jugendlichen aus verschiedenen Gegenden das Gefühl der Solidarität stärkt und den Horizont erweitert. Und die behördlichen Drangsalierungen der freien Jugendbewegung machen die Jugendtage, ohne daß es die Absicht der Veranstalter ist, zu gewaltigen Demonstrationen für die Rechte der arbeitenden Jugend. Die Behörden, die anfänglich von dem Anblick so vieler jugendlicher Proletarier nervös geworden waren, und versucht hatten, die Jugendtage durch gewalttätige Sprengung zu verhindern, haben allmählich einsehen müssen, daß ihr Beginnen zwecklos ist. Diesmal verhielten sich die behördlichen Organe im allgemeinen zurückhaltend. Gewährung von Ruhequartieren und freie Ueberlassung von Räumen als Nachquartier wurden der arbeitenden Jugend von den Behörden versagt. Darum hat die organisierte Arbeiterschaft ihrer Jugend diese Versammlungen bewilligt. In den meisten Fällen hoben die Jugendausschüsse die Hälfte der Fahrtkosten getragen, und in Massen wurde den Jugendlichen freies Quartier in Arbeiterheimen zur Verfügung gestellt. Allein in einem Ort (Remscheid) wurde 1000 Jugendlichen in Arbeiterfamilien Unterkunft gewährt!

Derartige Jugendtage fanden Pfingsten, wie uns berichtet wird, in vier Bezirken statt. Hederoll war die Beteiligung härter, als im vorigen Jahre. Die Jugend des Röggeburger Regierungsbezirks wanderte durch den Harz. Der Festversammlung in Halberstadt ging ein gemeinsamer Spaziergang durch die Stadt voraus; an ihm beteiligten sich mehr als 600 Jugendliche. Ueber die Bedeutung des Tages sprach Roenen-Halle. Der Ansprache folgten künstlerische, musikalische und deklamatorische Vorträge.

Der Jugendtag des Bezirks Hannover fand in Hameln statt. Ueber 400 Jugendliche waren beteiligt. Nach einer Versammlung zogen die Teilnehmer nach dem Gewerkschaftshaus, um der Jugendfeier beizuwohnen.

Die Jugend von 50 Orten Thüringens gab sich in Jena ein Stelldichein. An dem Umzug durch die Stadt beteiligten sich 2000 Jugendliche. Die Polizei konfiszierte fünf Banner. Wegen die Rahmen des Jungdeutschlandbundes hat die Polizei natürlich nichts einzunehmen. Die Versammlung wies 2500 Besucher auf. Hier sprach Rudolf-Jena. Die Feier wies ein iters künstlerisches Programm auf. — In Remscheid war die Jugend der nieder-rheinischen Orte versammelt, 4000 an der Zahl. Dillmann-Solingen und Sauerbrey-Barmen referierten. Besonders imponant war der Festzug durch die Stadt, in welchem sich drei Musikkapellen befanden. Ein großes Volksfest auf einer Wiese beschloß die Feier.

Der prächtige Verlauf der Jugendtage, der durch die Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft ermöglicht worden ist, dürfte zur Förderung und Festigung der proletarischen Jugendbewegung wesentlich beigetragen haben.

Ein Pfadfindertag.

Am ersten Pfingstfeiertag hielt in Ragdeburg der Deutsche Pfadfinderbund seine Hauptversammlung ab. Der Bund, der am 11. Januar 1911 gegründet wurde, beschränkte sich anfänglich auf die Schüler höherer Lehranstalten. Seitdem die preussische Regierung den Gang der arbeitenden Jugend organisiert hat, hat auch er seine Propaganda auf die Fortbildungsschüler ausgedehnt. Trotz starken Eifers blieb aber der Erfolg aus. Das Gros der etwa 20 000 jungen Pfadfinder sind Real- und Mittelschüler im Alter von 10—14 Jahren. Der Zweck des Bundes tritt schon durch die Uniform seiner Mitglieder in die Erscheinung. Sie tragen den bekannten Kaki-Anzug mit dem dazu gehörigen Kolonialkrieger-Hut. Militärspaten, Peispide und 1½ Meter lange Stäbe dienen den Heidentätigkeiten und Kriegsspielen, den eigentlichen Verantwortungen der Pfadfinder, um diesen die Fähigkeiten eines tüchtigen Soldaten beizubringen. Nach den programmatischen Kundgebungen soll den Pfadfindern auch noch eine Reihe bürgerlicher Tugenden (wie Abstinenz von Alkohol und Tabak) aneignen werden. Inessen ist dieser Teil der Erziehungsarbeit zugunsten der militärischen Ausbildung mehr und mehr vernachlässigt worden, besonders seitdem die Pfadfinder dem Jungdeutschlandbunde angeschlossen sind, dessen Vorsitzender, Freiherr von der Goltz, zugleich Ehrenvorsitzender des Pfadfinderbundes ist. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn sich der Pfadfindertag auf dem Niveau der inhaltslosen Jugendweidwandsportbewegung bewegte.

Der Versammlung ging ein Kriegsziel voraus, nach dessen Schluß v. d. Goltz die unvermeidliche Ansprache hielt. Danach wurde für die evangelischen Pfadfinder ein Feldgottesdienst abgehalten. Während die übrigen Vorbereitungen zur Pflege des leiblichen Wohls trafen, hielt Militärkapellmeister Konfistorialrat Schlegel eine Predigt, die vom höchsten Gebot (Du sollst nicht töten) gehandelt haben soll. Die mageren Gerichte, die sich die Jungen mit ihren Kochapparaten selbst bereiteten, waren natürlich nicht für die Gaumen der Führer und Leiter. Sie zogen ein feudales Festmahl eines erkrankten Kochs den Feldgerichten der Jungen vor. Bei Wrazen und Wein stellte sich auch bald die patriotische Begeisterung ein. Der Vorsitzende des Bundes, Konfus Wachwitz-Berlin ließ den Kaiser hochleben. Außerdem erhielt dieser noch ein Guldigungs-telegramm. Auch der Kronprinz, der Prinz Max von Baden, der Statthalter Graf von Wedel, der Graf Zeppelin, der Feldmarschall Graf Haeseler und noch andere Förderer des Bundes, die nicht erschienen waren, wuz-

den dafür durch den Draft begrißt. Die eigentlichen Verhandlungen erstreckten sich nur auf geschäftlichen Kleinrat. Ueber die Schaffung eines Abzeichens irritiert man sich lange, um schließlich eine Beschlußfassung auszugeben. Die Frage eines engeren Zusammenchlusses mit dem Jungdeutschlandbunde wurde erörtert aber ebenfalls ohne ein endgültiges Resultat zu zeitigen. Eine Kommission soll die Frage nochmals prüfen. Nach der Wahl des Vorstandes und eines vierten Bundessekretärs war die Tagesordnung erledigt. Das aber ist das Resultat einer Hauptversammlung, Ueber die Entwicklung und die Arbeit des Bundes erfuh man nichts. Vorträge belehrenden oder instruktiven Inhalts wurden ebenfalls nicht gehalten. Dafür wurde am nächsten Tage ein Ausflug in den Harz unternommen. Man sieht, wohin die militärisch betriebene körperliche "Erstüchtigung" der Jugend führt.

Aus Industrie und Handel.

Von den preussischen Staatseisenbahnen.

Nach der jetzt vorliegenden offiziellen Statistik betrug das statistische Anlagekapital der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen im Jahre 1895 6,05 Milliarden Mark und erhöhte sich bis zum Jahre 1910 auf 10,9 Milliarden Mark. Daran haben die nur preussischen Eisenbahnen mit 10,79 Milliarden Mark Anteil. Die preussischen Eisenbahnschulden betrugen am Ende des Staatsjahres 1910 7,16 Milliarden Mark. Während also das Anlagekapital um beinahe 4 Milliarden Mark gestiegen ist, haben sich die Schulden nur um 1,35 Milliarden Mark vermehrt. Ganz außerordentlich ist die Steigerung der Betriebseinnahmen gewesen. Die gesamten Betriebseinnahmen beliefen sich im Jahre 1895 auf 1,08 Milliarden Mark und waren im Jahre 1910 bei einer Summe von 2,17 Milliarden Mark angelangt. Sie haben sich also in einem Zeitraum von 15 Jahren mehr als verdoppelt. Allerdings sind auch die Betriebsausgaben ganz wesentlich gestiegen, und zwar von 632,9 Millionen Mark im Jahre 1895 auf 1,46 Milliarden Mark im Jahre 1910. Die Betriebsausgaben haben sich also verhältnismäßig mehr gesteigert als die Betriebseinnahmen. Der Betriebsüberschuss ist von 457,2 Millionen Mark auf 710,7 Millionen Mark in der Zeit von 1895 bis 1910 gestiegen. Das Prozenzverhältnis des Betriebsüberschusses zu dem durchschnittlichen Anlagekapital hat sich nicht wesentlich geändert. Es betrug im Jahre 1895 6,57 Proz. im Jahre 1910 belief es sich auf 6,45 Proz. — Natürlich weisen die Gehälter und Löhne der unteren Eisenbahnbeamten und der Arbeiter keine so rapide Entwicklung auf. Auch die Verbesserung und Erweiterung der Betriebsanlagen hat mit den Ueberflüssen durchaus nicht Schritt gehalten. Sonst könnte sich nicht Jahr für Jahr der Skandal des Wagenmangels wiederholen, um von den vielen Mängeln nur einen herauszuheben. Die preussischen Eisenbahnen dienen ja heute nicht in erster Linie dem Verkehr, sondern der Schöpfung des Volkes im Staatsfiskus, den die unzulängliche Steuererhebung verursacht.

Soziales.

Wie's auf dem Lande aussieht.

Am 8. Mai gaben wir eine kurze Schilderung davon, wie es auf dem zum Gutsbezirk Kleinhof gehörigen Vorwerk Schulz (Kreis Ludau) aussieht. Uns wird noch mitgeteilt, der Pächter Jäger ist stammer Konservativer. Er beschäftigt auf dem Vorwerk fast nur Polen und Polinnen, die in holder Eintracht und in einem dreckigen Loch gemeinschaftlich kampieren müssen. Ein einziger Deutscher arbeitet auf dem Gut gemeinsam mit seiner Frau, der Mann erhält im Winter ganze 1,20 M., im Sommer 1,50 M. Tagelohn, die Frau gar im Sommer 90, im Winter 70 Pf. Daneben gibt's freie Wohnung und ein Stückchen Gartenland. Beim Mahlen arbeitet das Ehepaar auf Akford. Da ist der gemeinschaftliche Wochenverdienst höchstens 15 M. Die Arbeitszeit dauert von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Jäger ist der reichste Besitzer im Kreise Kirchhain-Dobrilug. Einheimische Arbeiter bekommt er fast überhaupt nicht mehr. Die polnischen Arbeiter erhalten 2,50 M. pro Tag, einige Pottosfen und Milch und die von uns beschriebene Wohnung. Ein und wieder sind sie auch mit der Peitsche angetrieben.

Sind dem Landrat und dem Regierungspräsidenten noch immer die der Keiligkeit, Hygiene und Moral ins Gesicht schlächtigen von uns beschriebenen Wohnungsverhältnisse unbekannt?

Was meint unser Landwirtschaftsminister und der Minister des Innern als Hüter von Moral und Sitten zu dem sieben-schlächtigen Schlafverhältnis, zu dem die Polen beiderlei Geschlechts auf dem Vorwerk Schulz gezwungen sind?

Demonstrierende Stahlkapitalisten.

Die Hüttengewaltigen demonstrieren wieder einmal gegen Güttenarbeiterhuth. Welche Menschenfreundlichkeit und welch soziales Verantwortlichkeitsgefühl sie damit offenbaren, das mögen, an Stelle langer Auseinandersetzungen, die folgenden Zahlen darthun. Sie betruhen auf den Angaben der Gewerbeinspektoren und der Berufs-gesellschaften, für welche die Unternehmer selbst das Material liefern. Danach beträgt in der Eisengroßindustrie:

die normale tägliche Arbeitszeit	12 Stunden
die Summe der von durchschnittlich 106 200 Personen im Jahre 1912 geleisteten Ueberzeitarbeit	24 603 707 Stunden
die tägliche durchschnittliche Arbeitszeit einer großen Zahl Arbeiter	15—16 Stunden
eine vielfach konstatirte ununterbrochene Arbeitszeit von	36 Stunden.

Es liegt auf der Hand, daß solche barbarisch lange Arbeitszeiten die Gesundheit der Arbeiter schnell untergraben, die Unfallhäufigkeit steigern. Diese ist geradezu erschreckend groß. Bringt man die Unfälle, pro 1000 Versicherte, nach den Rechnungsergebnissen sämtlicher Berufsgenossenschaften und denen der Rheinisch-Westfälischen Gütten- und Walzwerkeverufsgenossenschaft für 1912 in Vergleich, dann erhält man dieses Vände redende Bild:

alle Verufe zusammen	Rhein.-Westf. Hütten- und Walzwerk-V.G.	
Unfälle überhaupt	52,83	174,23
schwere Unfälle	7,5	14,65
tödliche Unfälle	0,8	1,2

Im Bereiche der Rheinisch-Westfälischen Stahlhütten ist die Zahl der Verletzten über drei Mal so groß als im Durchschnitt für alle gegen Unfall versicherten Arbeiter im Deutschen Reich. Die Zahl würde wohl noch größer sein, wenn nicht, wie die Gewerbeinspektoren berichten, die meisten Arbeiter noch verhältnismäßig kurzer Zeit wieder entlassen werden, weil sie dann schon verbraucht, gesundheitslich ruiniert sind.

Weil die Volksvertretung und die Regierung nur einen leisen Versuch unternahmen, durch Einführung eines bisher sehr sehr schwachen Arbeiterschutzes dem unheimlichen Raubbau etwas zu steuern, wurden sie von den Stahlkapitalisten als gesinnungslose Stimmensjäger und Populärstillschaffer beschimpft. Einen besseren Güttenarbeiterhuth erklärten die Herren vom Schlot für unnötig, ja sogar schädlich. Die Existenz der Industrie soll von der Verbeihaltung der standalösen Zustände abhängig sein.

Unerschütterlich ist der Arbeitertum und der Uebermut der Volkverächter.

Wähler gebt ihnen die Antwort!

Unserem langjährigen Be-
zugsführer
Fritz Maltusch und Frau
zur liebenden Gedächtnis die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossinnen u. Genossen
des 36. Bezirks v. 2. Wahlkreis.

Todes-Anzeigen

Allen Verwandten und Be-
kannnten die traurige Nachricht,
dass mein lieber Mann, unser
guter Vater, Schwieger- und
Vater, der Dreher
Hermann Kunsch
im 53. Lebensjahre am Dienstag
am 11. Mai verstorben ist.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
213/17
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel. Bezirk 291.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Dreher
Hermann Kunsch
am 11. Mai verstorben ist.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
213/17
Der Vorstand.

Segelklub „Fraternitas“ e. V.
Hiermit erfüllen wir die be-
trauende Pflicht, allen Mitgliedern
von dem Ableben unseres lieben
Sportgenossen
Hermann Kunsch
Nachricht zu geben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf
dem Zentral-Friedhof in Friedrichs-
felde statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
213/17
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
die Beerdigung des Kollegen
Walter Baer
nicht am Donnerstag, sondern
Freitag, den 16. Mai, nachmittags
4 1/2 Uhr, auf dem Gemeindefried-
hof in Reinickendorf, Paraden-
weg, stattfindet.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schlosser
Tom Tobie
am 11. Mai im Alter von 52 Jahren
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, im städtischen
Krematorium in der Gerichtstraße
statt.
Neben den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schraub-
bedeker
Hermann Gutwein
an Herzschlag gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Reinickendorf aus statt.
Neben den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Dreher
Hermann Kunsch
am 11. Mai verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 16. Mai, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Reinickendorf aus statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.
213/17
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
(B. a. B.)
Ortsverwaltung Berlin 11.
Am 12. Mai verstarb nach
langem, schwerem Leiden unser
langjähriger Mitglied, der Stell-
macher
Gottlieb Feist
im 48. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
Kastanienallee 88, aus nach dem
Stions-Kirchhof in Nordend statt.
Um rege Beteiligung wird ge-
beten.
258/4
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Petersburger Viertel. (Bezirk 343.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Arbeiter
Emil Brandt
Weidenweg 87
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 15. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
213/17
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Bauhilfs-
arbeiter
Emil Brandt
(Bezirk Osten 11)
am 11. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 15. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des städtischen Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.
142/14
Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- und
Begräbnis-Verein für Bau- und
gewerbliche Arbeiter Berlins
und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Bauhilfs-
arbeiter
Emil Brandt
am 11. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Zentral-
Friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.
37/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 12. Mai verstarb unser Ge-
nosse, der Tischler
Gottlieb Feist
Kastanien-Allee 88, Bezirk 529.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
vom Trauerhause aus nach dem
Stions-Kirchhof in Nordend statt.
Am 12. Mai verstarb unser Ge-
nosse, der Tischler
Hubert Krüger
Logenstr. 79, Bezirk 770.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Halle des städtischen
Friedhofes, Müller, Ecke See-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.
227/16
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Polierer
Hubert Krüger
Logenstr. 79
im Alter von 52 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 16. Mai, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Halle des
städtischen Friedhofes in der
Müllerstraße 42/43 (Ecke See-
str.) aus statt.
Neben den Mitgliedern zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Stellmacher
Gottlieb Feist
Kastanien-Allee 88
im Alter von 47 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 15. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Stions-Kirchhofes in Nordend aus
statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.
258/4
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Bier-
fahrer
August Voßberg
am 10. Mai im Alter von
50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.
Von der Reise zurück.
Dr. Silberstein,
Neukölln, Berliner Str. 93.

Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme und die vielen schönen
Blumenpenden bei dem Hinsange
unseres
Otto
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten unseren tiefgefühlten Dank,
insbesondere dem Männergesangs-
verein „Hoffnung“ und dem Statthal-
ter „Fidele Brüder“.
Familie **Karl Schulz,**
Reinickendorf, Reinickstraße 15/16.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und schönen Kranzpenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes, des Wäpeldollers **Max
Schulz** danke ich hiermit herzlich,
besonders seinen Kollegen, dem
Sozialdemokratischen Wahlverein für
den 4. Berliner Reichstagswahlkreis,
dem Deutschen Holzarbeiterverband,
den Eltern und Kollegen der Firma
Götsch u. Dörsch.
Ida Schulz.

Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und unseres Vaters
sagen wir allen Beteiligten unseren
innigsten Dank.
Karoline Kunde
und Kinder.
Röhren Straße 13.

**Radfahrerarten
Wanderkarten**
hält stets vorrätig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Caden)

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Wegen der Landtagswahl sind die Bureaus und der
Arbeitsnachweis des Verbandes, Engelauer 14, am
Freitag, den 16. Mai, geschlossen.
Achtung! Arbeitslose Achtung!
Arbeitslose Mitglieder, deren Unterstützung am
Freitag, den 16. Mai, und Sonnabend, den 17. Mai, fällig ist, geben
heute Donnerstag, den 15. Mai, Mitgliedsbuch und Arbeits-
losenkarte im Arbeitsnachweis ab und erhalten am Sonn-
abend, den 17. Mai, vormittags, in der für Sonnabend fest-
gesetzten Reihenfolge Geld.
Die Ortsverwaltung.
Bureau: Gartenstr. 101. Norden 4518.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands
Filiale Berlin.
Bureau: Gartenstr. 101. Norden 4518.
Am Freitag, den 16. Mai, bleibt das Bureau den
ganzen Tag geschlossen.
Der Filialvorstand.

**Verband der Maler,
Sackierer, Anstreicher etc.**
Bureau: Weichstr. 28, part. Filiale Berlin. Weichstr. 9.
Hessstr. 4787. Hessstr. 9. Nordend 6708.
Unseren Mitgliedern teilen wir hierdurch mit, dass am
Freitag, den 16. Mai, wegen der Landtagswahl das Bureau
geschlossen ist. Auch findet an diesem Tage auf den Kontroll-
stellen keine Kontrolle statt.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse
Berlin-Britz.
Außerordentliche
General-Versammlung
am Montag, den 19. Mai 1913,
abends 8 Uhr,
im Restaurant von **A. Radatz,**
Berlin-Britz, Hauptstraße 39.
Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über die neue
Satzung, die Wahlordnung und
die Krankenversicherungsordnung.
2. Verschiedenes. 272/11
Falls die Erledigung der Tages-
ordnung nicht möglich ist, findet eben-
falls am darauffolgenden Tage,
Dienstag, den 20. Mai 1913,
um 8 Uhr abends,
eine zweite außerordentliche General-
versammlung statt.
Berlin-Britz, den 14. Mai 1913.
Der Vorstand
W. Seuthmann, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse
Boxhagen-Rummelsburg.**
Ordentliche
General-Versammlung
am Freitag, den 23. Mai 1913,
abends 8 Uhr,
im Café „Bellevue“, Hauptstraße 2.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Bericht der Revisoren.
3. Beratung und Beschlussfassung über
a) Die neuen Kassensatzungen zur
Krankenversicherungsordnung, b) die
Wahlordnung, c) die Wahlord-
nung, d) eine Dienstordnung mit den
Angestellten der Kasse.
4. Verschiedenes.
Beschieden gegen die Verwaltung,
welche nur durch Einräumung der
Bücher erledigt werden können, müssen
3 Tage vorher schriftlich bei der Kasse
eingereicht werden.
Gemäß § 86 des Kassensatzes
haben wir alle gemählten Vertreter
hiermit ein.
Um recht pünktliches Erscheinen
wird gebeten.
Falls die Tagesordnung am 23. Mai
nicht erledigt wird, findet am Mon-
tag, den 26. Mai, abends 8 Uhr,
im Café Bellevue Fortsetzung der
General-Versammlung statt.
272/13 **G. Budde,** Vorsitzender.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.
Soeben erschien:
Die Kaserne
Ein Roman aus dem Leben
unter den Fahnen v. von
Joh. Ferch.
Preis broschiert 3 M.,
gebunden 4 M.
Ein österreichisches Seiten-
stück zu Boyerlins Roman:
Jena oder Sedan?

Spezialarzt
I. Gant. Gant. Frauenleiden.
nen. Schwäche, Weirranke jeder
Art. **Dr. Gant** - Kuren in
u. Co. fong.
Laborat. i.
Unterführung. Haben i. Gant.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2.
Gonorr. mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Klein gemusterte Bouclé-
imitierte
Teppiche
grau, blau, oliv oder rot Fond.
Größe
zirka 130x190 cm M. 7.50
160x225 . . . 11.50
190x290 . . . 16.50
Vortrag. Größe 50x100 cm 1.25.
Nach ausw. per Nachnahme.
Teppich-Spezialhaus
**Emil
Lefèvre**
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbild. gratis u. franko

Leichte Sommerkleidung



Sommer-Joppen
Grünlich. Baumwollstoff 90 Pf.
Dunkelgrau. Wafstoff 2.25 M.
Praktisch. grauer Loden 3.00 M.

Lüster-Jackette
Schwarz. Panama-Lüster 3.00 M.
Grau gemustert. Lüster 4.50 M.
Modern gemust. Lüster 5.50 M.

Baltanzüge im. 19, 15, 12.50 M.
Wafch-Westen ... von 2.25 M.
Weiße Hosen ... von 2.50 M.
Westen-Gürtel .. von 95 Pf.
Weiße Strandmützen von 50 Pf.
Blaue Strandmützen von 90 Pf.
Strohhüte 5.75, 3.50, 2.90, 1.75 M.
Panama-Hüte ... von 5.75 M.
Wetter-Lodenhüte .. 1.90 M.

Touristen-Lodenanzüge moderne Falten-Formen von 18.00 M. an	Gummi-Mäntel für Herren und Damen echt englisch von 12.50 M. an	Loden-Pelerinen für Herren und Damen von 7.50 M. an	Loden-Pelerinen für Knaben u. Mädchen von 4.50 M. an
--	---	--	---

Baer Sohn
Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10
— Sonntags nur von 8-10 Uhr geöffnet. —
Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) kostenfrei

Wir schwören



**Selowsky's
Caruso-Cigaretten**

1. Berl. Landtagswahlbezirk.

Donnerstag, den 15. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Wählerversammlung

in Nigles Festsälen, Dennewitzstraße 13.

Tagesordnung:

Ein letztes Wort an die Wähler!

Referent: Schriftsteller Max Grunwald.

Freie Aussprache.

Wähler! Frauen und Männer! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

Das Landtagswahlkomitee.

J. A.: Max Appel, Wilowstr. 53.

3. Landtagswahlbezirk

Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Drei öffentl. Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

„Dresdener Kasino“, Dresdener Str. 96, „Luisenstadt-Kasino“, Oranienstr. 180, „Wilkes Festsäle“, Sebastianstr. 39.

Tagesordnung:

Auf zur Landtagswahl.

Referenten: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel u. Stadtverordnete Paul Dupont und Theodor Glöde.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Das Wahlkomitee. J. A.: Aug. Pohl, Raunynstr. 30.

5. Landtagswahlbezirk.

Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr:

Zwei große öffentliche

Landtagswähler-Versammlungen.

Tagesordnung:

„Auf zum Kampf!“

Referenten: Joachim Klüb, Wilhelm Dentzer, Julian Borchardt.

Versammlungsorte:

„Süd-Ost“, Waldemarstr. 75, Graumann, Raunynstr. 27.

Landtagswähler! Versäumt nicht diese wichtigen Versammlungen!

Das Wahlkomitee. J. Berl. Reichenberger Straße 166.

6. Landtagswahlbez. u. Stralau.

Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

2 große öffentliche

Wähler-Versammlungen

in den Lokalen

Konzert- u. Festsälen (früher Keller), Koppenstr. 29 und Markgrafen-Festsäle, Markgrafendamm 34.

Tagesordnung:

Die liberalen Parteien und die Landtagswahl.

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten: Hermann Käppler und Karl Liebknecht.

Außerdem in beiden Versammlungen: Ansprache des Kandidaten Genossen Adolf Hoffmann.

Freie Diskussion.

Landtagswähler! Erscheint Mann für Mann in diesen Versammlungen. Auch die Frauen sind willkommen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

J. A.: Fritz Ruf, Ropermilchstr. 3.

10. Landtagswahlbezirk.

Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Lokalen:

Bockbrauerei, Chausseestr. 68 u. i. d. Borussia-Sälen, Ackerstr. 6-7

Zwei große öffentliche Wähler-Versammlungen.

Tagesordnung:

Auf zur Urwahl!

Referenten: Dr. Kurt Rosenfeld und Hugo Heimann.

In beiden Versammlungen:

Ansprache des Kandidaten Stadtverordneten Dr. Hermann Weyl.

Wähler des 10. Landtagswahlbezirks, erscheint in Massen in diesen Versammlungen!

Das Wahlkomitee. J. A.: E. Joseph, Stromstraße 36.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Reutöln. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

8. Landtagswahlbezirk

Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr:

Zwei Versammlungen

im Schweizergarten, am Königstor, und in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.

Tagesordnung:

Auf zum Sturm!

Referenten: Reichstagsabgeordneter G. Ledebour, Redakteur Däumig und der Kandidat W. Düwell.

Frauen und Männer, erscheint recht zahlreich in diesen Versammlungen!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee. J. A.: Adam Bittorf, Gschewiner Str. 25.

12. Landtagswahlbezirk (Moabit).

Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei große Wähler-Versammlungen

im Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24 und in der Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26.

Tagesordnung:

Auf zur Landtagswahl!

Referenten: Reichstagsabgeordnete Ph. Scheidemann und Hugo Haase. Freie Diskussion.

In beiden Versammlungen Ansprache des Kandidaten für den 12. Landtagswahlbezirk Eugen Ernst.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

J. A.: Alfred Paersch, Oldenburger Str. 10.

Wähler Moabits! Erscheint in Massen in dieser letzten vor den Urwahlen stattfindenden Kundgebung.

Landtags-Wahlkreis Schöneberg.

Heute Donnerstag, den 15. Mai 1913, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Hauptstraße 144:

Öffentliche Wählerversammlung.

Tagesordnung:

Au die Gewehre!

Referenten: Genossen Dr. Rudolf Breitscheid, Stadtverordneter Ernst Obst.

Freie Diskussion.

Männer und Frauen! Agitiert und besucht zahlreich diese Versammlung.

Das Wahlkomitee.

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 18. Mai 1913, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal:

Außerordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Tarifvorlage der Meister. 2. Abstimmung über die Anträge zur Verschmelzungsfrage und zur Generalversammlung. 3. Wahl der Delegierten zur zehnten Generalversammlung in Leipzig. 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt und kein Wahlrecht.

Die Tarifvorlage wird vervielfältigt und ist ab Freitagabend, den 16. Mai, aus dem Bezirkshaus abzuholen. — Für die Bezirke außerhalb des Berliner Tarifgebietes werden am 18. Mai extra Bezirksversammlungen mit derselben Tagesordnung abgehalten. Und zwar für:

Königswusterhausen-Storkow: bei Junge, Königswusterhausen, Berliner Straße 19, mittags 1 Uhr.

Bernau: bei Surell, Viktoriastraße, vormittags 10 Uhr.

Oranienburg: bei Frahm, Schützenstraße, vormittags 1/2 10 Uhr.

Neuenhagen: bei Wünsch, Bahnhofstraße, vormittags 10 Uhr.

Herzfelde: bei früher Henze, Hauptstraße 57, vormittags 10 Uhr.

Mühlenbeck-Schönwalde: bei Müller, Dorfstraße, vormittags 9 Uhr.

Potsdam-Nowawes: Restaurant Friedrichsgarten, Potsdam, Alte Luisenstr. 37, vorm. 10 Uhr.

Zossen: bei Scherler, Baruther Str. 10, vormittags 10 Uhr.

Für Neuenhagen steht noch auf der Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen im Alt-Landsberger Tarifgebiet.

Auch zu diesen Versammlungen ist das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Kollegen! In Anbetracht, daß Wichtiges für uns auf dem Spiele steht und tief einschneidende Fragen zu erledigen sind, ist es Pflicht aller Kollegen, in den Versammlungen zu erscheinen. Der Vorstand.

Der Landtagswahl wegen bleibt morgen, Freitag, den 16. Mai, das Verbandsbureau und der Arbeitsnachweis geschlossen, dafür ist der Arbeitsnachweis am Sonnabend, den 17. Mai, vormittags von 11-1 Uhr, geöffnet. D. C.

Orts-Krankenkasse der Mechaniker

und verwandten Gewerbe Rosenthaler Str. 40/41.

Wegen der Landtagswahl bleibt das Kassenlokal am Freitag, den 16. Mai,

geschlossen.

Der Vorstand.

Zentralverb. der Handlungsgehilfen

Bezirk Groß-Berlin.

Bureau: C. 25, Mühlstr. 20 II. Tel.: Amt Königstadt 1622.

Wegen der

Landtagswahl

bleibt das Bureau am

Freitag, den 16. Mai,

geschlossen.

285/16

Die Ortsverwaltung.

Aus der Frauenbewegung.

Die Krankenpflegerin.

Als die frühere Polizeiaffizientin von Stuttgart, Schwester Arendt, vor einigen Jahren ihr Tagebuch einer Krankenschwester „Dornenpfad der Baumbergzeit“ veröffentlichte, wurde vielfach Einspruch erhoben gegen die angeblich übertriebenen Schilderungen. Doch hatte die Vorsitzende der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Schwester Korll dem Buch ein Geleitwort gegeben, in dem sie ausdrücklich betonte, daß die Schilderungen nur zu sehr der Wahrheit entsprächen. Das gleiche Ergebnis hatte auch der Kongress des Weltbundes der Krankenpflegerinnen, der im August 1912 zu Köln tagte. Der deutsche Referent, Geh. Medizinalrat Dr. Heder aus Straßburg gab ein geradezu erschütterndes Bild von der Lebensführung, der Ausnützung und der schlechten Bezahlung der Krankenpflegerinnen in Deutschland.

Erklärlich sind diese trostlosen Zustände daraus, daß die Krankenpflege zu lange Zeit ausschließlich in den Händen von Ordensschwestern lag. Diese, die katholischen wie die evangelischen, verzichteten auf irdischen Lohn. Daß solcher Zustand unmöglich ist heute, wo die fortschreitende medizinische Wissenschaft und Hygiene eine berufliche Ausbildung der Krankenpflegerin erfordert im Gegensatz zu den früheren freiwilligen Hilfsleistungen mit der Verträglichkeit auf das Jenseits, liegt auf der Hand. Die Krankenhausbewirtschaftung sieht in der Schülerin vielfach in erster Linie die billige Arbeitskraft. Die Schülerin erhält ihre Ausbildung kostenlos und man sieht sich ihr gegenüber daher nicht sonderlich verpflichtet. Sie erhält freie Station, freie Wohnung und meist ein monatliches Taschengeld von 10—20 M. Dabei verlangt man eine 10—12stündige Dienstzeit. Die jungen Mädchen werden mit schwerer Hausarbeit und verantwortungsvoller Pflegetätigkeit überhäuft. Der eigentliche Unterricht wird in den Freistunden oder abends erteilt, wo die Schülerinnen zu müde sind, um noch genügende Aufnahmefähigkeit zu besitzen. Das große Pensum des Lehrstoffes wird in zwei Stunden wöchentlich erledigt. Der Unterricht wird von oft überanstrengten Anstaltsärzten erteilt, die meist kein Honorar dafür erhalten. Geistliche Lehrkräfte, auch auf dem Gebiete der praktischen Unterweisung, fehlen fast überall, da die Oberschwester und Stationschwestern zu überlastet sind. Auch ein regelmäßiger Wechsel der Schülerinnen auf verschiedene Stationen nach einem bestimmten Plane ist in den deutschen Krankenhäusern nicht überall eingerichtet. Es kommt vor, daß Schülerinnen ganz einseitig chirurgisch oder medizinisch ausgebildet werden, auch nicht einmal mit Frauen-, Männer- und Kinderpflege wechseln. Die ganze Ausbildungszeit beschränkt sich auf ein Jahr. Diese traurigen Zustände werden, wie das Organ der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands schreibt, „noch große Opfer an Leben und Gesundheit von der deutschen Frauenwelt fordern“.

Die tägliche Arbeitszeit der in Krankenhäusern tätigen Schwestern schwankt zwischen 11 bis 18 1/2 Stunden. Sie steigt in außergewöhnlichen Fällen bis 18 1/2 Stunden. Die täglichen Freistunden sind abgerechnet, ebenso 1 1/2 Stunden für Mahlzeiten, obgleich diese in kleinen Anstalten nicht immer ungeteilt verlaufen. Noch schlimmer steht es mit der Privatpflege. Viele Schwestern haben außer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit noch Nachdienst, so daß nach der vom Geheimen Medizinalrat Dr. Vedda aufgenommenen Statistik 23 Pflegerinnen in 9 Anstalten bis zu 40 Stunden hintereinander dauernd beschäftigt waren. Für alle Angestellten ist eine Maximalarbeitszeit eingeführt. Für die „Paras“ der sozialen Fürsorge, für die Krankenpflegerinnen besteht sie nicht. Wieviel unheilvolle Folgen diese erzwungene Schlaflosigkeit für die Pflegerinnen selbst, aber auch für die Patienten haben muß, liegt auf der Hand. So manche Verwechslung von Injektionen, Medikamenten usw. ist nur die Folge dieser Übermüdung. Auch die sogenannten „halben Nachtwachen“ ändern daran nichts. In einem Berliner Krankenhaus wachte eine einundzwanzigjährige Schwester, nach einer Ausbildungszeit von sechs Wochen, allein in einem Gebäude mit 60 Kranken. In einem Stock trach bei einem Kranken das Delirium aus, während in dem anderen Stock ein Sterbender lag. Das ist nur ein Beispiel. Dabei werden in vielen frommen Anstalten die übermüdeten Schwestern zum Kirchengehen gezwungen.

Auch die Kost läßt vielfach zu wünschen übrig und die Bezahlung entspricht nirgends den hohen Anforderungen. Die Schwesternkleidung wird nur selten frei geliefert. Die Schwestern müssen Steuern, Kranken- und Invalidengeld zahlen, haben aber keinen Anspruch auf Kostgeld in ihrer Urlaubszeit. Auch Pension wird selten gewährt bei Arbeitsunfähigkeit. Dabei waren nach Ablauf des zehnten Dienstjahres von 2500 Schwestern 986 = 39 Proz. überanstrengt. Sehr häufig führt diese Überanstrengung zum Selbstmord. Denn mit der körperlichen Widerstandskraft schwindet auch die seelische, die schließlich zum letzten Verzweiflungsschritt treibt. Klein im Jahre 1910 endeten von 12 gestorbenen Schwestern 5, also über 40 Proz. durch Selbstmord. Ein ganz besonders hoher Prozentsatz der Todesfälle der Krankenpflegerinnen hat die Tuberkulose als Ursache. Die Gründe liegen in der Aufnahme zu junger, schwächlicher Mädchen, in Mangel an Bewegung in frischer Luft, zu engem Zusammenleben, Unterernährung, Überanstrengung. Sehr häufig trägt auch die unhygienische Tracht der Ordenskleidung die Ansteckungsgefahr mit sich. Das ist besonders der Fall bei den katholischen Schwestern. Es wurde festgestellt, daß von den in Münchener Krankenhäusern dienenden harnbergschen Schwestern jährlich etwa 50 Proz. zugrunde gehen an Schwindel. Ihre Schwestertracht besteht aus rauhen, dunklen Stoffen, deren Schwere der Gesundheit nachteilig ist. Auf der rauhen Oberfläche haften die Bazillen leicht. Die Kleider sind häufig auf Fäulnis gearbeitet. Auch die Kopfbedeckung, die meist Kopf, Hals und Stirn einhüllt und aus sehr feil gefärbten Stoffen besteht, die keine Ausdünstung durchlassen, ist unhygienisch. Nicht ganz so schlimm, aber doch auch traurig genug sieht es bei den evangelischen Diakonissen aus.

Noch ein paar Worte über die Bezahlung. Dr. Heder führt an, daß eine junge Schwester in einem württembergischen Städtchen in einem Krankenhaus tätig war, das 25 Betten enthielt, von denen 15 bis 20 dauernd von Schwerkranken belegt waren. Die Schwester mußte selbst kochen und den großen Garten, in dem Gemüse zum Verkauf gezogen wurde, bearbeiten. Als Hilfe hatte sie ein junges Dienstmädchen. Als Gehalt erhielt sie 300 M. jährlich, also etwa 85 Pf. täglich. Nach vier Jahren mußte sie ihre Stellung wegen Erschöpfung aufgeben. Eine Gemeindefchwester in Pessen hatte 18 Dörfer zu besuchen mit einem Gehalt von 550 M. mit freier Wohnung, aber ohne Verköstigung. Fräulein Reich stellte in einem Vortrage fest, daß eine Privatmitl 18 bis 25 M. monatlich bezahlt. In einem Kinderheim bekommen die Schwestern monatlich 10 bis 20 M. Ein väterländisches Frauen-

verein zahlt jährlich 300 M., steigend bis 510 M. nach zehnjähriger Dienstzeit. Das größte ermittelte Gehalt nach langer Dienstzeit beträgt 700 M. jährlich. Ist müssen die Schwestern eine Kautions bis zu 300 M. stellen, die verfällt, wenn sie vor der Zeit ihren Beruf aufgeben müssen. Sogar die Konkurrenzläufe haben einige Organisationen in ihren Vertrag aufgenommen. Die jetzt eingeführte Privatbeamtenversicherung ist ein schwerer Druck für die Schwestern, zumal die wenigsten von ihnen ja das pensionsfähige Alter erreichen.

Eine Regelung der Urlaubszeit gibt es auch nicht überall. Freizeitle Ausnahmen bilden der Kreis Lettow und das Krankenhaus Charlottenburg-Westend, wo die Schwestern vier Wochen Urlaub und ein Kostgeld von zwei Mark täglich erhalten. Viele Schwestern müssen aus Geldmangel auf den Urlaub verzichten, selbst wenn er ihnen gewährt wird. Daß bei und ein chronischer Schwermangel herrscht, ist bei solch traurigen Zuständen nicht verwunderlich. „Die ganze Stufenleiter weiblichen Prestidiums wird in diesem „herrlichsten, beglückendsten“ und in Deutschland grausamsten Frauenberuf durchlaufen.“

frauenarbeit.

Lohnämter und Arbeiterinnen. Vom 1. Mai an erhebt das Monatsblättchen der Arbeiterinnenliga (Women's Labour League) in erweiterter Form unter einem neuen Titel. Es wird fortan „The Labour Woman“ heißen, was sowohl Arbeiterin wie Arbeiterfrau bedeuten kann und wohl am besten nach der Analogie von Arbeitsmann mit Arbeitsfrau übersetzt wird. Aus dem reichhaltigen Inhalt der Monatschrift der in der Arbeiterpartei politisch organisierten proletarischen Frauen Englands sei besonders ein Artikel: „Der Triumph der Lohnämter“ von J. J. Mallon erwähnt. Lohnämter für die Schweißindustrie wurden verhältnismäßig im Jahre 1900 in England eingeführt. Seitdem hat das Lohnämtergesetz weitere Anwendung gefunden, und die Befürchtungen, die anfänglich manche Genossinnen hegten, besonders die Furcht, daß die von den Arbeitern festgelegten Minimallöhne zu Maximallöhnen würden, haben sich als unbegründet herausgestellt. J. J. Mallon singt den Lohnämtern ein Loblied. Es wird von einem Fall berichtet, in dem Mädchen Mühsal ausbezahlt werden mußten, die die Höhe von 7, 8 und 9 Pence erreichten. Sowie Geld hatten die armen Dinger in ihrem Leben noch nicht in der Hand gehabt. Und dazu kam eine Lohnhöhung von 30 Prozent! Mit besonderer Genugtuung berichtet der Verfasser von dem Siege der Konfektionsarbeiter in Leeds. Als das Lohnamt zuerst die Minimallöhne für Arbeiter auf 6 Pence und für Arbeiterinnen auf 8 1/2 Pence die Stunde festsetzte, murrte man allgemein über die Niedrigkeit der Lohnsätze. Aber was prophezeit wurde, ist eingetreten. Das Zusammenwirken der Arbeiter in den Lohnämtern hat zur Bildung und Stärkung der Organisation geführt, so daß die Konfektionsarbeiter in Leeds es vor kurzem durchziehen konnten, daß die Minimallöhne für Männer auf 34 Schilling die Woche und für Frauen auf 4 Pence die Stunde erhöht wurden. Letztlich hat der Handelsminister die Lohnämter auf weitere Zweige der Schweißindustrie ausgedehnt. Einer der Industriezweige ist die Hemdenmacherei, wo namentlich in Irland noch ganz unerhörte Zustände anzutreffen sind. Ein Viertel der Maschinenmacherinnen verdienen zum Beispiel weniger als 5 1/2 Schilling die Woche. Ferner ist die Herstellung von iridem und weißemem Aodgeschäufel in die Liste der Industrien mit Lohnämtern eingereiht worden. In dem Industriezweig werden viele Frauen und Mädchen beschäftigt, die vor einigen Monaten einen wackeren Kampf für einen Mindestlohn bestanden haben. Man hofft, daß die neuen Lohnämter den errungenen niedrigen Minimallohn halb erhöhen werden. Die Appretur in Nordirland, wo die Löhne der Frauen zwischen 1/2 und 1 Penny die Stunde schwanken, wird ebenfalls Lohnämter erhalten. Auch die Juckerwarenindustrie ist auf die Liste gesetzt worden. 40 Proz. der Arbeiterinnen in dieser Industrie verdienen nach dem letzten Regierungsberichte, der in unieren Spalten schon erwähnt worden ist, weniger als 10 Schilling die Woche. Und dabei wurden diese Riffen nur von einem Teil der Arbeitgeber geliefert, und zwar dem Teil, der glaubte, sich nicht schämen zu brauchen! 4 Pence die Stunde Mindestlohn für Arbeiterinnen ist das nächste Ziel, das die Verfasserin den Lohnämtern vorrächt. Besonders aber appelliert sie an die Genossinnen, die neuen Lohnämter dazu zu benutzen, um in den verschiedenen Betriebszweigen starke Organisationen zu schaffen.

Eine Ausstellung des Heimarbeiters in Paris. Auch in Frankreich ist die Heimarbeit mit Menschenmord identisch. Ueber die grauenhaften Zustände in der Wäschekonfektion hat die große offizielle Enquete ein furchtbares Licht verbreitet. Aber nicht besser und sogar zum Teil noch schlechter steht's in der Schneiderei, der Stickerie, der Blumenarbeit, der Spielzeugfabrikation usw. In Paris ist jetzt eine Ausstellung dieses Elends zu sehen. Sie kann sich wohl mit den anderenwo, z. B. in Berlin und Brüssel veranstalteten nicht vergleichen. Es fehlt die Methode, es fehlt die Illustration durch Tabellen und anderes. Die Veranstaltung ist nicht das Werk einer Arbeiterorganisation. Die „republikanische Jugend“ hat einen leerstehenden Laden in der verkehrsreichen Rue Beaumart gemietet und dort Ergänznisse von Heimarbeiterrinnen mit Angabe des Stücklohns und des möglichen Stunden- und Tagelohnes, manchmal auch des Warenpreises und anderer Details ausgestellt. Das Ganze ist also mehr eine wohlgemeinte Improvisation. Aber schon das Gezeigte wirkt genug abfärend. Man sieht Konfektionswaren, die den Arbeiterinnen bei 10stündiger Arbeit 1 Franc, ja 80 und 70 Cent. täglich einbringen, Spielwaren, bei denen der Stundenlohn 6 Cent. (5 Pf.) beträgt! Und das in der reichsten Stadt der Welt, wo alljährlich und alljährlich Hunderttausende für blödsinnigen Teufeltempel und bei widerlicher Schlemmerei hinausgeworfen werden. Emfuge, augenzerstörende Arbeit in verpesteten Vodenlamern bringt nicht einmal das Silberglück ein, das der elegante Bummel dem Strolch hindert, der ihm vor dem Nachrestaurant den Wagenschlag öffnet. Der Pfaffe aber predigt den Arbeiterinnen die Tugenden der Enthaltensamkeit und Zufriedenheit, und der Operettenkomponist wirft seinen Strupswalzer der Poesie des „Midiennentums“. — In der Ausstellung liegt eine Petition für die Annahme des vom kirchlichen Grafen De Mun ausgearbeiteten Entwurfs über den geistlichen Gehalt der Heimarbeiterrinnen und den Minimallohn aus. Wohl keiner der Besucher der Ausstellung hat geäußert, sie zu unterzeichnen. Ein paar Blätter haben auch lebhaft und bereidame Schilderungen der Ausstellung veröffentlicht. Offentlich hält sie mit wenigstens das schärfste Elend abzustellen. Aber wie schmerzlich fühlbar macht sie die Mächtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, die die beste Arbeit und der beste Wärg dieses Wertes.

frauen in der Genossenschaftsbewegung.

Die Frauen haben in Staat und Gemeinde kein Wahlrecht, dort aber, wo sie es haben, nügen sie es leider in der Regel zu wenig aus. Das ist bei den Krankenkassen und auch bei den Konsumvereinen der Fall. Die Frauen sind zwar die Konsumtinnen, sie besorgen die Einkäufe, sie haben das bessere Urteil über die Qualität der Waren, aber die Differenzierung des Preises, sie sind interessiert an einer klugen, umsichtigen Leitung der Konsumvereine, in zahlreichen Fällen ist aber nicht die Frau, sondern der Mann Mitglied des Konsumvereins. Wenn der Mann Mitglied des Konsumvereins ist, dann steht auch ihm das Recht zu, die General-

versammlung zu besuchen, Vorstand und Aufsichtsbehörde zu wählen und gewählt zu werden. So ist es überall. Die Frauen denken gar nicht daran, sich ihre Rechte dort zu sichern, wo sie sie haben könnten. Natürlich steht es dann so aus, als hätten die Frauen kein Interesse am Konsumverein, obwohl sie dort einkaufen. In Desterreich wird jetzt der Anfang gemacht, die Frauen für die Konsumvereine systematisch zu erziehen. Unter der Leitung der Genossin Freundlich ist ein genossenschaftliches Frauenkomitee in Bildung begriffen, das die Frauen zu bewußten, tüchtigen Genossenschaftlerinnen erziehen soll. Durch das Komitee soll auch Einfluß genommen werden, die Frauen für die Vorstände und Aufsichtsräte heranzuziehen. Bisher sind erst in einigen der größten Konsumvereine Frauen im Aufsichtsrat, im Vorstand keine einzige. Es ist zu erwarten, daß es dem genossenschaftlichen Frauenkomitee, das Sitzungen und Besprechungen mit den weiblichen Mitgliedern der Konsumvereine veranstaltet, gelingen wird, eine Wandlung herbeizuführen. Schließlich zeigt es sich überall, daß die Frauen erst dann mit vollem Eifer für eine Sache arbeiten, wenn sie auch eine Verantwortung zu tragen haben.

Ein interessanter Kampf wurde seit mehreren Jahren von den bürgerlichen Genossenschaftlerinnen geführt. In Wien gibt es einen Konsumverein, der hauptsächlich im Mittelstand seine Mitglieder hat. Es ist dies der I. Wiener Konsumverein, mit 40000 Mitgliedern. Nun hat die große Lebensmittelleitung, die vor drei Jahren eingeführt, zur Gründung der Reichsorganisation der Hausfrauen geführt, an deren Spitze radikale bürgerliche Frauen stehen. Unter der Führung der Reichsorganisation haben sich nun alle radikaleren bürgerlichen Frauenvereine geeinigt, dieses Jahr selbständig zwei ihrer tüchtigsten Frauen zu kandidieren. Frau Elise Beer-Angeres, die bisherige Präsidentin und Gründerin dieser Organisation und Frau Gisela Urban, die angegebene Redaktrice der „Wiener Mode“. Und die Leitung des bürgerlichen Konsumvereins hat sich gebeugt. Sie hat eine Statutenänderung vorgeschlagen, um die Anzahl der Vorstandsmitglieder zu vermehren und die von den radikaleren Frauen präsentierten Damen auf die Liste zu nehmen, sowie noch eine dritte.

Welche Anerkennung sich diese Organisation verschafft hat, wird auch dadurch bewiesen, daß in die handelspolitische Kommission, die auf Anregung des Bürgermeisters Wehrhahn zusammengestellt wurde, um über die 1917 zu beschließenden Handelsverträge zu beraten und die Interessen der Konsumenten zu wahren, auch zwei Vertreterinnen der Reichsorganisation der Hausfrauen zugezogen werden. Allerdings wurden dann auch der katholischen Reichsorganisation zwei Mandate überlassen. Nur die sozialdemokratischen Hausfrauen sind in der Kommission unvertreten. Unsere Genossinnen haben den Anspruch auf ebenfalls zwei Mandate erhoben, worüber noch nicht entschieden ist.

Bürgerliche Bewegung.

Bereinigung konservativer Frauen. Die Furcht, daß die Frauenwelt in ihrer Gesamtheit der konservativen Partei den Rücken kehren könnte, hat endlich auch die rückwärtigste Partei bewogen, den Frauen Zugeständnisse zu machen. Am 9. April d. J. ist mit Billigung und unter Beistand des konservativen Parteivorstandes eine Vereinigung konservativer Frauen gegründet worden. Landtagsabgeordneter v. Gohler hielt dabei einen Vortrag, über den die konservative Presse erst jetzt ausführlicher berichtet, um die offenbar in konservativen Kreisen aufgetauchten Bedenken gegen jene Gründung zu beschwichtigen. v. Gohler führte über den Zweck der Vereinigung aus:

„Nicht Passion am politischen Kampfe, sondern zwingendes Pflichtgefühl hat dazu geführt. Für die Einzelnen steht nicht im Vordergrund, politische Rechte zu erkämpfen, sondern der konservativen christlichen Weltanschauung zur Verbreitung und zum Siege zu verhelfen. Sie wollen sich nicht aktiv betätigen in der Arena des politischen Kampfes, sondern sie wollen in ihrem eigenen Wirkungskreise für den konservativen Gedanken wirken und das Verständnis für seine Bedeutung fördern. Dies kann nur dann mit Erfolg geschehen, wenn die Vereinigung in engster Verbindung mit der konservativen Partei vorgeht, wenn dauernd die Beziehungen möglichst eng und vertrauensvoll gehalten werden.“

Die Vereinigung soll „bei den konservativen Politikern das Verständnis für berechtigte Wünsche der Frauenwelt vermitteln.“ Wenn erst solche Erziehungsvorbereitungen bei den „Führenden“ nach eigenem Verständnis eines „Führenden“ nötig ist, dann hat es wohl noch gute Weile, ehe die konservativen Frauen das finden, was die „Kreuzzeitung“ verspricht:

„Die Darlegungen v. Gohlers geben den konservativen Frauen die Hoffnung, daß sie nicht umsonst Rat, Hilfe und erhaltene Mitarbeit bei den Männern suchen werden, denen sie durch ihre Lebens- und Weltanschauung sich verbunden fühlen.“

Frauenstimmrecht.

Norwegen. Seit 1901 haben die norwegischen Frauen, die ein Einkommen von 400 Kronen (450 M.) in den Städten, 300 Kronen (347 M.) auf dem Lande verdienen, Gemeindevahlrecht. Seit 1907 besitzen dieselben, etwa 300 000, auch das Wahlrecht zum Storting. Nun hat der zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Stortingsauschuß einstimmig sich für die Verleihung des Frauenstimmrechts unter denselben Bedingungen, wie für die Männer ausgesprochen. Das bedeutet, da an der Annahme im Plenum nicht zu zweifeln ist, eine Vermehrung der weiblichen Wähler um 225 000. — Ein sozialistischer Antrag, das Wahlalter von 25 auf 21 Jahre herabzusetzen, der weitere 140 000 Wahlberechtigte geschaffen hätte, fand keine Annahme.

1813.

Die bürgerlichen Frauen können sich nicht genug darin tun, die Beteiligung ihrer Vorfahrinnen an den Verleumdungskämpfen von 1813 zu betonen. Sie verschweigen dabei absichtlich, daß gerade die besten Frauen jener Zeit, die in Verleumdung mit den geistigen Führern standen, allein für die gesellschaftliche Emanzipation ihrer Geschlechts-genossinnen, für die ungehinderte Teilnahme der Frau an Kunst und Wissenschaft eintraten und ähnlich den reißigen Männern unter ihren Zeitgenossen den Verleumdungskampf nur unter dem Gesichtswinkel der Erwerbung bürgerlicher Freiheiten werten. Daß es damals auch Frauen gab, die den Kampf nur als Gattinnen und Mütter beurteilten, geht aus charakteristischen Tagebuchauszeichnungen der Gräfin Sophie Scherwin hervor. Ueber die Trennung von ihrem Gatten, Graf Wilhelm, schreibt sie:

„Ich hatte nicht das Recht, auch nicht die Macht, über Wilhelm's Glück abzusprechen, und ihm allein konnte ich meine Liebe zum Opfer bringen. — Kein Weib wähe doch, daß sie dem Vaterlande ihre Liebe geopfert hat! Wo ist das Gut, welches nicht mit einer Hute auf der geliebten Stirn zu teuer erkaufte wäre. Jede, die geliebt hat, muß das am besten wissen. Von unserer Liebe opfern wir nichts, aber für unsere alles und sie selbst. Nicht um die Freiheit und den Frieden der Welt konnte ich mir alles geben — wohl aber um seiner Seele Freiheit und Frieden mich selbst.“

Und der vielgepriesene „Ausruf an mein Volk“ von 1818 spiegelt sich ihr in der Erinnerung als ein Schreden: „Welcher Jüngling hat die Sonne, welche Mutter das Entleeren dieses Ausrufs vergessen?“ So sprach die Tochter und Frau eines Junkers aus rein persönlicher Angst heraus. Und den Proletarierinnen will man es verwehren, im Interesse der Kultur den Krieg zu bekämpfen?

Der Knabenmörder verhaftet und geständig.

Der Kriminalpolizei ist es rasch gelungen, das schreckliche Verbrechen an dem Knaben Klähn aufzuklären und den Täter hinter Schloß und Riegel zu bringen. In der vergangenen Nacht wurde ein herrschaftlicher Diener verhaftet, auf dessen Spur die Ermittlungen geführt hatten. Der Verhaftete hat jetzt bereits ein Geständnis abgelegt. Es handelt sich um den Koch und Diener Josef Ritter, der bei zwei einzelnen Herren in der Hohenzollernstraße 26 seit einiger Zeit beschäftigt war. Ritter war in der kritischen Zeit allein in der ganzen Behausung, weil seine Dienstherrn einen Pfingstausflug machten. Die Ermittlungen ergaben, daß er zu den Kunden des Kolonialwarenhandlers Scholz gehörte, für den der getötete Klähn zuletzt Hilfsdienste leistete. Ritter kaufte selbst bei Scholz ein und nahm die Waren in der Regel gleich mit. Oester ließ er sie sich auch nach der Wohnung bringen. Es war schon aufgefallen, daß er sich an Hausdiener und Voten des Geschäfts verächtlich herannahete, wie es Leute mit perversten Neigungen zu tun pflegen. Man erinnerte sich nun bei Scholz, daß Ritter am Sonnabendabend wieder dagewesen war und einen Siphon bestellt hatte, den ihm Klähn nach Hause brachte. Von diesem Siphon lebte der Knabe kurz vor 8 Uhr zurück. Er erzählte freudig, daß er ein gutes Trinkgeld bekommen habe. Kurz darauf ließ er sich unter der falschen Vorpiegelung, daß er Besuch vom Bahnhof abholen müsse, freigeben. Etwas vor 9 Uhr sah nun ein anderer Bursche, der früher bei Scholz gewesen war und Ritter daher kannte, diesen in der Nähe der Lützowstraße aufgeregt daherkommen. Ritter fragte ihn, ob er nicht wisse, wo man in der Nähe Badpapier kaufen könne. Der Bursche wies ihn an das Papiergeschäft von Müller in der Lützowstr. 62, in der Nähe des Kolonialwarengeschäftes von Scholz. Die Ermittlungen ergaben, daß Ritter in der Tat wenige Minuten vor 9 Uhr in dieses Geschäft gekommen war und von dem Badpapier gekauft hatte, wie es später als Hülle für die Leichenteile benutzt worden war. Nach dieser Feststellung begaben sich sofort Kriminalbeamte nach der Wohnung in der Hohenzollernstraße, um sich des Verdächtigen zu versichern. Sie klingelten an, erhielten aber keine Antwort. In der Annahme, daß er ausgegangen sei, legten sie sich auf die Lauer, um die Rückkehr Ritters abzuwarten. Nachdem sie die ganze Nacht hindurch in ihren Beständen geharrt hatten, marckte in früher Morgenstunde plötzlich die Wohnungstür. Jetzt drangen die Beamten ein und fanden den Diener in der Behausung. Ritter erkannte sofort, daß seine Tat entdeckt war und zeigte ein niedergeschlagenes und bedrücktes Wesen. Man befragte ihn an Ort und Stelle nicht weiter, sondern brachte ihn sofort nach dem Polizeipräsidium. Unterdessen nahmen die zurückbleibenden Beamten in der Behausung eine gründliche Durchsuchung vor. In dem Dienerzimmer fanden sie zunächst eine Schärze, die noch ungebraucht auslag und zusammengefaltete war. Als man sie aufmachte, zeigten sich deutliche Blutsfäden, die bald als Menschenblut erkannt wurden. In demselben Raum fand man weiter Kartonpapier, von derselben Art wie das zur Zusammenstellung des Kartons, in dem die Leichenteile weggeschafft wurden, benutzte. In einer Ecke lagen ferner zusammengeknüllte Handtücher, die ebenfalls starke Blutspuren zeigten. Die vermissten Stücke des Knaben wurden nicht gefunden. Das Belastungsmaterial war aber ohnehin schon so schwer, daß man mit den beschlagnahmten Sachen sofort nach dem Polizeipräsidium fuhr, um jetzt den Verhafteten eingehend ins Gebet zu nehmen. Unter der Wacht des Verdachtsmaterials und namentlich beim Anblick der gefundenen Sachen brach Ritter gleich zusammen und legte nun

ein umfassendes Geständnis ab.

Es lautet dahin: Ritter gibt zu, schon früher mit Burschen aus dem Geschäft von Scholz unantere Beziehungen unterhalten zu haben. Bei Einkäufen wachte er es sogar besonders dahin einzurichten, daß die Jungen zu ihm in die Wohnung kommen mußten. Zu diesem Zwecke teilte er mitunter die Einkäufe, obwohl sie an und für sich nicht sehr groß waren, doch noch so, daß er etwas selbst mitnahm und den Rest sich nach der Wohnung bringen ließ. Den kleinen Klähn kannte Ritter noch nicht. Er wachte aber, daß für Scholz immer junge Burschen arbeiteten, und um am Sonnabendabend wieder einen nach der Behausung zu bekommen, bestellte er den Siphon. Als Klähn diesen abgeliefert hatte und dann auf seine Veranlassung noch einmal zurückkehrte, nachdem er sich von Scholz freigegeben hatte, zeigte er sich seinen Neigungen nicht gefällig, drohte ihm auch, verfluchte ferner, wie Ritter behauptet, eine Erpressung und schrie laut auf, um ihn in Verlegenheit zu bringen. In der Angst griff Ritter, immer nach seiner Darstellung, jetzt gleich mit beiden Händen zu, packte ihn an der Kehle, um ihn am Schreien zu verhindern. Zu diesem Zweck hielt er ihm dann auch noch den Mund zu. Als aber auch das noch nicht half, legte er ihm einen Strick um den Hals. Wie das im einzelnen vor sich gegangen ist, dessen kann sich Ritter, wie er sagt, nicht mehr entsinnen, weil er zu aufgereggt war. Als sich endlich die furchtbare Erregung gelegt hatte, und er wieder zu klarem Bewußtsein kam, sah er zu seinem Schrecken den Knaben tot auf dem Fußboden liegen. Jetzt packte ihn die Angst noch mächtiger. Sein erster Gedanke war, wie er umgesehen und unentdeckt die Leiche wegschaffen könne. Da er geeignete Stellen in der Wohnung nicht besch, so lief er gleich auf die Straße hinaus, um sie sich irgendwie und irgendwo zu beschaffen. Hierbei begegnete er dem anderen Burschen, der ihm Auskunft über ein Papiergeschäft gab. Mit dem eingekauften Badpapier zurückgekehrt, brachte er die Leiche aus seinem Dienerzimmer nach dem Korridor. Hier zerstückelte er sie mit einem Küchenmesser und einem Beil und verpackte sie dann so, wie sie später gefunden wurden. Für den großen Karton hatte Ritter das Material in der Wohnung gehabt. An Papier hatte es ihm dagegen — wie wir schon sagten — gefehlt. Immer noch in der größten Aufregung, brachte er zuerst das Paket mit den Weinen hinaus. Mit der Straßenbahn fuhr er mit seinem unheimlichen Paket nach dem neuen Westen zu, um sich dort seiner zu entledigen. Als er dazu in der Rotunde an der Meierottofstraße und Kaiser-Allee eine günstige Gelegenheit fand, benutzte er sie. Dann fuhr er nach der Wohnung zurück. Das zweite Paket beschloß er mit der Eisenbahn wegzuschaffen. Er wollte eine Fahrkarte irgendwohin lösen und das Paket auf der Fahrt irgendwo stehen lassen. Um eine Karte zu kaufen, stellte er das Paket in der Vorhalle hin. Am Schalter aber kam ihm der Gedanke, es sei am einfachsten und besten, das Paket kurzerhand dort stehen zu lassen, wo es stand. Danach verlor er denn auch, verließ den Bahnhof und ging wieder nach Hause. Hier befehlte er so gut er konnte die Spuren seiner graufigen Tat, zuletzt sah er, daß die Schuhe des Knaben noch da waren. Er packte sie nun auch zusammen, um das

dritte Paket, diesmal ja nur ein kleines, auch gleich noch wegzuschaffen. Davon kam er aber zuletzt doch ab. Er brachte jetzt das kleine Paket nach dem Arbeitszimmer seiner Dienstherrn und versteckte es dort auf einem Regal hinter Büchern, in der Absicht, es bei guter Gelegenheit wieder herbeizuholen und dann irgendwie zu beseitigen. Auf dem Regal wurden denn jetzt auch die Schuhe gefunden. Ritter der ganz zusammengebrochen ist und unter heftigem Weinen seine Tat sehr bedauert, wurde gestern nachmittag nach der Behausung seines Dienstherrn gebracht, um dort noch weiter vernommen zu werden. Er ist am 26. September 1873 zu Sago im Bezirk Strain geboren und spricht noch ausgeprägte österreichische Mundart. Der Verhaftete ist ein ziemlich großer Mensch mit knochigen Gesicht und blondem Schnurrbart und zeigt die typischen Züge perverster veranlagter Menschen.

Die Wahlen der Wahlmänner

finden am morgigen Freitag, den 16. Mai, statt. In Berlin wählt die II. Abteilung zuerst und zwar in der Zeit von vormittags 9 bis mittags 12 Uhr, alsdann die I. Abteilung von nachmittags 1 bis 2 Uhr und zuletzt die III. Abteilung von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr.

Die Wahlhandlung wird pünktlich mit dem Ende der für jede Abteilung festgesetzten Wahlzeit geschlossen. Demnach dürfen nach Schluß der für jede Abteilung festgesetzten Wahlzeit Urwähler der Abteilung, die zur Wahl gestanden hat, nicht mehr zur Abstimmung zugelassen werden, auch dann nicht, wenn sie sich bereits vor dem Schluß der Wahlzeit ihrer Abteilung im Wahllokale eingefunden hatten. Ferner wird darauf hingewiesen, daß der Wahlvorsteher von den zur Wahl erscheinenden Urwählern die Vorlegung einer Legitimation verlangen kann; als solche gilt: Steuerquittung, Invalidentatskarte, Militärpapiere, Mietskontrakt usw. oder die den Urwählern zugestellte Wahlkarte.

Es wird dringend erforderlich sein, für genügend freie Zeit zur Ausübung des Wahlrechts am 16. Mai zu sorgen. Wähler der 2. und 1. Abteilung werden gut tun, rechtzeitig für Ausübung ihres Wahlrechts Sorge zu tragen. Wenn auch für Arbeiter die Wahlzeit für die 2. und 1. Abteilung recht ungünstig liegt, so muß doch alles aufgeboten werden, daß uns gerade in diesen Abteilungen keine Stimme verloren geht. In verschiedenen Wahlbezirken in Berlin fällt gerade in diesen Abteilungen die Entscheidung. Daß auch die Wähler in der 3. Abteilung ihre Pflicht tun und durch rechtzeitige Stimmentgabe ihrer Wahlpflicht genügen, ist ebenso selbstverständlich. Jeder Wähler aber mag eingedenk sein, daß die Wahl pünktlich geschlossen wird. Gehe also jeder Wähler frühzeitig zur Wahl!

3. Landtagswahlbezirk.

Genossen! Es hat sich die nochmalige Verbreitung eines Flugblattes notwendig gemacht. Wir ersuchen deshalb die Genossen, sich heute Donnerstagabend in den bekannten Stellen zur Verbreitung einzufinden.

Heute abend 8 1/2 Uhr finden in folgenden Lokalen drei Wählerversammlungen statt: „Dressener Kasino“, Dressener Straße 96, „Luisenstadt-Kasino“, Draniensstr. 180, „Wilkes Festsäle“, Sebastianstr. 39. Tagesordnung: Auf zur Landtagswahl. Referenten: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel und Stadtverordnete Paul Dupont und Theodor Glöck. Zahlreiches Erscheinen erwartet Das Wahlkomitee.

7. Landtagswahlbezirk.

Heute Donnerstag finden drei öffentliche Versammlungen statt. Das Wahlkomitee.

8. Landtagswahlbezirk.

Heute Donnerstag, den 15. Mai, finden zwei Versammlungen statt und zwar im Schweigergarten am Königstor und in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10. Referenten: G. Ledebour und Redakteur Däumig. Ansprache des Kandidaten Düwelle.

12. Landtagswahlbezirk (Moabit).

Heute Donnerstagabend 7 Uhr von den bekannten Stellen findet die Verbreitung eines Flugblattes im Kuvert statt, wozu das Erscheinen aller Parteigenossen unbedingt erforderlich ist.

Abends 8 1/2 Uhr: Zwei große Wählerversammlungen, im Moabiter Gesellschaftshaus und in der Bahnhofs-Brauerei. Referenten: Ph. Scheidemann, Hugo Haase. In beiden Versammlungen hält der Kandidat Eugen Ernst eine Ansprache.

Im 12. Berliner Landtagswahlbezirk

haben auch die Nationalliberalen eine eigene Kandidatur aufgestellt. Das behagt den Fortschrittler aber gar nicht. In der „Freisinnigen Zeitung“ wird über diese Tatsache wie folgt berichtet:

„Hier, in Moabit, ist als nationalliberaler Kandidat gegen den fortschrittlichen Abg. Dr. Runge Prof. Dr. Groß aufgestellt worden, obwohl das heiz umstrittene Mandat auch durch die Konservativen und namentlich durch die Sozialdemokraten bekämpft wird. Besonders bedauerlich ist es, daß hier der Kampf von den Nationalliberalen mit vergifteten Waffen geführt wird. Ein nationalliberales Flugblatt behauptet, daß die Fortschrittliche Volkspartei Forderungen aufstellt, deren volle Verwirklichung sie selbst nicht wünscht.“ So fordere sie das Reichstagswahlrecht für den Landtag, hoffe aber, daß dieser Wunsch nie zur Tat wird.“ Das ist ein Vorwurf, zu dessen Widerlegung es keines Wortes bedarf.

Die Nationalliberalen scheinen ihre Bursenfreunde, mit denen sie für die Provinz Brandenburg Abmachungen getroffen haben, gut zu kennen.

Die Zentralwahlbüros für die einzelnen Landtagswahlbezirke sind an folgenden Stellen:

- 1. Wahlbezirk (Westen): Biemerz, Lützowstr. 58 Fernsprecher Amt Lützow 9247. (Sanfaltertel): Dreßler, Altonaer Straße 20. Amt Moabit 330.
2. Wahlbezirk: Franz, Marktgrafenstr. 6. Amt Kottbuscher Platz 593.

- 3. Wahlbezirk: Felsmann, Ritterstr. 1. Amt Kottbuscher Platz 8848.
4. Wahlbezirk: Bieler, Dieffenbachstr. 76. Amt Kottbuscher Platz 2359.
5. Wahlbezirk: Bählich, Stalitzerstr. 22. Amt Kottbuscher Platz 12 542.
6. Wahlbezirk: Hoffmann, Königsberger Str. 28. Amt Köpenick 6192.
7. Wahlbezirk: Biegel, Elbinger Str. 8. Amt Köpenick 6343.
8. Wahlbezirk: Guntt, Mendelssohnstr. 16. Amt Köpenick 909.
9. Wahlbezirk: Rochhaus, Schliemannstr. 39. Amt Norden 2187.
10. Wahlbezirk: Dams, Schlegelstr. 9. Amt Norden 159.
11. Wahlbezirk: Nelzer, Wiesenstr. 29. Amt Roabit 1288.
12. Wahlbezirk: Paersch, Oldenburger Straße 10. Amt Roabit 1899.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3. Amt Wilhelmshagen 1696.
Neukölln: Parteisekretariat, Neukölln, Redarstraße 3. Amt Neukölln 1894.
Schöneberg: Henkel, Reiningenstraße 8. Amt Völkow 1894.
Teltow-Land: Schilling, Wilmersdorf, Lauenburger Str. 20. Amt Falzburg 1120.
Ober- und Niederbarnim: Schulz, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 47. Amt Königstadt 851.

Die Wahlarbeit der Liberalen

wird nur zum geringen Teil von freiwilligen Hilfskräften und Parteigängern des Liberalismus ausgeführt. Besonders für den Wahltag braucht jede Partei ein so großes Heer von Zettelverteilern, Schleppten, Listenführern usw., daß die Liberalen in Berlin unmöglich aus ihren paar Anhängern die nötige Zahl von Hilfskräften zusammenbringen könnten. In noch größerem Umfang als sonst haben sie diesmal zu dem Rotbettel greifen müssen, bezahlte Hilfskräfte anzunehmen, ohne nach deren Parteizugehörigkeit zu fragen. Sie halten es für ebenso überflüssig, den einzustellenden Hilfskräften zu sagen, daß es die Liberalen sind, für die die Wahlarbeit geleistet werden soll.

Im „Arbeitsmarkt“ des „Lokal-Anzeigers“ las man am Dienstag folgende Annonce: „Zettelverteilern, Listenführern (Pensionäre, Invaliden usw.) für Freitag wollen sich melden... usw.“ Und am Mittwoch brachte dann der „Lokal-Anzeiger“ in seinem „Arbeitsmarkt“ eine zweite Annonce, die so lautete: „1200 Herren, Pensionäre, Invaliden, stellunglose Kaufleute werden für die Wahlen als Listenführer, Zettelverteilern verlangt. Zu melden... usw.“ Beide Annoncen nannten nur die Meldestelle, gaben aber nicht an, welche Partei die Hilfskräfte anwerben wollte. Wie zu erwarten war, meldeten sich Scharen von Stellunglosen oder Nebenverdienstsuchenden, die die angebotene Arbeit übernehmen wollten. Den Saal, in dem die Liberalen die Meldestelle eingerichtet hatten, füllten Hunderte von Arbeitern, Kaufleuten, Schreibern, auch von Invaliden und Pensionären, junge Leute und alte Männer, arme Schluher im abgekosteten Rod, aber auch einzelne besser gekleidete Personen, denen man die Not nicht sogleich auf den ersten Blick anmerkte. Die meisten aus dieser Schar von Beschäftigungssuchenden würden, so weit sie schon wahlfähig sind, wahrscheinlich für die Sozialdemokratie stimmen. Hier aber mußten sie von den Liberalen sich zumuten lassen, für sie Wahlarbeit gegen die Sozialdemokratie zu leisten. Die Not zwang sie, sich um ein paar Mark ihren Gegnern zu verkaufen. Zugelassen wurde nur, wer durch eine Legitimation, z. B. Invalidentkarte, sich über seine Person ausweisen konnte. Außerdem wurde sonderbarerweise eine Gebühr von 20 Pf. erhoben, von der in den Annoncen nichts zu lesen stand. Wofür die 20 Pf. zu bezahlen waren, erfuhr man nicht. Wer sie nicht übrig hatte oder sie nicht hergeben wollte, wurde erjucht, „morgen wiederkommen“. Ohne die 20-Pf.-Gebühr gab es keine Arbeit.

Von den Wartenden, die sich in dem Saal vor dem Podium drängten, schien keiner recht zu wissen, für welche Partei er sich als Helfer verkaufte. Wir haben wenigstens keinen gefunden, der auf unsere Frage, für welche Partei denn die Arbeit geleistet werden sollte, uns Auskunft hätte geben können. Möglicherweise aber, daß mancher sich nur schämte, offen zu bekennen, welche Rolle die bittere Not ihm hier aufzwang. Einer der auf dem Podium sitzenden Herren, der einem nach dem anderen die Gebühr von 20 Pf. abnahm, hatte am schwarzen Rod ein paar glänzende Denkmünzen, so daß man fast hätte vermuten können, konservativ vor sich zu haben. Die Legitimation aber, die den Angeworbenen eingehändigt wurden, trugen die Adresse eines bekannten Agitators der Liberalen. Es ist eine Schmach, daß die Gegner der Sozialdemokratie sich Hilfskräfte aus den Reihen des Volkes kaufen können, weil Arbeitslosigkeit und Not ihnen die Erwerbssuchenden zutreiben.

Im Wahlbezirk Neukölln-Schöneberg

ist bisher von einer größeren öffentlichen Wahlagitator nicht zu hören gewesen. Einzig und allein die Sozialdemokratie hat öffentliche Versammlungen abgehalten, in denen sie den Gegnern Gelegenheit gab, ihre Auffassung zu vertreten, eine Gelegenheit, die sie nicht benutzten. Bis auf den ersten schüchternen Versuch, haben die Gegner keine öffentliche Versammlungen mehr abgehalten. Man ladet jetzt nur noch Vereinsmitglieder zu Wählerversammlungen ein. Sogar die Konservativen haben sich nun doch noch entschlossen, eine besondere Kandidatur in Person des Pastors Lange aufzustellen. Die Versammlung bestand aus 61 Teilnehmern, sie mußte öfter unterbrochen werden, weil der Tumult einen detarigen Charakter annahm, daß man nahe daran war, sich zu prügeln.

Auch von einer Agitation durch Flugblätter hat man bisher noch nichts zu hören bekommen. Nicht ein einziges gegnerisches Flugblatt ist in der Öffentlichkeit verbreitet worden.

Aber man täuscht sich doch gewaltig, wenn man glaubt, daß die Gegner untätig sind. Hinter den Kulissen in aller Stille wird ziemlich eifrig gearbeitet. Man hat zwar noch einige Rot, überall die nötigen Wahlmänner aufzubringen, aber sonst scheint schon wieder der ganze behördliche Beamtenapparat in Bewegung gesetzt zu sein. Beschwerden sind doch jetzt schon sogar die Neuköllner fortschrittlichen Bezirksvereine darüber, daß einzelne ihrer Mitglieder, die Magistratsbeamte sind, nicht offen die liberale Kandidatur des Grafen Ratujka unterstützen können.

Daraus geht schon zur Genüge hervor, daß die Neuköllner Beamten die Kandidatur hier unterstützen müssen, wenn sie nicht fürchten wollen, in ihrem Fortkommen geschädigt zu werden. Die Wahlleitung für die Kandidatur habe ein sehr einflussreiches Mitglied

der altbürgerlichen Fraktion und ein Stadtschreiber in Händen, so daß es von den Beamten wohl keiner wagen wird, gegen die Kandidatur hier zu stimmen. Hingegen kommt noch, daß von 155 Wahlvorstehern ca. 90 Lehrer sind. Hier werde wieder mit aller Deutlichkeit die Schönheit des Dreiklassenwahlrechts dadurch gezeigt, daß bei der öffentlichen Wahl die Beamten verpflichtet sind, einem von den Grundbesitzern aufgestellten höheren Magistratsbeamten ihre Stimme zu geben.

Inferne Parteigenossen muß dieser Terror, der von oben ausgeht, veranlassen, in der kurzen Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, die Wähler auf die Erdemittigkeit des Dreiklassenwahlrechts aufs neue hinzuweisen. Nur wenn jeder Parteigenosse seine Pflicht tut, wird es möglich sein, am 16. Mai soviel sozialdemokratische Wahlmänner zu wählen, daß das Mandat für Neufeld-Schöneberg erobert wird.

Die Agitationskommission des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin, richtet an ihre Mitglieder das Ersuchen, wenn es irgend möglich ist, sich von der Arbeit freizumachen und der Partei zur Verfügung zu stellen. Wer noch keine Nachricht hat, welchem Wahllokal und Kreis seine Abteilung zugeteilt ist, wird gebeten, frühmorgens nach der Stralauer Brücke Nr. 3 bei Knörig zu kommen. Telefon: Amt Köpenick 4948.

Die Wahlzeit in den verschiedenen Vororten.

Tempelhof. Die 1. Klasse wählt von 1—2 Uhr, die 2. Klasse von 2—4 Uhr und die 3. Klasse von 4 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr.
Friedrichsfelde-Karlshorst. 1. Abteilung 12—1 Uhr, 2. Abteilung 1 $\frac{1}{2}$ —4 Uhr, 3. Abteilung 4 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr.
Schönholz (Wannseebahn). (Prüfung) 3. Abteilung 4 $\frac{1}{2}$ —6 $\frac{1}{2}$ Uhr.
2. Abteilung 7—7 $\frac{1}{2}$ Uhr, 1. Abteilung 8—9 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Johannisthal. (Prüfung) 3. Abteilung 5—7 Uhr, 2. Abteilung 7 $\frac{1}{2}$ —9 $\frac{1}{2}$ Uhr, 1. Abteilung 9 $\frac{1}{2}$ —11 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Friedrichshagen. (Terminwahl.) Wahlbeginn abends 6 Uhr; die 3. Abteilung wählt zuerst.
Nieder-Schönhausen und Gutsbezirk sowie Gutsbezirk Schönholz. 1. Abteilung 3—3 $\frac{1}{2}$ Uhr, 2. Abteilung 4—5 Uhr, 3. Abteilung 5 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Tegel. Die 3. Abteilung beginnt um 12 Uhr, die 2. Abteilung um 4 Uhr und die 1. Abteilung um 6 Uhr. Sämtliche Wähler müssen pünktlich zu Beginn der Wahlhandlung anwesend sein.
Waldhof. Die 3. Abteilung wählt von 5 Uhr nachmittags, die 2. und 1. Abteilung um 7 Uhr abends. Die Terminwahl erfordert die Anwesenheit der Wähler zu Beginn der Wahlzeit.
Brig. 3. Abteilung 2 Uhr nachm., 2. Abteilung 5 Uhr nachm., 1. Abteilung 6 Uhr nachm. Da Terminwahl stattfindet, müssen alle Wähler pünktlich zur Stelle sein.
Bahndorf. (Terminwahl.) 3. Abteilung 4 Uhr, 2. Abteilung 5 $\frac{1}{2}$ Uhr und 1. Abteilung 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Stahnsdorf. (Terminwahl.) Wahlbeginn vormittags 11 Uhr, 3. Klasse wählt zuerst.
Köpenick. 3. Abteilung 5 Uhr, 2. Abt. 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, 1. Abt. 7 Uhr.
Spandau. (Prüfungswahl.) 1. Abteilung von 9—9 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags, 2. von 10—11 $\frac{1}{2}$ Uhr und die 3. Abteilung von 3—7 Uhr nachmittags.
Zeuthen. Beginn der Wahlhandlung pünktlich 11 Uhr. Der Ort der Wahlhandlung ist von der Schule nach dem Restaurant „Zeuthener See“ (Zah. Ringel) verlegt worden.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Parteigenossen, die am Tage der Wahl Zeit haben und in ihren Bezirken abkömmlich sind, werden ersucht, sich im Volkshaus, Rosinestraße 8, zu melden.
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet daselbst Verhandlung der einlaufenden Resultate statt.

Schöneberg. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr: Volksversammlung im „Schwarzen Adler“, Hauptstr. 144. Tagesordnung: An die Gewehre. Referenten: Genosse Dr. Rudolf Dreißbach und Stadtd. Genosse Ernst Döhl.

Am Freitag, den 16. Mai, vormittags 11 Uhr, wollen diejenigen Genossen und Genossinnen, die gewillt sind, an den Wahlarbeiten teilzunehmen und denen bisher keine besondere Arbeit überwiesen worden ist, im Zentralwahlbureau, Restaurant A. Gensel, Weininger Str. 8, Telefon Amt Köpenick 0733, zur Verfügung stellen. Die Radfahrer erscheinen dort ebenfalls. Die Wahlergebnisse werden abends 8 Uhr im Saal von G. Ebrecht bekannt gegeben.

Da der Geschäftsführer des Gesellschaftshauses des Westens in seinem Lokal keine Sozialdemokraten dulden will, ersucht der Vorstand des Wahlvereins sowie das sozialdemokratische Wahlkomitee um Weidung der dort stattfindenden gegnerischen Versammlungen.

Pichtenberg. Morgen Freitag, abends 9 Uhr: Zwei öffentliche Versammlungen in den Lokalen „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee, und „Café Bellevue“, Hauptstraße. Tagesordnung: Resultatverhandlung.

Johannisthal. Am Freitag, den 16. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Restaurant „Vindenhof“, Saal: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Besinnung über die Wahlergebnisse, 2. Bericht der Gemeindevertreter, 3. Wahl von Delegierten zur Arbeitskonferenz und Verbands-Generalversammlung. Gäste haben Zutritt.

Ober-Schöneweide. Heute Donnerstag, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Wilhelminenhof“: Öffentliche Wählerversammlung. Das Referat: Ein letztes Wort an die Wähler hat der Kandidat des Kreises, Genosse Konrad Gaenitz, übernommen. Es wird ersucht, für guten Besuch zu agieren. Ferner werden die Genossen gebeten, sich schon um 12 Uhr mittags in den Schlepplokalen ihrer Bezirke einzufinden zwecks Uebernahme wichtiger Wahlarbeiten.

Kadow. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im Lokal von Hermann Weiler. Wichtige Tagesordnung.

Reinickendorf-Ost. Heute Donnerstag von 7 Uhr ab wichtige Auvertierungsversammlung. Im Anschluß daran halten die Bezirke den gestern ausgefallenen Wahlabend ab. Da auf diesem die letzten Vorbereitungen für die morgige Wahl zu treffen sind, ist es Pflicht aller Genossen, sich am Wahlabend sowohl als auch an der Auvertierungsversammlung zu beteiligen.

Das Zentralwahlbureau befindet sich am Freitag von 12 Uhr mittags ab im „Seebad“, Rehdengstraße 49 (Telephon: Rel. 453).

Reinickendorf-West. Zur Landtagswahl findet heute abends von 7 Uhr ab eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

Waldhof. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von bekannter Stelle aus.

Pankow. Heute abends von 7 Uhr ab: Auvertierungsversammlung. Um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Kurfürsten“, Berliner Str. 109: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Das letzte Wort an die Wähler. Referenten: Reichstagsabgeordneter Schumann und Kandidat Gutschall-Hoyer.

Bornum. Heute Donnerstag, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Stadium“, Süssenteichstraße 6. Wählerversammlung. Tagesordnung: In letzter Stunde! Referent A. Dahl, Berlin. Freitag, den 16. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Salsmann, Badowerstraße, Resultatverhandlung.

Das Zentralwahlbureau befindet sich den ganzen Tag im Gewerkschaftshaus (Zah. N. Wänsche Chausseestraße 45/46).

Trebbin. Am Sonnabend, den 17. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Schützenhaus (W. Fromm), Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag. 3. Der Ausgang der Landtagswahlen. 4. Verschiedenes.

Spandau. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, findet von allen Bezirkslokalen aus die Verbreitung der Wahlplakate mit Flugblatt statt. Diejenigen Genossen, welche sich am Tage der Urwahl dem Wahlkomitee zur Wahlarbeit zur Verfügung stellen, wollen sich vorher bei Genossen Köppen, Breite Str. 84 („Vorwärts“-Expedition) melden. — Am Tage der Urwahl treffen sich die Parteigenossen zur Wahlarbeit für die Urwahlbezirke 1—14 und Bezirk Tiefwerder im Restaurant von Fritz Wille, Lindenstr. 17; die aus den Bezirken von 15—33 im Restaurant von Hermann Dery, Kurstr. 21; aus den Bezirken 34—52 und Nischelsdorf im Restaurant von Danneberg, Nischelsdorfer Str. 5, und aus den Bezirken 53—57 im Restaurant von Kant, Siemensstr. 84.

Müntental, Jegerndorf, Buch. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich zur Verrichtung von Wahlarbeiten heute, 7. Mai, abends, bei Theodor Buchholz, Kaiser-Wilhelm-Straße 60, einzufinden.

Berliner Nachrichten.

„Keine Fleischnot“ — ?

Die Presse der Agrarier hat immer wieder erzählt, daß kein Mangel an Schlachtvieh bestehe und die Vieh- und Fleischpreise nicht übertrieben hoch seien. Diese Darstellung dient dem Vorteil der Mägen der Fleischhändler, sie wird aber Lügen gestraft durch die Statistik der Preise und des Verbrauchs.

Wie sehr der Fleischverbrauch in Groß-Berlin zurückgegangen ist, das lehren die Schlachtungsstatistiken des Schlachthofes der Stadt Berlin. Dieser liefert zwar keineswegs den gesamten Fleischbedarf Berlins oder gar Groß-Berlins, aber doch einen ansehnlichen Teil davon. Daher kann das Auf und Ab der Schlachtungsstatistiken des Berliner Schlachthofes immerhin als ein Zeichen der Mehrung oder Minderung des Fleischverbrauches gelten. Nun meldet die „Allgemeine Fleischereizung“, daß auf dem Berliner Schlachthof im Verwaltungsjahr 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) nur 106 524 Rinder, 139 980 Mälder, 489 583 Schafe, 1 215 925 Schweine geschlachtet wurden. Stellen wir daneben die Schlachtungsstatistiken, die für die Vorjahre in den Jahresberichten der Vieh- und Schlachthofverwaltung mitgeteilt sind, so sehen wir für die letzten Jahre und besonders von 1911 zu 1912 einen sehr bedeutenden Rückgang der Schlachtungen. In den vier Verwaltungsjahren 1909, 1910, 1911, 1912 (immer vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres reichend) wurden geschlachtet 156 287, 142 710, 134 173, 106 524 Rinder, 178 894, 156 142, 159 418, 139 980 Mälder, 520 504, 517 486, 512 142, 489 583 Schafe, 1 102 210, 1 180 815, 1 340 887, 1 215 925 Schweine. Die Vergleichung mit dem Verwaltungsjahr 1909 ergibt für 1912 bei den Schweinen ein Plus von 113 715 Schlachtungen, dagegen ein Minus von 49 713 Schlachtungen bei den Rindern, von 38 914 bei den Mäldern, von 30 921 bei den Schafen. Selbstverständlich reicht das Plus an Schweinefleischschlachtungen nicht aus, das Minus an Schlachtungen von Rindern, Mäldern, Schafen wett zu machen. Gegenüber dem Verwaltungsjahre 1911 hat 1912 auch bei den Schweinen einen Rückgang der Schlachtungsstatistik: das Minus an Schlachtungen stellt sich da für 1912 bei den Rindern auf 27 649, bei den Mäldern auf 19 438, bei den Schafen auf 22 559, bei den Schweinen auf 124 962. Um diese Zahlen recht würdevoll zu können, muß man berücksichtigen, daß inzwischen das Verbrauchsgebiet des Berliner Schlachthofes sich beträchtlich vergrößert hat. Es umfaßt nicht nur Berlin selber, sondern auch einen Teil der Vororte. Wenn auch Berlin in den letzten Jahren nur eine mäßige Steigerung der Bevölkerungszahl gehabt hat, so hat dafür die Bevölkerung der Vororte sich stark gemehrt. Da muß die Minderung der Schlachtungen um so auffälliger erscheinen. Wie soll man sie anders erklären als aus einer Einschränkung des Fleischverbrauches?

Zu der Behauptung des Landwirtschaftsministers, selbst in minderbemittelten Familien sehe man Fleisch und wieder Fleisch und immer wieder Fleisch auf dem Tische, bildet der Rückgang der Schlachtungsstatistiken eine sehr lehrreiche Illustration. Daß Fleisch und wieder Fleisch und immer wieder Fleisch in minderbemittelten Familien auf dem Tische fehlen muß, ist dem Treiben der in ihrer Profitgier unerfülllichen Junker zu danken und der ihnen dienenden Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Die Stütze der deutschen Wirtschaftspolitik, die auf Verteuerung der notwendigen Lebensmittel hinausläuft, ist Preußens Junkertum. Auch das sollen die preussischen Landtagswähler sich vor Augen halten, wenn sie am 16. Mai an den Wahlstisch treten, um ihre Wahlpflicht zu erfüllen.

Die städtische Bibliotheksverwaltung hat aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung der ersten Kinderlesehalle der Stadt Berlin ein Bücherverzeichnis herausgegeben, das in geschmackvoller Ausstattung auf 32 Seiten den Bücherbestand, nach Altersstufen geordnet, aufzählt. Nicht nur die dichtende Literatur — Bilder- und Märchenbücher, Fabeln, Volksliedchen, Erzählungen, Gebichte, Theaterstücke — ist darin vertreten, einem breiten Raum nehmen auch die belehrenden Bücher ein: Geschichte, Lebensbeschreibungen, Erd- und Völkerverkunde, Meeresnaturkunde, Technik usw. Auch für Jugendzeitschriften ist gesorgt. Der sorgfältig ausgewählte Bücherbestand umfaßt etwa 900 Bände und bringt für jedes Alter, vom 6. bis zum 14. Jahre, reiche Auslese.

Eine beachtenswerte Wohnung an Ausflügler und Touristen

hat der Deutsche Verein für Wald- und Landschaftsschutz in den vielbeschriebenen Forsten und Anlagen anbringen lassen. Es wurden Tafeln aufgestellt, die folgende Aufschrift tragen:

Bitte! Bitte!
Für jeden Fuß ist jeder Gang,
Für jeden Waden jede Bank,
Für jedes Auge jede Blume,
Für alle Sinne jedes Eigentum.
Für Herz und Sinn sei alles Dir,
Doch nichts ist für die Finger hier!

Wäge doch diese schlichte Mahnung die weiteste Beachtung finden.

Wahlentrechtung am 16. Mai.

Es sollte selbstverständlich sein, daß am 16. Mai, dem Tage der Landtagswahl, die einzelnen Betriebe den bei ihnen beschäftigten Arbeitern und Angestellten die Ausübung ihres Wahlrechts ermöglichen. Wie uns berichtet wird, soll diese Selbstverständlichkeit

in einigen Fällen nicht anzutreffen sein. So wird uns mitgeteilt, daß die Filmgesellschaft Rehter u. Co. ausgerechnet am 16. Mai, dem Tage der Wahl, einen großen Teil Arbeiter nach auswärtig entsendend zwecks Filmaufnahmen. Gegen 150 Arbeiter sollen durch die Maßnahme der Firma Rehter u. Co. verhindert sein, am 16. Mai in Berlin weilen und hier ihr staatsbürgerliches Recht ausüben zu können. Die Firma sollte schleunigst Anordnungen treffen, nach denen die Arbeiter nicht auch noch ihres wichtigsten Wahlrechts beraubt werden, entweder durch Verschiebung ihres Planes oder aber durch Entsendung von Arbeitern, die nicht wahlberechtigt sind.

Von einem zusammenbrechenden Straßenbahnmaß schwer verletzt wurden gestern vormittag die Arbeiter Marxus und Schulz vor dem Hause Graefstraße 62 in Treptow. Sie hatten in dieser Straße im Auftrag der Siemens- u. Halske-Bahn einen Straßenbahnmaß zu errichten und diese Arbeit fast beendet, als plötzlich die mehrere Zentner schwere Krone des Maßes aus unauflöslicher Ursache abbrach und zur Erde stürzte. Durch die schweren Eisenmassen wurde Marxus schwer am Kopf verletzt und mußte Aufnahme im Krankenhaus finden, nachdem er einen Rotverband erhalten hatte. Schulz zog sich schwere Quetschungen an den Füßen zu und erhielt die erste Hilfe auf der Unfallstation am Götlicher Bahnhof.

Arbeiter-Bildungsschule. Infolge der morgen Freitag stattfindenden Urwahlen findet der Unterricht in Gewerkschaftsschulen erst abends 9 Uhr statt.

Zeugengefah. Am Freitag, den 9. Mai, abends gegen 11 Uhr, sprang von der Weide der Eisenbahnüberführung von Stralau nach Treptow ein 19 Jahre altes Mädchen in die Spree. Trotz mehrfacher Bemühungen war das Mädchen nicht zu finden. Die Eltern bitten recht dringend, daß Zeugen des Vorganges sich recht bald melden möchten bei Kupper, Lützner Straße 14/15, vorn III.

Schwerer Flugunfall in Johannisthal.

Auf dem Flugplatz Johannisthal hat sich gestern abend ein schwerer Unfall zugetragen. Wenige Minuten vor 8 Uhr sind dort zwei Luftfahrzeuge in der Luft zusammengefallen. Beide Apparate stürzten ab. Der Führer des Flugzeuges der Luftverkehrsgesellschaft, Hauptmann Jucker, wurde getötet, der mitfahrende Schüler schwer verletzt. Der Führer des Harlanapparates und sein Schüler wurden ebenfalls aus dem Flugzeug geschleudert, sollen aber nur ganz leichte Verletzungen erlitten haben. Ueber die Ursache des Unglücks und seine näheren Umstände ist noch nichts bekannt.

Vorort-Nachrichten.

Bergfelde.

Von einer Kohlenzug-Lokomotive überfahren wurde gestern nachmittags unweit der Strausberger Straße der Ziegeleiarbeiter Schölich. Der Arbeiter hatte sich an den dicht am Gleise befindlichen Rasen niedergelegt und das Herannahen des Zuges nicht bemerkt. Er wurde in hoffnungslosem Zustande dem Rüdersdorfer Verbandskrankenhaus zugeführt.

Potsdam.

In der letzten Stadterordnungsung entspann sich eine lebhaft Debatte über die grundsätzliche Stellungnahme zum Bau zweier Schulen. Die Oberrealschule, das Lyzeum und auch die Charlottenchule befinden sich in einem Zustande, der eine baldige Aenderung unbedingt erfordert. Zwei Schulen sollen gebaut werden, während mit der dritten wieder Rücksicht gemacht werden soll, weil die Mittel zum Bau zweier Schulen nicht ohne eine Erhöhung der Steuer zureichen würden, wie der Oberbürgermeister erklärte. Es wurde beschlossen, die Oberrealschule und das Lyzeum zu bauen und die Charlottenchule in die mangelhaften Räume des jetzigen Lyzeums zu verlegen, welche etwas aufgetischt und umgeändert werden sollen. — Durch die Errichtung des Flugplatzes ist auch die Alt- und Reinfelder Fischzucht geschützt worden. Nach einem vom Professor Siemens erhaltenen Gutachten beläuft sich der Schaden auf 513750 M., welche Summe nebst 4 Proz. Zinsen seit dem 1. Oktober 1911 bewilligt wurde. — Die Wittischriftenliste soll ein geheimes Stützmittel erhalten. 500 M. hierzu wurden bewilligt. — Die Errichtung einer Landkrankenliste ist kürzlich beschlossen worden, trotzdem sowohl das Versicherungsamt, wie auch die gehörten Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auch die Allgemeine Ortskrankenkasse sich gegen eine solche Errichtung ausgesprochen. Die Stadtväter beschlossen in der letzten Sitzung, die Hausgewerbetreibenden von der Landkrankenliste auszuschließen und diese der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu überweisen. Neben anderen Gründen führt der Magistrat zur Begründung an, daß die Leistungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse bessere als die der Landkrankenliste seien und diese besseren Leistungen sollen den armen Heimarbeitern zugute kommen. Bei der Errichtung der Landkrankenliste hat der Magistrat bestritten, daß die Errichtung zum Nachteil der darin Beschäftigten sei. Der Stadterordnete Peters, ein Kenner des Kasernenwesens, blieb alleiniger Gegner der Magistratsvorlage, die er mit dem Hinweis blockierte, daß der Magistrat nur das Bestreben habe, die Mitglieder, die ihm Geld kosten werden, abzuschließen, während er nur die Mitglieder, die ihm Vorteile bringen, behalte. — Die Straßenbahn soll nach vorn weitergeführt werden. Dies Projekt ist schon seit Jahren entworfen worden und wird jetzt endlich ausgeführt werden. Eine Kommission wird die einzelnen Bestimmungen nochmals durchberaten. — Der Nachtverkehr mit dem Fährer der Wälderer Quilshof wird auf weitere sechs Jahre zu den gleichen Bedingungen verlängert. — Durch die fortgesetzte Weiterentwicklung des Elektrizitätswerks müssen die Bureaueinrichtungen usw. verändert werden. Die nötigen Mittel hierzu werden bewilligt. — Die Wasserversorgung soll nach Willischluff-Rickendorf ausgedehnt werden, was Kosten in Höhe von 72 000 M. verursacht.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Brig. Morgen Freitag, den 16. Mai, nachmittags 5 Uhr. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts-Zeitung.

Das Treptower Autounfall.

Das schwere Autounfallunglück, welches sich in der Nacht zum 9. März auf der Treptower Chaussee ereignete und drei Menschenleben vernichtet hat, unterlag gestern zur Entscheidung der Schuldfrage der Nachprüfung der 2. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zimmermann.

Der Kraftwagenführer August Kölling steht unter der Anklage der fahrlässigen Tötung dreier Personen, der fahrlässigen Körperverletzung von sechs Personen und der Transportgefährdung. Der Angeklagte war bei seinem Schwager, dem Fuhrwerksbesitzer Neugebauer als Chauffeur angestellt und fuhr die Autodroschke A I 9467. Er hat mehrfach Strafmandate wegen zu schnellen Fahrens usw. erhalten. In der Nacht zum 9. März, kurz vor 12 Uhr, fuhr der Angeklagte mit seinem Kraftwagen vor der Schenkwirtschaft der Witwe Wildgrube in der Bülkerstraße vor, ließ seinen Wagen draußen stehen und hielt sich etwa eine Stunde hindurch im Lokale auf. Dort trank er mit den anderen Gästen Bier. Bei diesem Zusammensein soll eine Frau Wäckerer gesagt haben, daß sie noch niemals in einem Auto gefahren sei. Dies gab Veranlassung, daß die Anwesenden den Angeklagten dazu zu bewegen suchten, mit ihnen doch noch eine gemeinsame Spazierfahrt

zu machen. Er ließ sich auch überreden und lud nicht weniger als 7 Personen in seine Autodrohne. Zunächst ging es nach seiner Angabe, nach dem Baumshulweg, wo die ganze Gesellschaft ausstieg und in einem dortigen Schaustal nochmals Bier trank. Nach etwa zehn Minuten fuhr die angeregte Gesellschaft wieder zurück, um nach der Treptower Chaussee zu gelangen. Vor der Freiarchenbrücke kam es dann zu dem schweren Zusammenstoß mit dem Straßenbahnwagen der Schöneberg-Treptower Linie 87, als dieser vom Stadttorn her nach dem Straßenbahndepot in der Eisenstraße in Treptow fahren wollte.

Der Angeklagte behauptet, daß er nicht in zu schnellem Tempo gefahren sei. Er habe plötzlich einen Mißwagen vor sich gesehen, dem er, ausweichend, vorbeifahren wollte. Er habe sofort gebremst und seinen Wagen nach rechts hinübergerichtet, dort sei ihm plötzlich der Straßenbahnwagen als Hindernis in den Weg gekommen. Er habe mit aller Kraft versucht, den Wagen kurz herum zu reifen, es sei ihm aber nicht mehr gelungen, den Zusammenstoß mit dem Straßenbahnwagen zu vermeiden. Es habe einen furchtbaren Knack gegeben. Was weiter geschah, wisse er nicht, da er bei dem Unfall selbst eine Gehirnerschütterung davongetragen habe und bewußungslos geworden sei. Der Anprall war so gewaltig, daß das Auto total zertrümmert und die Insassen auf die Straße geschleudert wurde. Der Anblick der sich den zu Hilfe eilenden Personen darbot, war ein ganz grauenhafter. Mit Hilfe des nächsten Feuerwehlers wurde ein Zug der Berliner Feuerwehr, zahlreiche Polizeimannschaften und der Verband für erste Hilfe, die von dem Unglück benachrichtigt wurden, schleunigst an die Unfallstelle zitiert und man sorgte für die Opfer der Katastrophe.

Fünf Insassen des Autos, die noch lebten, aber zum Teil schwer verletzt waren, wurden in die Krankenhäuser befördert; unter ihnen befand sich auch der Angeklagte selbst. Drei Insassen, nämlich der Zimmermann Paul Gierke, der Schuhmacher August Peters und der Postfachbesitzer Karl Gabel waren auf der Stelle getötet worden.

Der Angeklagte, vom Justizrat Fischerfeld verteidigt, bestritt, daß er die Schuld an der Katastrophe trage.

Nach der Behandlung des Geh. Medizinrats Dr. Straßmann ist bei den Getöteten der Tod durch schwere Zertrümmerung der Schädel verursacht worden.

Der Sachverständige, Assistenzarzt Dr. Ulrich vom Krankenhaus am Urban, gibt über die dort untergebracht gewesenen Insassen des Autos folgende Auskunft. Der Bahnarbeiter Arthur Dübeler hat eine heftige Schulterverletzung erlitten, er ist 13 Tage in Behandlung gewesen und ohne weitere dauernde Folgen für seine Gesundheit entlassen worden. Der Schlosser Hans Wünger hat infolge eines doppelten komplizierten Unterleibsbruchs 45 Tage im Krankenhaus zugebracht. Die Arbeiterin Auguste Gabel hat eine leichte Gehirnerschütterung erlitten, ferner einige Hautabschürfungen und Schnittwunden, ebenso die Frau Anna Wünger.

Nach der Aussage des Zeugen Wünger hat dieser bei der Unfallfahrt neben dem Angeklagten vorn gesessen, während die übrigen sechs Personen im Innern eingepfercht saßen; betrunken sei niemand gewesen. Als sie vom Baumshulweg durch den Treptower Park zurückfuhren, sei der Mißwagen vor ihnen hergefahren, welcher unten am Wagen eine brennende Lampe hatte und den man sehen konnte. Der Angeklagte habe vielfach nach dem Meinung des Zeugen mit den linken Rädern auf den Schienen gefahren. Der Angeklagte, der nur im Tempo von 8 Kilometer fuhr, habe, als er an dem Mißwagen herankam, gebremst und versucht, mit seinem Auto vorbeizufahren. Ihm sei es aber nicht mehr gelungen, denn er sei da plötzlich mit dem Straßenbahnwagen ins Gedränge gekommen. Im Moment sei dann auch der furchtbare Zusammenstoß erfolgt.

Der Mißwagensführer, der in jener Nacht auf dem mehrerwähnten Mißwagen durch die Treptower Chaussee fuhr, bestritt, daß sein Wagen, der mit einer nach jeder Richtung hin sichtbaren Sturmlaterne beleuchtet gewesen, mit den linken Rädern auf den Schienen gefahren sei.

Frau Witwe Wildgrube, von deren Lokal in der Muskauerstraße (nicht Pädlerstraße) aus die Todesfahrt begann, erklärt, daß weder der Angeklagte noch die Mißwagensführer beobachtet gewesen seien.

Von mehreren Zeugen wird dem Angeklagten, der verheiratet ist und ein armes Kind angenommen hat, das Zeugnis eines ruhigen und nüchternen Mannes gegeben.

Der technische Sachverständige, Zivilingenieur Adolf König, hat bei seiner Untersuchung des zertrümmerten Autos festgestellt, daß Bremsen und Steuerung vollständig in Ordnung waren. Die Räder hatten neue Gleitschuhreifen, welche, wie der Angeklagte richtig behauptete, auf trockenem Pflaster leichter rutschen als andere Reifen. Dies hätte dem Angeklagten zu möglicher Vorsicht ermahnen müssen; diese habe er aber wohl nicht genügend wachen lassen, als er bei dem Mißwagen vorbeifahren wollte.

Staatsanwalt Affessor Selbmann hielt durch die Beweisaufnahme für festgestellt, daß der Angeklagte zu schnell gefahren sei, es an der nötigen Vorsicht habe fehlen lassen und dadurch das Unglück verursacht worden sei. Er beantragte 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft. — Justizrat Fischerfeld bestritt ein schuldbares Verhalten des Angeklagten. Nach der Meinung des Verteidigers sei das ganze Unglück dadurch herbeigeführt worden, daß der Mißwagen nicht ganz vorfahrtsmäßig gefahren und der Angeklagte dadurch in Verwirrung geraten sei.

Das Gericht legte das Unglück dem Angeklagten zur Last, da er zu schnell gefahren sei und nicht die genügende Vorsichts-Beobachtung habe, die umsomehr notwendig gewesen wäre, da er sein Auto mit acht Personen besetzt hatte. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Ein trotz der schweren Folgen des Unfalls überaus hartes Urteil.

Drohnen-Geschiebe.

In die Geschäftspraktiken Berliner Bau- und Hypothekenschieber leuchtet eine Verhandlung hinein, welche gestern in einer mehrtägigen Sitzung die 7. Strafkammer des Landgerichts 1 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schlichter beschäftigte. Angeklagt wegen Betruges war der aus der Untersuchungshaft entlassene frühere Bureauvorsteher und Agent Fritz Jacobi, der neulichst nach der Schweiz geflüchtet und von dort ausgeliefert worden war. — Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Vor etwa 2 Jahren hatte der Bauunternehmer Vorwärts von dem Eigentümer Fermann ein in Groß-Lichterfeld befindliches Grundstück zum Bauen erworben. Das Finanzinstitut Hennig hatte sich auf die erste Stelle eine Baugeldhypothek von 115 000 M. eintragen lassen. Vorwärts bekam dann aber nur bis zur Fertigstellung des Rohbaus 50 000 M. Da sich F. wegen der weiteren 65 000 M. in Schwierigkeiten befand, war er sehr erfreut, daß er durch ein Inserat den Agenten Ragenstein kennen lernte, der sich verpflichtete, ihm umgehend das erforderliche Kapital zu beschaffen. Er führte dem F. als Geldgeber die „Berliner Mittelstandsbank“ an, welche sich auch bereit erklärte, die restlichen 65 000 M. herzugeben. Die Hergabe wurde jedoch davon abhängig gemacht, daß eine Hypothek von 14 000 M. mit in Zahlung genommen werden müßte und daß der Vorbesitzer Fermann sich damit einverstanden erklären würde. Am 3. November fand deshalb in dem Bureau

des Notars Breuer eine Versammlung der Beteiligten statt, bei der auf Fermann lebhaft eingewirkt wurde, sich mit der Transaktion einverstanden zu erklären. Fermann erklärte sich schließlich bereit, wenn jemand für die Hypothek von 14 000 M. die Garantie übernehmen würde. Von dem inzwischen „unbekannten Aufenthalt“ gemordeten Ragenstein wurde nun folgendes Mittelschreiben angestellt. Er setzte sich mit dem schon mehrfach vorbestraften jetzigen Angeklagten Jacobi, der damals in Charlottenburg wohnte, telefonisch in Verbindung. Jacobi erschien nach kurzer Zeit und erklärte sich, nachdem er, wie die Zeugen bekundeten, mit dem Direktor der Mittelstandsbank einen Augenblick beiseite getreten war, ohne weiteres bereit, die Garantie zu übernehmen. Wie sich später ergab, war ihm nämlich für diesen Dienst eine Entschädigung von 1000 M. zugesagt worden. In der Zwischenzeit hatte Ragenstein alle möglichen Auskünfte über Jacobi herbeigeschafft, die alle glänzend lauteten, trotzdem F. völlig mittellos war. Hierbei erzählte der Angeklagte auch noch, daß er ein Vermögen von 80 000 M. besitze. Fermann erklärte sich nunmehr einverstanden. Später stellte sich heraus, daß jene Hypothek völlig wertlos war und daß sich das Grundstück schon unter Zwangsverwaltung befand. Von dem mittellosen Angeklagten war natürlich auch nichts zu erlangen.

In der Verhandlung ergab es sich, daß Ragenstein wiederholt geäußert hatte, er habe Ausbittlungsarbeiten ständig „auf Lager“. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die Verstrafungen des Angeklagten und die außerordentliche Gemeingefährlichkeit derartiger Schiebungen auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft.

Aus aller Welt.

Schlimme Folgen der Autofahrt.

Am Dienstagvormittag fuhr bei Reutherberg in der Nähe von Schleißheim ein mit vier Personen besetztes Automobil, das eine Straßenkurve zu stark nahm, in den Straßen Graben und überfiel sich. Der Beamte Eduard Simons aus Berlin geriet unter den Wagen und wurde sofort getötet. Die übrigen Insassen, Berliner Bekannte des Getöteten, lamen mit geringfügigen Verletzungen davon.

Mittwoch früh ereignete sich in Laderberg bei Düsseldorf ein weiterer Automobilunfall. Fünf Schüler der Handelshochschule zu Köln fuhr in einem Automobil von Kreisfeld nach Köln. In Düsseldorf verlor die Fahrt die Steuerung und das Automobil wurde gegen einen Baum geschleudert. Ein Schüler namens Weiberbusch aus Elberfeld kam zu Tode, einer wurde schwer, vier leichter verletzt.

Zwischen Lütlingen und Donaueschingen stürzte infolge Raddefekts das in voller Fahrt befindliche Automobil eines Apothekers aus Freiburg i. Br. in den Straßen Graben, sechs Personen unter sich begrabend. Drei davon wurden schwer verletzt, so daß sie ins Hospital gebracht werden mußten.

Auf der Fahrt von Erier nach Ehiernach verunglückte das Automobil des Privatmannes Schwiderath durch einen Reifenbruch. Schwiderath wurde getötet, die beiden anderen Insassen schwer verletzt.

Seelforger und Betrüger.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die Kongregation des Nonnullums hat unlängst den Priester Giovanni Bongini a divinis suspendiert mit Verlust aller Einkünfte aus seiner Pfarre. Der geistliche Herr war seit mehr als 15 Jahren Pfarrer von Monte Santa Maria in der Sabina. Er hatte sich bei seinen Pfarrkindern als reicher Mann eingeführt und stellte zwei bei ihm lebende Individuen als Grafen Ioubio und als Verwandte vor. Der Pfarrer selbst war meistens auf Reisen, während seine „Verwandten“ von seinem ungeheuren Reichtum sprachen und diese Kunde auch durch den Verkauf von Landereien bestätigten. Die Bevölkerung beklagte sich wiederholt über die lange Abwesenheit ihres Seelforgers. Jetzt kommt nun heraus, daß der gute Mann auf seinen Reisen die Klöster und die religiösen Familien Roms und der Provinz brandschatzte, um für die Armen seiner Pfarrei zu sammeln. Da er sich als Pfarrer ausweisen konnte, scheint er sehr bedeutende Summen ergaunert zu haben. Aus diesen entstand im Laufe von 15 Jahren der „märchenhafte Reichtum“. Bongini ist jetzt flüchtig.

Der Lockspiegel als Regierungsvertreter.

Die Berliner Lockspiegelgesellschaft Harting-Landesen, die bekanntlich lange Jahre hindurch einen hohen amtlichen Posten in Deutschland, Frankreich und Belgien bekleidete, hat neuerdings einen Nachfolger gefunden. Wie jetzt in der russischen Presse nachgewiesen wird, ist der New Yorker Korrespondent der „Kosowo Wremja“, B. Zields, niemand anders als der Bruder des berühmten Lockspiegels der 80er Jahre S. Degajew, der in der Folge den Chef der politischen Polizei, Sudellin, ermordete. Auch Wladimir Degajew-Zields hand seit seinem 17. Jahre in Diensten der politischen Polizei und ging in den 80er Jahren nach dem Auslande. Jetzt ist er Sekretär am russischen Generalkonsulat in New York und wohlbestallter Korrespondent des einflussreichsten russischen Regierungsblattes!

Eine seltsame Ehecheidung.

Wie aus New York berichtet wird, hat das Gericht in San Antonio (Texas) die Ehe des Advokaten Crooking auf Antrag der Frau desselben geschieden, da sie anführte, durch die Hülfe ihres Mannes hypnotisiert worden zu sein. Sie sagte vor Gericht aus, daß sie eines Tages von Crooking als Passagierin in seinem Hydroaeroplan mitgenommen wurde und durch diesen Flug so hypnotisiert worden sei, daß sie dem Aviatiker die Hand zum Ehebunde reichte. Die Hochzeit fand im Januar dieses Jahres statt, die Hypnose scheint demnach nicht von langer Dauer gewesen zu sein.

Der edle Spender.

In der „Zeit im Bild“ erzählt „Robinson“ folgendes Geschickchen: Keulich traf ich Herrn Boguska im Zuge zwischen Leipzig und Rünchen. Wir sahen im Raucherabteil, und Herr Boguska sprach demgemäß über die hohe Besteuerung des Tabaks. „Inwiefern kann sich's schließlich ja noch leisten“, meinte er, „aber was soll der kleine Mann machen? Es ist ja furchtbar, wie man ihm sein Bleichen verteuert. Ich sammle jetzt alle Zigarettenspitzen, die ich abkann, und alle, die ich von Bekannten bekommen kann. Wenn ich zehn Hund bestimme habe, liefere ich sie ab, beim Deutschen Zentralverein für abgeschnittene Zigarettenspitzen. Der verteilt sie als Rauchtabak an würdige, arme Männer.“ „Aber ich bitte Sie“, sagte Herr Boguska, „das ist doch ein sehr guter, sehr beförmlicher, sehr sauberer Tabak. Zigarettenstummel — nun ja, das ist etwas Abgeschliffenes, — aber Spitzen, die man vorher abgeschnitten hat, dagegen ist nichts zu sagen. Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen: sammeln Sie Spitzen! Sie tun ein gutes Werk damit.“ „Gerade sollte ich mir eine neue Zigarette heraus. Aber mein Taschenmesser, mit dem ich die Spitze abschneiden wollte, war stumpf, und die Zigarette sehr trocken. Herr Boguska sah mich aufmerksam zu. Und dann sagte er: „Aber Sie ruinieren ja die gute Zigarette. Sie müssen die Spitze beladen, gang gehörig beladen!“

Kleine Notizen.

Von einer Schneelawine verschüttet. Der 20-jährige Student der Chemie Joseph Schlegel und sein 14-jähriger Bruder, der Realschüler Herbert Schlegel, beide Söhne eines Hotelbesizers in Innsbruck, wurden am Dienstagabend unterhalb der Sattelalpe von einer Schneelawine verschüttet. Von Innsbruck abgegangene Rettungs-Expeditionen fanden den jüngeren Bruder zwar schwer verletzt, aber noch lebend auf. Der ältere Bruder wurde als Leiche gefunden.

Abzug eines Realschülers. Der 18 Jahre alte Realschüler Walter, Sohn eines Polizeioffiziers, stürzte beim Abstieg vom Hohenstein in die Isar und ertrank.

Tödlicher Unfall. Bei Eisenbahnbauarbeiten am Englischen Garten in Stuttgart stürzte eine provisorische Brücke ein. Ein deutscher Arbeiter wurde getötet, zwei italienische Arbeiter schwer verletzt.

Ein Luftmord. In Wels bei Salzburg wurde die Leiche der 6 Jahre alten Anna Gielinger in einem Wasserfämel erwirgt aufgefunden. Der Bauermeister Alois Angenhuber wurde als des Mordes verdächtig verhaftet und hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Verschüttete Schulkinder. In Königsberg stürzte beim Kohlensuchen auf einer Schlackenhalde ein Schlackenstöß ein und begrub mehrere Schulkinder unter sich. Ein Kind wurde sofort getötet, die anderen konnten gerettet werden.

Drei Personen ertrunken. Am Dienstagabend kenterte bei der Zellstoffabrik am Sadheimer Tor in Königsberg (Ostpr.) ein Boot, das mit sechs Personen besetzt war, die einen Ausflug gemacht hatten. Alle sechs Personen fielen ins Wasser. Der Pionier Werner und seine Braut, sowie der Arbeiter Schibrowski ertranken. Die übrigen drei wurden gerettet.

Erstürzte Kutschprophet. Aus Trébeurden in der Bretagne wird gemeldet: Als der Steinmetz Lehouenne mit Frau und zwei Knaben eine Bootsfahrt unternahm, brachte eine Sturzwele das Fahrzeug zum Kentern. Lehouenne und seine beiden Kinder ertranken; die Frau konnte gerettet werden, wurde jedoch wahnsinnig.

Ein Schiff gescheitert. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Darfor, ist ein Schiff der Union Castle-Linie an der Küste von Afrika gescheitert.

Frauen-Leseabende.

Maricendorf. Der am Freitag, den 16. Mai, fällige Leseabend findet wegen der Landtagswahl nicht statt.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 19. Mai, abends 8½ Uhr, in Reifers „Neue Volkshalle“, Köpenicker Straße 96/97: Vortrag von Frä. Dr. Wagnersinns über das Thema: „Die Hygiene im Hause und im Beruf“. Gäste willkommen.

Arbeiter-Nachfahrerbund „Solidarität“, Charlottenburg. Unsere Versammlung am Freitag, den 16. Mai, fällt der Landtagswahl wegen aus. Die Genossen treffen sich am Tage der Wahl, nachmittags 2½ Uhr, im Volkshaus.

Briefkasten der Redaktion.

Am Freitag fällt die juristische Sprechstunde der Landtagswahl wegen aus.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom der Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Kennzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenidentifizierung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Annos 1813. Das Mitglied ist zahlungspflichtig. — V. S. 50. Wenn nicht aus anderen Bestimmungen des Statuts etwas Gegenteiliges zu folgern ist, ist der Beitrag unentgeltlich. — 100. S. Die Forderung ist angemessen. — 10. S. Hierfür ist ein Fixum vorliegen; es handelt sich offenbar um Krankenversicherungspflicht, die aber erst mit dem 1. Januar 1914 in Kraft tritt. Die Meldung wegen Eintragung in das Verzeichnis hat alsdann bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu erfolgen. Aufwärtswesen sind allerdings schon jetzt Invalidenversicherungspflichtig. Die Warten hat der Arbeitgeber zu leisten und kann die Hälfte des Beitrags vom Wochenlohn kürzen. — 70. Schönwalder Straße 13. Ja, sofern Anzahlblatt vorliegt. — 11. S. 13. Ihre Darstellung reicht zur Beantwortung der Frage nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — a. 56. 1. Ja. 2. Aufforderung an den Gläubiger zur Freigabe unter Stellung einer Fiktion und unter Glaubhaftmachung des Eigentumsanspruches. Erfolgt die Freigabe innerhalb der gesetzten Frist nicht, so ist beim Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt, die Zwangsversteigerung zu erheben und Antrag auf Einstellung der Zwangsversteigerung zu stellen. — Gewisse P. M. 222. 1. Für den Fall der Forderung kann die Ehefrau intervenieren. 2. Die Forderung wird dadurch nicht geändert, jedoch hat der Hausbesitzer Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Versteigerungserlöse. — 11. S. 1. Nein. 2. Noch unbestimmt. — R. C. 45. 1. Ja. 2. Beim Versicherungsamt.

Marktpreise von Berlin am 13. Mai 1913. nach Ermittlungen des k. k. k. Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,48 bis 20,50, mittel 20,44—20,46, geringe 20,40—20,42. Roggen, gute Sorte 16,30—16,35, mittel 16,20—16,25, geringe 16,10—16,15. Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,25, mittel 16,10—16,15, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,00—17,50, mittel 16,50—17,50 (frei Wagen und ab Bahn). Weiz (mitz), gute Sorte 15,20—15,50. Mais (runder), gute Sorte 0,00—0,00. Rüböl 4,80—0,00. Senf 0,00—0,00.

Marktpreise von Berlin am 13. Mai 1913. nach Ermittlungen des k. k. k. Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Eichelbohnen, weiße 35,00—60,00. Ansen 35,00—60,00. Kartoffeln (kleinbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Rapsen 1,40—2,40. Haie 1,80—3,20. Sander 1,40—3,60. Döchte 1,20—2,00. Borste 0,80—2,40. Schote 1,80—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Kacke 3,00—4,50,00.

Witterungsübericht vom 14. Mai 1913.

Stationen	Barometer hand man Umb- stehung	Windrichtung	Wetter	Temp. in Graden Celsius	Stationen	Barometer hand man Umb- stehung	Windrichtung	Wetter	Temp. in Graden Celsius
Eintracht	768	SE	heiter	14	Naparanda	767	SE	schw. bb.	2
Damberg	767	SE	bedeckt	14	Bretzbrunn	766	SE	bedeckt	1
Berlin	768	S	bedeckt	14	Stollberg	766	SE	bedeckt	10
Frankfurt a. M.	765	D	heiter	14	Werdau	771	SE	bedeckt	7
München	764	D	Spölkent	11	Paris	763	E	1 Regen	13
Wien	767	D	Spölkent	12					

Wetterprognose für Donnerstag, den 15. Mai 1913.

Trocken und zunächst vorwiegend heiter, etwas wärmer bei mäßigen nordöstlichen Winden; nachher langsam zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 13. 5.	seit 12. 5.	Wasserstand	am 13. 5.	seit 12. 5.
Remel, Mühl	cm.	cm.	Caale, Grotzky	cm.	cm.
Bregel, Ansbach	223	-4	Gabel, Spandau	146	-4
Bischof, Horn	58	+2	Gabel, Rathenow	27	+2
Oder, Raibor	179	-5	Spree, Spremberg	14	-4
„ „ „	124	-3	„ „ „	—	—
„ „ „	167	-7	„ „ „	81	-4
„ „ „	169	-3	„ „ „	250	+16
„ „ „	222	-4	„ „ „	288	-10
„ „ „	153	-2	„ „ „	490	+14
„ „ „	9	-8	„ „ „	255	-17
„ „ „	-12	-17	„ „ „	308	-18
„ „ „	-118	-13	„ „ „	154	-54
„ „ „	177	-10	„ „ „	181	-7
„ „ „	144	-4	„ „ „	173	-28

